



## 89. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 26. Juni 2015

<b>Mitteilungen der Präsidentin</b> .....	9115	Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/8972	
<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b> .....	9115	<u>In Verbindung mit:</u>	
Marc Olejak (PIRATEN) (gem. § 29 GeschO).....	9115	<b>Ehe für Alle – Volle Gleichstellung jetzt!</b>	
<b>1 Wahl der vierten Vizepräsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen</b>		Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/8985	
Wahlvorschlag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/8682.....	9115	Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/9099 .....	9130
Ergebnis .....	9116		
<b>2 EU-Vertragsverletzungsverfahren: Bundesregierung muss sich von Plä- nen für die Pkw-Maut endlich verab- schieden, statt sie zu verschieben</b>		Daniel Düngel (PIRATEN) .....	9130
Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/9061.....	9116	Ina Spanier-Oppermann (SPD) .....	9131
Andreas Becker (SPD).....	9116	Josefine Paul (GRÜNE).....	9132
Arndt Klocke (GRÜNE) .....	9117	Regina van Dinther (CDU).....	9133
Klaus Vossemer (CDU).....	9119	Susanne Schneider (FDP).....	9135
Christof Rasche (FDP) .....	9121	Minister Thomas Kutschaty .....	9137
Oliver Bayer (PIRATEN) .....	9122		
Minister Michael Groschek.....	9123	Ergebnis.....	9137
Bernhard Schemmer (CDU) .....	9124		
Reiner Breuer (SPD) .....	9126	<b>4 Alkohol in der Schwangerschaft – je- der Schluck kann das werdende Le- ben dauerhaft schädigen</b>	
Christof Rasche (FDP) .....	9127	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/8980 .....	9138
Arndt Klocke (GRÜNE) .....	9128		
Nicolaus Kern (PIRATEN).....	9129	Astrid Birkhahn (CDU) .....	9138
		Angela Lück (SPD) .....	9139
		Arif Ünal (GRÜNE).....	9139
		Susanne Schneider (FDP).....	9141
		Michele Marsching (PIRATEN).....	9142
		Ministerin Barbara Steffens.....	9144
<b>3 Liebe verdient Respekt: Ehe für alle!</b>		Ergebnis.....	9145

**5 Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung – Nordrhein-Westfalen als Vorreiter bei der Umsetzung der internationalen Nachhaltigkeitsziele**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/8988

Entschließungsantrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/9105 .....9145

- Renate Hendricks (SPD) .....9145
- Andrea Asch (GRÜNE) .....9147
- Ilka von Boeselager (CDU).....9148
- Holger Ellerbrock (FDP) .....9148
- Nicolaus Kern (PIRATEN) .....9149
- Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren.....9150

Ergebnis .....9152

**6 Binnenschifffahrtsstandort Nordrhein-Westfalen stärken – Landesregierung muss endlich ein neues Wasserstraßenverkehrs- und Hafenkonzzept vorlegen**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/8993 .....9152

- Christof Rasche (FDP) .....9152
- Reiner Breuer (SPD) .....9153
- Henning Rehbaum (CDU) .....9154
- Arndt Klocke (GRÜNE).....9155
- Stefan Fricke (PIRATEN) .....9156
- Minister Michael Groschek .....9157

Ergebnis .....9158

**Nächste Sitzung .....9158**

**Entschuldigt waren:**

Minister Garrelt Duin  
(bis 13 Uhr)  
Minister Ralf Jäger  
Ministerin Barbara Steffens  
(bis 11 Uhr)  
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans

Georg Fortmeier (SPD)  
Stephan Gatter (SPD)  
Andreas Kossiski (SPD)  
Jochen Ott (SPD)  
Karl Schultheis (SPD)  
Rüdiger Weiß (SPD)

Peter Biesenbach (CDU)  
Marie-Luise Fasse (CDU)  
Rita Klöpffer (CDU)  
Theo Kruse (CDU)  
Ralf Nettelstroth (CDU)

Kai Abruszat (FDP)  
(ab 11:30 Uhr)  
Karlheinz Busen (FDP)  
Angela Freimuth (FDP)  
(ab 12 Uhr)

Henning Höne (FDP)  
(ab 13:15 Uhr)  
Dr. Björn Kerbein (FDP)  
Christian Lindner (FDP)  
Dr. Ingo Wolf (FDP)

Birgit Rydlewski (PIRATEN)  
Kai Schmalenbach (PIRATEN)  
Torsten Sommer (PIRATEN)

**Beginn: 10:05 Uhr**

**Präsidentin Carina Gödecke:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu unserer heutigen, der 89. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **20 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden wir, wie immer, in das Protokoll aufnehmen.

Bevor ich in die Abarbeitung unserer Tagesordnung eintrete, hat sich der Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion der Piraten **gemäß § 29 der Geschäftsordnung** zu einem **Redebeitrag** zur Geschäftsordnung gemeldet.

In § 29 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung heißt es:

„Zur Geschäftsordnung muss das Wort außer der Reihe unverzüglich erteilt werden. Zu diesem Beratungsgegenstand soll in der Regel das Wort einer Rednerin bzw. einem Redner nicht öfter als zweimal erteilt werden.“

Unter Ziffer 2 heißt es:

„Bemerkungen zur Geschäftsordnung dürfen sich nur auf die geschäftsordnungsmäßige Behandlung der zur Verhandlung stehenden Gegenstände oder den Sitzungsplan des Landtags oder der Ausschüsse beziehen und nicht länger als drei Minuten dauern.“

Ziffer 2 ist insbesondere ein Hinweis in Richtung desjenigen oder derjenigen, der oder die sich zur Geschäftsordnung gemeldet hat, in diesem Fall Herr Kollege Olejak. – Bitte schön, Herr Kollege Olejak

**Marc Olejak (PIRATEN):** Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Liebes Haus! Eine Anmerkung zum Prozedere für die Wahl unter Tagesordnungspunkt 1, die frei und geheim stattzufinden hat. In den vergangenen Tagen wurde spekuliert, wie viele Wahlgänge wir heute durchziehen wollen. Ich persönlich bin der Meinung, Sie sollten darüber informiert sein, dass wir laut Geschäftsordnung maximal einen Wahlgang beantragen werden. Jeder, der mich kennt, weiß, dass ich mit solchen Aussagen nicht für politische Spielchen stehe, sondern für Klarheit und Eindeutigkeit. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg.

(Beifall von den PIRATEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank. – Ich subsumiere die Aussage, die sich auf die Anzahl der Wahlgänge bezieht, unter „geschäftsordnungsmäßige Behandlung der zur Verhandlung stehenden Gegenstände“.

Wir treten in die Beratungen der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

## **1 Wahl der vierten Vizepräsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen**

Wahlvorschlag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/8682

Mit Drucksache 16/8682 hat die Fraktion der Piraten vorgeschlagen, Frau Monika Pieper zur vierten Vizepräsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen zu wählen.

Gemäß § 3 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung werden nach Feststellung der Beschlussfähigkeit des Landtags die Vizepräsidentinnen bzw. Vizepräsidenten in getrennten Wahlgängen in geheimer Wahl für die Dauer der Wahlperiode gewählt. Nach Art. 44 der Landesverfassung ist der Landtag beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl anwesend ist.

Mit Blick auf meine beiden Schriftführer, weil wir das sitzungsleitende und -entscheidende Präsidium sind, und mit Blick in die Runde der anwesenden Kolleginnen und Kollegen würde ich gerne, wenn es keinen Protest gibt, feststellen – sehr förmlich –, dass die Beschlussfähigkeit des Landtags gegeben ist. – Die beiden Schriftführer nicken.

Für die Durchführung der geheimen Wahl benötigen wir neben den beiden derzeitigen Schriftführern im Sitzungsvorstand, Herrn Alda und Herrn Bolte, weitere Schriftführerinnen und Schriftführer, die bereits eingeteilt wurden und die ich nun bitte, ihre Positionen an den Tischen zur Ausgabe der Wahlunterlagen sowie an den Wahlkabinen und Wahlurnen einzunehmen.

An dieser Stelle möchte ich noch einige Hinweise zum Wahlverfahren geben: Die Ausgabe der Wahlunterlagen erfolgt an den hierfür vorgesehenen Tischen. Nach Aufruf Ihres Namens erhalten Sie dort einen Stimmzettel, mit dem Sie Ja, Nein oder Enthaltung stimmen können. Für die Stimmabgabe benutzen Sie bitte die hinten links und rechts aufgestellten Wahlkabinen. Die sind so platziert worden, dass die Durchführung einer geheimen Wahl sichergestellt ist. Ihre Stimmzettel werfen Sie anschließend bitte in die Wahlurnen. Diese Anordnung ist gewählt, um den Wahlvorgang korrekt und zugleich zügig abwickeln zu können.

Beim Ausfüllen der Stimmzettel bitte ich Sie – und das kennen Sie –, nur und ausschließlich die in den Wahlkabinen ausliegenden Dokumentenstifte zu nutzen. Eine anderweitige Kennzeichnung mit Tinte, Kugelschreiber oder Farbstift gewährleistet die Geheimhaltung der Wahl nicht. Da in einem solchen

Fall die Stimmabgabe dem Wahlberechtigten zugeordnet werden könnte, müssten wir diese Stimmzettel, die so gekennzeichnet sind, als ungültig werten. Ebenfalls als ungültig gewertet werden leere, mehrfach oder anderweitig gekennzeichnete Stimmzettel.

Jetzt frage ich vorsichtshalber, obwohl wir alle das Wahlverfahren und -prozedere kennen, ob es noch Fragen oder Unklarheiten gibt. – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir jetzt zur Wahl. Ich bitte Herrn Kollegen Alda, mit dem Namensaufruf zu beginnen, und die Kolleginnen und Kollegen, sich die Stimmzettel abzuholen.

(Der Namensaufruf zur Stimmabgabe erfolgt.)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der eigentliche Namensaufruf ist abgeschlossen. Die beiden Schriftführer, die mit mir hier oben den Sitzungsvorstand bilden, haben auch gewählt. Wenn jetzt keine Kolleginnen und Kollegen mehr nachkommen und Stimmzettel holen, können bitte auch die Schriftführerinnen und Schriftführer, die in das Stimmzettel-austeilen involviert waren, sowie diejenigen, die an den Wahlkabinen respektive an der Wahlurne stehen, ihre Stimmabgabe vornehmen.

Nachdem nun die Schriftführerinnen und Schriftführer ebenfalls ihre Stimmen abgegeben haben, frage ich vorsichtshalber, ob nun alle anwesenden Abgeordneten ihre Stimme abgegeben haben. – Das ist der Fall.

Dann schließe ich hiermit die Wahlhandlung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, Herrn Bialas, Herrn Hans-Peter Müller, Frau Kopp-Herr, Frau Güler, Frau Thönnissen, Frau Korte, Frau Scharrenbach, Herrn Marquardt, Frau Preuß-Buchholz, Herrn Bolte, Frau Maaßen, Herrn Alda und Herrn Bayer, die Auszählung vorzunehmen.

Ich unterbreche die Sitzung bis zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses und weise darauf hin, dass wir davon ausgehen, dass die Auszählung nicht allzu lange dauern wird. Ich bitte Sie daher, während der Unterbrechung entweder hier im Plenarsaal zu bleiben oder nicht ganz so weit vom Plenarsaal ihren Telefonaten, Besprechungen oder sonstigen Dingen nachzugehen.

(Die Stimmen werden ausgezählt.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die unterbrochene Sitzung wieder und gebe Ihnen das Ergebnis der Wahl bekannt.

Dem Landtag gehören 237 Abgeordnete an. Ich hatte am Anfang gesagt, 20 Kolleginnen und Kollegen hätten sich entschuldigt. Auf der Entschuldigungsliste steht auch Herr Kollege Schwerd, der allerdings anwesend ist, sodass ich diese Zahl auf 19

korrigieren möchte. Das heißt: 19 Abgeordnete haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt.

An der Wahl haben sich 208 Abgeordnete beteiligt. Es gab auch 208 gültige Stimmen, demzufolge keine ungültigen Stimmen. Mit Ja haben 32 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 169, und sieben Abgeordnete haben sich enthalten. Damit stelle ich fest, dass der **Wahlvorschlag Drucksache 16/8682 die erforderliche Stimmenmehrheit** – mehr Ja- als Neinstimmen – **nicht erhalten** hat und Frau Kollegin Pieper nicht zur vierten Vizepräsidentin des Landtags von Nordrhein-Westfalen gewählt wurde.

Herr Kollege Olejak hat vor Eintritt in die Tagesordnung in seinem Redebeitrag zur Geschäftsordnung deutlich gemacht, dass die Piratenfraktion nur einen Wahlgang durchführen möchte – ich blicke einmal in diese Richtung –, und es bleibt auch dabei.

(Beifall von den PIRATEN)

Damit schließe ich Tagesordnungspunkt 1 und rufe auf:

## **2 EU-Vertragsverletzungsverfahren: Bundesregierung muss sich von Plänen für die Pkw-Maut endlich verabschieden, statt sie zu verschieben**

Aktuelle Stunde  
auf Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/9061

Die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben mit Schreiben vom 22. Juni dieses Jahres gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu der oben genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden Fraktionen für die Fraktion der SPD Herrn Kollegen Andreas Becker das Wort.

**Andreas Becker (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 18. Juni 2015, am Donnerstag letzter Woche, hat die Europäische Kommission bekannt gegeben, dass sie wegen der Einführung der Pkw-Maut ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland einleiten wird. Für uns ist das die Bestätigung dessen, was wir – aber nicht nur wir – immer gesagt haben: Diese Pkw-Maut des Herrn Dobrindt ist nicht mit europäischem Recht vereinbar.

Es gibt eine weitere Vielzahl von Nachteilen: Die Pkw-Maut wäre insbesondere höchst bürokratisch, das heißt mit einem großen Aufwand für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen und Verwaltung verbunden, sie generierte im Gegensatz zu ei-

ner flächendeckenden Ausweitung der Lkw-Maut netto kaum Beiträge zur Finanzierung der Straßeninfrastruktur, und sie hätte auch keine ökologische Lenkungswirkung.

Kurz gesagt: Diese Maut ist sozial ungerecht, verkehrs- wie wirtschaftspolitisch verfehlt und europapolitisch rückwärtsgewandt.

(Beifall von der SPD)

Gerade Letzteres ist für Nordrhein-Westfalen mit seiner unmittelbaren Nachbarschaft zu Belgien und den Niederlanden schlecht, um nicht zu sagen: sehr schlecht.

Das ist zwar alles schon oft gesagt worden, aber offensichtlich noch nicht oft genug. Denn die unseeres Erachtens einzig mögliche Konsequenz aus der Einleitung dieses Vertragsverletzungsverfahrens, sich nämlich davon zu verabschieden und diese Maut – wie man bei mir vor der Haustür sagt – in die Tonne zu kloppen, zieht der bayerische Bundesminister Dobrindt nicht.

Nein, er verschiebt die ursprünglich ab Januar 2016 vorgesehene Einführung der Maut bis nach Erlass des Urteils in diesem Vertragsverletzungsverfahren. Damit droht dann auch noch eine Art Stillstand in der gerade für uns in Nordrhein-Westfalen so wichtigen Frage der Finanzierung unserer Infrastruktur. Genau das können wir uns nicht leisten, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Aufgabe ist groß, und sie ist klar: Im Dreiklang von Neubau, Ausbau und Erhalt von Verkehrsinfrastruktur kommt dem Erhalt eine herausragende, eine immer größer werdende Bedeutung zu. Der bundesweit festgestellte zusätzliche Finanzierungsbedarf allein für den Erhalt beträgt – auf 15 Jahre gerechnet – für alle Verkehrsträger mindestens 7,2 Milliarden € jährlich.

Die Bodewig-Kommission hat eine Fülle von Maßnahmen vorgeschlagen, auf deren Basis die Verkehrsministerkonferenz die Umriss für die Konzeption einer nachhaltigen Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur entwickelt hat. Das, was seitens der Bundesregierung bisher gekommen ist, bleibt – wenn ich es einmal mit der gebotenen Zurückhaltung freundlich formulieren darf – hinter den Erwartungen zurück.

Klar ist: Wir brauchen ein deutlich stärkeres finanzielles Engagement des Bundes, sowohl durch Ausweitung der Haushaltsmittel als auch durch Ausweitung der Nutzerfinanzierung. Wir brauchen eine flexible, verkehrsträgerübergreifende und überjährige Nutzung der finanziellen Ressourcen.

Und: Wir müssen die strukturellen Benachteiligungen des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Verteilung verschiedenster Mittel im Verkehrsbereich beseitigen. Die notwendigen Sanierungsmittel sind anhand des tatsächlichen Bedarfs und des größtmöglichen verkehrlichen Nutzens zu verteilen.

Wir in Nordrhein-Westfalen leisten unseren Beitrag. Wir haben schon länger erkannt: Erhalt geht vor Neubau. Wir haben die entsprechenden Mittel auf das vom Landesrechnungshof geforderte Niveau angehoben. Wir stellen den Landesbetrieb Straßen neu auf und arbeiten mit der DEGES zusammen, damit mehr Projekte vom Reißbrett in die Tat umgesetzt werden können.

Wir in Nordrhein-Westfalen leisten unseren Beitrag – aber ohne eine gemäß den Ergebnissen der Daehre- und der Bodewig-Kommission angemessene Finanzausstattung für die Verkehrsinfrastruktur und ohne die Beseitigung der Benachteiligung unseres Landes bei der Verteilung der Mittel wird das alles nicht funktionieren.

Die Diskussion hierüber darf nicht ins Stocken geraten und schon gar nicht auf die lange Bank geschoben werden – im Gegenteil.

In diesem Sinne fordere ich alle Kräfte in diesem Haus dazu auf, ihren Einfluss in Berlin geltend zu machen – im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Klocke.

**Arndt Klocke (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es wäre jetzt ja leicht, hier eine Rede zu halten und sich darin über die Bundesregierung oder Herrn Dobrindt lustig zu machen und das Ganze auf eine nonchalante Art abzutun.

Das Problem bei der Geschichte ist, dass in mindestens zwei Regierungsjahren in Berlin wertvolle Zeit vertan worden ist, in der man sich dringend um die Finanzierungsfrage bei der Infrastruktur hätte kümmern müssen. Das ist das eigentliche Problem.

(Beifall von den GRÜNEN)

Man könnte die Story gut als Kindergeschichte erzählen: Klein Fritzchen kommt in die Küche. Der Herd ist an. Mutti sagt: Pack nicht auf die Herdplatte! – Papa sagt: Geh vom Herd weg! – Klein Fritzchen packt voll drauf, verbrennt sich die Finger, schreit und sagt: Die blöde Herdplatte!

Genauso ist es gelaufen. – Es war ja völlig klar, dass Brüssel einschreitet. Die entsprechenden Stellungnahmen gab es schon direkt nach Ausarbeitung des Gesetzentwurfes. Es ist doch ein Stück aus dem Tollhaus, wenn jetzt der CSU-Generalsekretär Scheuer sagt: Das ist alles nur diese Einmisch-EU. Die Einmisch-EU in Brüssel soll mal ruhig sein! – Das sind aber Argumente aus der AfD-Mottenkiste.

(Beifall von den GRÜNEN)

Demnach wären nicht die CSU, nicht Herr Dobrindt und nicht der Gesetzentwurf in irgendeiner Weise zu kritisieren, sondern die Tatsache, dass die EU da irgendwo reingrätscht.

Das Grundsatzproblem ist, dass wir in der ganzen Infrastrukturfinanzierungsdebatte nicht weitergekommen sind. Wir hatten 2011/2012 die Daehre-Kommission – Karl-Heinz Daehre ist der ehemalige CDU-Verkehrsminister in Sachsen-Anhalt –, daran anschließend in 2013 die Bodewig-Kommission. Beide Kommissionen haben mit 16 zu null, mit allen Länderverkehrsministern jeglicher Couleur – damals war auch noch ein FDP-Mann aus Hessen mit dabei – festgestellt, dass es ganz klar 7,2 Milliarden € Unterfinanzierung allein bei der Sanierung geben wird. Es gab zudem klare Handlungsoptionen.

Dann kam die neue Bundesregierung, die Große Koalition. Was passierte? – Der Adler kreiste um den Berg und gebar eine Maus: 1,5 Milliarden € zusätzlich für Infrastruktur, noch nicht einmal festgelegt auf Sanierung, sondern gedacht für den gesamten Verkehrsbereich, also Neubau und Sanierung. Diese 7,2 Milliarden € Unterfinanzierung auf vier Jahre gerechnet bedeuten knapp 30 Milliarden €, die für eine Legislaturperiode fehlen. Diese Bundesregierung hat aber nur 6 Milliarden € zusätzlich bereitgestellt. Viel zu wenig!

Welche Schritte sind unternommen worden? – Die Daehre-Kommission und die Bodewig-Kommission haben eine Ausweitung der Lkw-Maut auf alle Straßen ab 3,5 t vorgeschlagen. Was hat die Bundesregierung gemacht? – Sie hat diese Maut auf einige zusätzliche Bundesstraßen erweitert und die Tonnage von 12,5 auf 7,5 t abgesenkt. Das ist zwar ein Schritt, aber immer noch viel zu wenig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Bundesregierung beantwortet auch nicht, wo das Geld herkommen soll. Eine Regierung, die sagt: „keine Steuererhöhungen, schwarze Null schon vor 2019“, die dann aber nicht beantwortet, wo denn die zusätzlichen Milliarden für die Infrastruktur herkommen sollen, versagt auf ganzer Linie. Es ist eine Schande!

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist zudem ein absolutes Vergehen an unserem Wohlstand, weil sowohl die Industrie als auch die tagtägliche Mobilität der Menschen davon abhängen, ob wir unsere Brücken, Straßen und Schienenstrecken saniert bekommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das hat Dobrindt damit verbunden, zu sagen: Wir schaffen die Pkw-Maut, und dann regelt sich das alles, denn dann kommt Geld rein. – Es war von Anfang an klar, dass maximal 200 Millionen € bis 300 Millionen € dabei reinkommen würden.

Konsequenter wäre gewesen – auch wenn ich das aus verschiedenen Gründen inhaltlich falsch finde –, zu sagen: Wir schaffen eine allgemeine Pkw-Maut. Die gibt es in anderen Ländern auch. Die ist auch EU-rechtlich nicht zu kritisieren. Damit hätte man 4 Milliarden € bis 5 Milliarden € zusätzlich im Jahr eingenommen.

Aber nein, die Kanzlerin hatte sich ja in der Runde mit Herrn Steinbrück festgelegt: Mit mir keine Pkw-Maut! – Herr Seehofer hatte genau das gefordert, um auch die AfD in Bayern kleinzuhalten und einen Wahlkampfschlager zu haben. Dann kam diese sogenannte Ausländermaut dabei heraus – und es war von Anfang an klar, dass das nicht funktionieren kann und dass die EU einschreiten wird.

Jetzt haben wir das Dilemma. Wir haben keine weiteren Finanzmittel. Wir haben keine Schritte verabredet, und es sind nur noch zwei Jahre bis zur Bundestagswahl. Deswegen geht die dringende Aufforderung an alle, insbesondere an die CDU-Fraktion und ihren stellvertretenden Bundesvorsitzenden, die in Berlin Einfluss haben, Druck zu machen, damit hier endlich gehandelt wird und wir unsere Infrastruktursanierung schleunigst auf solide Füße stellen!

(Beifall von den GRÜNEN)

In der letzten Sitzung des Verkehrsausschusses hatten wir die Debatte zu PPP bzw. ÖPP. Das ist ja die neue Heilserwartung – insbesondere vonseiten der CDU, aber auch vonseiten der FDP, wie ich gelernt habe –, unsere Infrastruktur mit privater Finanzierung auf die Beine zu bekommen.

Ich bin nicht grundsätzlich dagegen. Es gibt Projekte, und an manchen Stellen es ist sinnvoll, mit öffentlich-privater Finanzierung zu operieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber es ist doch so, dass ein Großteil der Projekte, in denen bisher Private die Infrastruktur mitfinanziert haben, den Steuerzahler und die Allgemeinheit mehr Geld gekostet hat, als wenn sie grundsätzlich von Anfang an öffentlich finanziert worden wären.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Bundesrechnungshof und der Bund der Steuerzahler haben das detailliert vorgelegt. Von zehn Verkehrsprojekten an Bundesautobahnen mit ÖPP-Finanzierung waren sieben letztlich teurer, als wenn sie von Anfang an in öffentlicher Finanzierung gewesen wären.

Dann habe ich im Ausschuss gelernt, dass Kollege Rasche hierbei von „innovativen Modellen“ spricht. SPD und Grüne seien nicht offen für innovative Modelle bei der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung. Innovative Modelle, die Herr Wissmann Mitte der 90er-Jahre einführen wollte – da habe ich gelernt, was für die FDP „innovativ“ bedeutet: Sachen aus dem letzten Jahrtausend.

Auch Herr Vossemer hat das zu einem großen Thema gemacht: Wir müssten endlich die Blockade bei ÖPP aufgeben. Ich bin gar nicht grundsätzlich gegen ÖPP, die Grünen auch nicht.

(Zuruf von der CDU: Aber?)

Aber man muss im Detail hinschauen, ob ein Projekt sinnvoll ist. Nach dem, was wir bisher von ÖPP-Projekten im Verkehrsbereich wissen, kostet das die Allgemeinheit mehr, als es uns einbringt. Deswegen muss man hierbei sehr kritisch sein. Ich bin absolut dagegen, dass man das zur neuen „Finanzierungsvariante at the top“ erklärt, wie das vonseiten von FDP und CDU gewünscht ist.

(Beifall von den GRÜNEN und Achim Tüttenberg [SPD])

Mich wundert das deswegen, weil die CDU immer Einsparungen fordert und so tut, als sei sie der Gralshüter unserer Kassen.

**Präsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Arndt Klocke** (GRÜNE): Oh, ich bin schon etwas über die Zeit.

**Präsidentin Carina Gödecke:** Genau.

**Arndt Klocke** (GRÜNE): Dann werde ich jetzt zum Ende kommen. – Wir Grüne unterstützen auf jeden Fall den Landesverkehrsminister dabei, eine zweite Bodewig-Kommission auf den Weg zu bringen und genau das zu tun, was jetzt dringend notwendig ist, nämlich mit schnellen Schritten zu verabreden, wie wir unsere Infrastrukturanierung auf den Weg bringen.

Wir plädieren dafür, dass Infrastruktur öffentlich finanziert wird – in Ausnahmefällen durch private Mitfinanzierung. Wir halten es nicht für den richtigen Weg, Private auf breiter Basis zu beteiligen. Wir haben große Bedenken bei dem, was von der Fratscher-Kommission jetzt vorgelegt wurde.

**Präsidentin Carina Gödecke:** Herr Klocke, die Redezeit!

**Arndt Klocke** (GRÜNE): Ebenso haben wir Bedenken, Tür und Tor für eine Mitfinanzierung durch große Versicherungskonzernen etc. zu öffnen. Wir unterstützen jedoch die Linie des Ministers für eine weitere Runde der Bodewig-Kommission. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Klocke. – Damit waren Sie erheblich über der Re-

dezeit. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Vossemer das Wort.

**Klaus Vossemer** (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der deutsche Schriftsteller Hans Krailsheimer hat einmal gesagt: „Das Gefährliche an Halbwahrheiten ist, dass fast immer die falsche Hälfte geglaubt wird.“

(Beifall von der CDU und Minister Michael Groschek)

Der vorliegende Antrag für diese Aktuelle Stunde erweckt den Eindruck, dass die nordrhein-westfälische SPD die Pkw-Maut verhindern will und wollte. Aber in Wirklichkeit hat die nordrhein-westfälische SPD dieser Pkw-Maut längst zugestimmt.

Hier im Landtag poltert die SPD-Fraktion seit Monaten, die Pkw-Maut solle verhindert werden, aber im Deutschen Bundestag haben alle SPD-Abgeordneten aus Nordrhein-Westfalen zugestimmt. Hier im Landtag stellt sich Ministerpräsidentin Kraft gegen die Pkw-Maut, und im Bundesrat ließ sie diese durchgehen,

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Nein, das stimmt nicht! Wir haben nicht zugestimmt!)

nachdem sie den Vorschlag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses fallengelassen hatte.

(Widerspruch von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft – Nadja Lüders [SPD]: Das sind Halbwahrheiten! – Weitere Zurufe)

Die Haltung der CDU-Landtagsfraktion zur Pkw-Maut hingegen ist klar: Wir sind keine Mautfans. Wir halten die Pkw-Maut ebenso für falsch wie die Rente mit 63.

(Beifall von Serap Güler [CDU])

Beide Fehlentscheidungen sind aber leider Bestandteil des Koalitionsvertrags, den wir nicht infrage stellen. Die Pkw-Maut ist daher eine Kröte, die wir schlucken mussten. Das EU-Vertragsverletzungsverfahren ist ein laufendes rechtsstreitiges Verfahren, dessen Ende wir nun abwarten müssen. Die Einführung der Pkw-Maut daher jetzt zu verschieben, ist sicherlich klug, ganz auf sie zu verzichten, wäre womöglich noch klüger.

(Beifall von der CDU, Christof Rasche [FDP] und Minister Michael Groschek)

Meine Damen und Herren, im vorliegenden Antrag für diese Aktuelle Stunde stehen aber nicht nur Halbwahrheiten, es stehen auch noch unwahre Behauptungen im Antrag – ich zitiere –:

„Die Pkw-Maut bei gleichzeitiger Senkung der Kfz-Steuer dominiert die verkehrspolitische Debatte, ...“

Die Wahrheit ist: Die regierungstragenden Fraktionen von SPD und Grünen hätten gerne, dass die Pkw-Maut die verkehrspolitische Debatte in Nordrhein-Westfalen dominiert. Das ist jedoch rot-grünes Wunschdenken fernab jeder Realität.

Für die staugeplagten Menschen in Nordrhein-Westfalen ist die Pkw-Maut doch gar kein Thema.

(Zuruf von der SPD: Doch!)

Die verkehrspolitische Diskussion in diesem Land dreht sich in Wirklichkeit doch seit Wochen und Monaten nur um die maroden Brücken, das tagtägliche Stauchaos auf unseren Autobahnen und die Frage, wann endlich jemand von dieser Landesregierung die Initiative ergreift.

Die sich wiederholenden Vorwürfe von Rot-Grün, dass der Bund hier etwas versäumt hätte, sind eine Frechheit; denn die Bundesfernstraßen werden in Auftragsverwaltung von den Bundesländern geplant und unterhalten. Der Bund kann daher gar keine Brücken und Straßen sanieren und bauen, wenn das Land keine Planungen vorhält.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Werfen wir nur einen Blick auf den Stand der Planungsreserven. Nordrhein-Westfalen: 85 Millionen €, Bayern: 2 Milliarden €. Dass die rot-grüne Landesregierung verkehrspolitisch versagt hat, bekommt die Ministerpräsidentin jetzt selbst zu spüren. Sie kann ja nicht mehr überall den Rhein überqueren. Frau Ministerpräsidentin, Sie können heute gar nicht mehr alle Teile Ihres Landes besuchen, weil Ihr Dienstwagen nicht mehr über alle Brücken fahren darf.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Demnächst müssen Sie, Frau Ministerpräsidentin, einen Hubschrauber bestellen, wenn Sie einen Termin haben, der jenseits des Rheines stattfindet.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Aber das wäre vielleicht gar nicht so schlecht, Frau Ministerpräsidentin; denn während des Fluges könnten Sie sich einmal das Chaos auf den Autobahnen in Ihrem Verantwortungsbereich von oben ansehen. Dann würden Sie diese Dimension einmal selbst vor Augen haben.

(Beifall von der CDU)

Vielleicht würden Sie dann endlich einmal zusammen mit Verkehrsminister Groschek erörtern, wie Sie die Infrastruktur voranbringen.

(Nadja Lüders [SPD]: Bundesautobahn heißt es doch!)

Vernünftige Vorschläge und gute Ideen hierfür liegen auf dem Tisch. Wir haben sie zusammengefasst und sie in Form eines Plenarantrags dem Landtag vorgelegt: „Landesregierung muss innova-

tive Modelle zur Finanzierung und zum Bau von Bundesfernstraßenprojekten voranbringen“, Drucksache 16/8643.

(Minister Michael Groschek: Machen wir!)

Die SPD-Fraktion hat unseren Vorschlag nicht abgelehnt. Das hat uns sehr gefreut. Die SPD-Fraktion war von unserem Antrag sogar so angetan, dass sie vergangene Woche eine Anhörung dazu beantragt hat.

(Beifall von der CDU)

Diese Wertschätzung unserer Arbeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat uns ebenfalls sehr gefreut.

Am 22. September 2015 werden wir hier im Landtag gemeinsam mit Fachleuten unsere Vorschläge für Verbesserungen der Infrastruktur beraten. In dem Antrag fordern wir, dass wesentlich schneller geplant werden und wesentlich mehr Geld in den Bundesstraßenbau fließen muss.

Die Bundesregierung will die deutsche Verkehrsfinanzierung und -planung durch Gründung einer überwiegend unabhängigen Infrastrukturgesellschaft neu gestalten. So soll es eine staatliche Gesellschaft geben, die private Finanzierungen in Anspruch nehmen kann. Das heißt: Zum Ausbau der Bundesfernstraßen sollen vermehrt öffentlich-private Partnerschaften gefördert werden. In der Folge muss die nordrhein-westfälische Landesregierung künftige ÖPP-Finanzierungsangebote der Bundesregierung dann auch annehmen.

Von der bisherigen Verweigerungshaltung bei ÖPP-Modellen hat sich Verkehrsminister Groschek bereits verabschiedet. Das ist gut. Weiter so, Herr Minister! Wieder einmal haben Sie einen Vorschlag der CDU aufgegriffen.

(Beifall von der CDU – Lachen von Minister Michael Groschek)

Meine Damen und Herren, heute ist die letzte Sitzung des Landtags vor der Sommerpause. Hoffentlich ist dies auch die letzte Plenarsitzung, in der wir über die Pkw-Maut sprechen.

Was die Verkehrspolitik Nordrhein-Westfalens angeht, gibt es weitaus wichtigere Themen. Daher möchte ich mit einem Zitat von Andreas Tenzer schließen:

„Das wichtigste Wissen ist zu wissen, was wichtig ist.“

– Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Vossemer. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Rasche jetzt das Wort.

**Christof Rasche** (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern Abend hatten wir bei der Architektenkammer schon viel Gelegenheit, über die Maut zu diskutieren. Es war so wie immer: Die Diskussion war ganz schnell beendet. Wir waren uns alle einig: Die Maut ist Murks. – Trotzdem haben wir noch einige Stunden länger dort verbracht, auch der Minister, habe ich gehört. Es ist immer gut, wenn man sich außerhalb des Parlaments gut versteht und verständigt. Das trägt dazu bei, dass hier eine vernünftige Debattenkultur herrscht.

Kommen wir zur Maut – zur Murksmaut: Wir alle in Deutschland haben erwartet, dass es zu einem EU-Vertragsverletzungsverfahren kommt. Das war von Brüssel angekündigt, und es war klug mit Argumenten hinterlegt. Obwohl alle diese Vorgehensweise aus Brüssel geahnt haben, wurde in Berlin anders gehandelt.

Nachdem Brüssel Nägel mit Köpfen gemacht hat, ist jetzt genau der richtige Zeitpunkt, um den Gesetzentwurf zurückzuziehen. Stattdessen dreht die Murksmaut eine neue Runde, vielleicht die elfte oder zwölfte – ich weiß nicht, wie weit wir sind. Man hat den Eindruck, da steht ein angeschlagener blinder Boxer im Ring – Dobrindt taumelt im Ring und steht kurz vorm Umkippen.

Das wäre also eigentlich der richtige Zeitpunkt für die Kanzlerin, jetzt das Handtuch zu werfen und diese Debatte, diesen Vorgang zu beenden. Sie macht es aber nicht.

(Beifall von Minister Michael Groschek)

Dobrindt kämpft weiter, und da wird aus einem Dobrindt ein „Doblind“, ansonsten würde er doch nicht so agieren!

(Beifall von der FDP)

Kollege Vossemer hat eben gesagt: Hoffentlich war das heute die letzte Debatte zur Pkw-Maut in diesem Hohen Hause. – Es liegt doch an Ihnen, es liegt doch an der Union in Berlin, den Gesetzentwurf zurückzunehmen!

(Beifall von der FDP)

Es gibt nur eine Fraktion, die dafür sorgt, dass Dobrindt noch im Ring bleibt, und das ist die Union in Berlin.

Die letzte Debatte zur Pkw-Maut in diesem Hohen Hause fand zu einem Eilantrag der FDP-Fraktion statt. Damals, lieber Kollege Breuer, sagten Sie – Zitat –:

„Der Eilantrag der FDP zum Stopp der Pkw-Maut für Ausländer ist hinsichtlich der geäußerten Kritik in der Tat berechtigt. Der Antrag ist jedoch in seinen Schlussfolgerungen und in seinen Forderungen an die Landesregierung vollkommen überflüssig ...“

Wir haben nämlich damals gefordert – so lange ist das noch gar nicht her –, dass die Landesregierung alle Möglichkeiten ausschöpfen soll, um diese Maut zu verhindern.

Klar ist heute: Wären damals die Koalition und die Landesregierung unserem Vorschlag gefolgt – die Debatte heute wäre überflüssig gewesen.

(Beifall von der FDP)

Selten – egal bei welchem Thema – hat man erlebt, dass CDU und SPD hier in Nordrhein-Westfalen das eine sagen und in Berlin genau das andere machen. Man kann fast von griechischen Verhältnissen reden. SPD und CDU hier im Landtag haben immer, über Monate und Jahre hinweg, gegen die Maut geredet, und in Berlin sind sie fast blind der CSU gefolgt. Im Bundestag stimmten 96 Abgeordnete aus Nordrhein-Westfalen – 39 von der SPD und 57 von der CDU – für die Murksmaut.

Dann ging es weiter vom Bundestag in den Bundesrat. Da wurde – übrigens auch hier in der Debatte davor – ein großer Auftritt von Nordrhein-Westfalen angekündigt, um diese Maut zu verhindern. Alle Möglichkeiten sollten genutzt werden, um dies zu erreichen. Und dann reichte es trotz vorhandener Mehrheit noch nicht einmal dazu, den Vermittlungsausschuss anzurufen! Nordrhein-Westfalen hat bei diesem Thema im Bundesrat noch nicht einmal das Wort ergriffen. Hier hat man also ziemlich große Töne gespuckt, und im Bundesrat hat man nichts getan.

Diese widersprüchliche Mautpolitik bei den Kollegen der SPD setzte sich fort, nachzulesen am vergangenen Mittwoch in der „Kölnischen Rundschau“ in einem Interview mit Ministerpräsidentin Kraft. Zitat:

„Fraglich ist, woher das Geld zur Erneuerung unserer Straßen und Brücken jetzt kommen soll, nachdem die Pkw-Maut auf die lange Bank geschoben worden ist.“

Daraus kann man ganz eindeutig interpretieren: Da war jemand doch für diese Pkw-Maut, weil das Geld benötigt wird.

Aber, liebe Ministerpräsidentin, vernünftige Gutachter – die übrigens auch die Regierung begleiten – sagen: Unter dem Strich kommen dabei 100 Millionen € pro Jahr für ganz Deutschland heraus, und in den ersten Jahren aufgrund der Erstinvestitionen sogar kein einziger Euro. Da kann doch die Ministerpräsidentin dieses Landes nur schwerlich behaupten, dass die Maut die Lösung wäre, um die finanziellen Probleme zur Behebung der Schäden in der Infrastruktur zu lösen. Die 100 Millionen € reichen nicht. Und 1 € reicht ebenfalls nicht.

Zu Recht hat Arndt Klocke von den Grünen vorhin gesagt: Die Bodewig-Kommission – mit der Unterschrift des Kollegen Groschek – forderte in der laufenden Bundestagsperiode 30 Milliarden €.

Beschlossen hat die Große Koalition fünf Milliarden, davon allerdings zwei Milliarden für die Ausfinanzierung bayerischer Projekte und zwei Milliarden für weniger Einnahmen bei der Lkw-Maut aufgrund des Wegekostengutachtens. Also, in Wahrheit hat sie eine Milliarde gegeben, und die 16 Verkehrsminister haben 30 Milliarden gefordert – ein absolutes Nullsummenspiel.

Das hat Herr Klocke mit Recht kritisiert, aber was er dann anfügte, war ein typisches falsches Spiel der Grünen. Auch die Lkw-Maut – die Grünen machen immer Politik gegen Lkw – wird finanziell mit zwei, drei Milliarden € diese Lücke nicht füllen. Auf ÖPP zu verzichten, wo an den Kapitalmärkten riesige Summen Geld vorhanden sind,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

ist auch der falsche Weg. Wo soll das Geld denn herkommen, meine Damen und Herren?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es waren doch die Grünen, die vor 2005 und nach 2010 dafür gesorgt haben, dass Nordrhein-Westfalen nicht einmal in der Lage war, die Mittel, die zur Verfügung stehen, in Nordrhein-Westfalen auszugeben. Wir mussten sie nach Bayern und Baden-Württemberg weiterleiten, meine Damen und Herren. Das war das Ergebnis Ihrer Politik, das Ergebnis der Politik der Grünen!

(Beifall von der FDP)

Ich komme zurück zur Maut. Die CSU ist mit ihrem Ziel krachend gescheitert. Jeder Cent, der jetzt noch von der Großen Koalition in das Projekt gesteckt wird, ist eine absolute Verschwendung von Steuergeldern. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die Fraktion der Piraten spricht Herr Kollege Bayer.

**Oliver Bayer (PIRATEN):** Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident! Auch wenn wir keine Stimme im Präsidium haben und zum Beispiel bei der Auswahl der Aktuellen Stunden beraten können, ich habe eine Stimme am Rednerpult, und die hatte ich auch am 11. September 2014 hier im Plenum. Ich zitiere mich einmal selbst, was ich dort gesagt habe: „Ich möchte, dass wir nicht abwarten, bis die EU die Mautpläne kippt.“

Nun sind wir bereits bei Plan B, und Abwarten ist keine Option mehr. Wir müssen jetzt die Gelegenheit zur modernen Verkehrswende nutzen. Für diesen Aufbruch in eine neue Verkehrspolitik ist es eigentlich auch egal, wie die Dobrindt-Maut am Ende bewertet wird, ob es ausreicht, dass Nichtstaatsbürger in Deutschland auch ein Auto anmelden können. Die Pkw-Maut ist sowieso kein ernstgemeintes

Finanzierungsinstrument, sondern ein gefährliches, diskriminierendes Marketinginstrument, und das wird 2017 hoffentlich nicht mehr eingesetzt.

Wir Piraten werden jedenfalls alles daransetzen, dass die Dobrindt-Maut keinen Schaden mehr anrichten kann, nicht im Alltag des Grenzlands, nicht durch Geldverschwendung, nicht durch Totalüberwachung der Autofahrenden oder einer Straßenvorratsdatenspeicherung. Die Dobrindt-Maut darf aber auch nicht weiter die echten Maßnahmen blockieren, die Nordrhein-Westfalen dringend benötigt. Die politische Debatte selbst verträge eine Pkw-Maut in dieser Form nicht. Daher müssen wir uns von der Dobrindt-Maut verabschieden.

(Beifall von den PIRATEN)

Herr Vossemer, diese Dobrindt-Maut oder Pkw-Maut wegzuschieben, hätte natürlich Herrn Dobrindt selbst einfallen können, aber Sie haben natürlich auch recht, was die Debatte betrifft.

Die Verkehrspolitik selbst braucht nun unsere ganze Aufmerksamkeit, denn sie befindet sich in einer Sackgasse. Ansonsten gäbe es gar nicht diese gigantischen Instandhaltungsprobleme. Was wir gar nicht brauchen, ist jetzt die nächste durchs Dorf getriebene CSU-Sau.

Private Investitionen in Autobahnen, die den Finanzsektor fördern und die selbst auferlegte Schuldenbremse aushebeln, aber die Probleme der Verkehrspolitik und die generelle Unterfinanzierung nicht lösen, brauchen wir jetzt nicht. Das wäre die nächste Ablenkung. Mit diesen Public-private-Partnerships entscheiden schon wieder Dritte über das Schicksal der Verkehrspolitik, nämlich die, die neue Anlagemöglichkeiten suchen. Kein Wunder, dass die Verkehrspolitik seit Jahrzehnten im Stillstand verharrt.

Herr Minister Groschek will eine zweite Bodewig-Kommission. Herr Klocke hat sie auch angesprochen. Das ist gut, aber passen Sie darauf auf, dass daraus keine zweite Fratzscher-Kommission wird und dort die Probleme einseitig aus Sicht des Finanzmarkts beleuchtet werden.

Ich mag den Antrag zu dieser Aktuellen Stunde, da er nicht nur die Debatte auf die Pkw-Maut lenken möchte, sondern die Debatte um verkehrspolitische Perspektiven anmahnt. Mich irritieren allerdings Sätze wie: „Wenn diese Probleme nun weiterhin vom Bund nicht angegangen werden, wird sich der Schaden für Menschen, Umwelt und Wirtschaft noch vergrößern.“

Wir sind ja in Nordrhein-Westfalen und in einem NRW-Landesparlament. Der Bund muss seinen Beitrag leisten, und zwar einen sehr großen – finanziell und auch, was die Politik betrifft. Aber Sie reden im Antrag anscheinend allein von Bundesfernstraßen und gleichzeitig von nachhaltiger Verkehrspolitik. Das passt so nicht zusammen.

Eine nachhaltige Verkehrspolitik sieht das ganze Straßennetz, also Wasserwege, Schiene, Bus und Bahn, Radverkehr, Fußverkehr als Gesamtorganismus. Die Verantwortung, selbst wenn es um Fernstraßen geht, einfach Richtung Bund wegzuschieben und sich komplett wegzudrücken, das passt nicht zu NRW. Wir in NRW wollen gerne Logistikstandort Nummer eins sein, Transitland, Ballungsraum für Millionen Menschen, Wirtschaftsmittelpunkt in vielen Bereichen. Dann können wir in NRW auch Verantwortung übernehmen und selbst anpacken.

NRW ist von der Instandhaltungskatastrophe bei Straßen, Brücken, Stadtbahntunneln und Bahntrassen besonders betroffen. Gleichzeitig sind wir in NRW ein Land, das sich gerne neu erfindet, das den Wandel lebt und auch schon mehrmals große Verantwortung über seine Grenzen hinaus übernommen hat. Wir sind das Land, das den Verkehr und die Menschen bewegt, und wir können auch die Verkehrspolitik bewegen. Dabei hilft uns der Landeshaushalt, aber noch viel mehr der politische Wille, Vorbild zu sein und das Richtige zu tun.

Wir brauchen eine Verkehrspolitikwende. Sie müssen erkennen, dass die Politik der letzten Jahrzehnte zur Instandhaltungskatastrophe geführt hat und die Verkehrspolitik trotzdem weiter im Kirchturmdenken und in alten Konzepten verharrt. Wir brauchen eine Verkehrswende, und zwar nicht nur, um unseren sozialen und klimapolitischen Zielen gerecht zu werden. Wir brauchen die Verkehrswende aus einer finanziellen Notwendigkeit heraus. Je schneller wir handeln, umso weniger wird sie kosten. Unbezahlbar ist nur keine Verkehrswende.

Jetzt haben wir dreifach die Gelegenheit. Die Pkw-Maut lässt eine Lücke für den Aufbruch notwendiger politischer Debatten. Große Innovationen im Verkehrsbereich mit vor einigen Jahren noch undenkbaren Entwicklungen kommen auf uns zu. Wir in NRW haben die Probleme nicht nur erkannt, wir sind ein starkes Land und können den politischen Willen aufbringen, den Weg einzuschlagen.

Der Landtag hat die Enquetekommission zur Finanzierung, Innovation und Nutzung des öffentlichen Personenverkehrs eingesetzt. Das ist ein hervorragender Anfang. Die Landesregierung hat mit ihren Absichtserklärungen zu Radschnellwegen, zu „Erhalt vor Neubau“ und zur Nahmobilität zumindest gezeigt, dass sie politischen Willen aufbringen könnte.

Das zeigt sich aber nicht in der Konsequenz des Handelns. Minister Groschek und sein Ministerium müssen beim Sparen helfen. Es gibt im Landeshaushalt für die Verkehrspolitik keinen Spielraum für Prioritätensetzung und die Umsetzung verkehrspolitischer Ziele.

Durchaus sehr große, nicht nur verkehrspolitische Ziele werden an allen Ecken und Enden vorgege-

ben. Die Landesregierung hat durch die ÖPNV-Zukunftskommission einen Bericht erstellen lassen, in dem 50 bis 100 % mehr öffentlicher Nahverkehr für notwendig gehalten werden; aber man verfolgt die Ziele nicht. Sie präsentieren einen Klimaschutzplan; aber in der Verkehrspolitik ist das nicht sichtbar. Es fehlen ein Konzept und der politische Wille, die selbst gesteckten Ziele zu erreichen. Es fehlt – noch – der Mut, einmal wirklich neue Wege zu gehen und alte Verkehrspolitik auch zurückzulassen.

Dabei könnten wir in NRW diesen Mut aufbringen. Lassen Sie uns bei dieser Sache die Ersten sein und nicht die Letzten. Lassen Sie uns Bayern und die anderen Bundesländer einmal überraschen, und lassen Sie uns später einmal sagen – damit komme ich auch langsam zum Schluss –:

Wir haben auf eine intelligente und neue Verkehrspolitik gesetzt, als die Zeit dafür noch günstig war. Wir haben Bus und Bahn in den Mittelpunkt des Pendlerverkehrs gestellt, auch im ländlichen Raum. Dafür haben wir neue Verkehrskonzepte genutzt, die durch den technischen Fortschritt erst möglich wurden. Wir haben auf die Schiene und die Binnenschifffahrt gesetzt, und wir haben unsere Straßen so weiterentwickelt, dass sie auch den politischen Zielen gerecht werden.

Das können wir in NRW schaffen – gerade um Bewegung im Bund zu erreichen und mehr Geld für Bus, Bahn, Wasser, Schiene und Straße zu bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Bayer. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Groschek.

**Michael Groschek,** Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Erste Anmerkung: Die Ausländermaut war, ist und bleibt Murksmaut.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Deshalb gibt es in der Landesregierung niemanden, der diese Maut schützt oder gar fördert. Zweite Anmerkung: Das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist und bleibt absurd, und es ist und bleibt absurd, dass wir mit einer solchen Maut Unfrieden mit unseren Nachbarn in den Beneluxstaaten stiften. Das ist in der Konsequenz antieuropäisch.

Die Verursacher sind auch ausgemacht. Das war der Generalsekretär Dobrindt, der damit eine bayrische Landtagswahl für Seehofer gewonnen hat und der mit dem gleichen Trick – Ausländermaut – eine Bundestagswahl positiv für die CSU entscheiden wollte. Beides ist keine Perspektive für die nationale Verkehrspolitik. Deshalb will ich darauf hinweisen, dass ein Bundesverkehrsminister, der vom

Mautminister durch europäisches Recht zum Murksmautminister wird, niemandem nutzt, aber der Verkehrspolitik schadet.

(Beifall von der SPD und Sigrid Beer [GRÜNE])

Insofern ist es an der Zeit, Klartext zu reden. Die Bundesregierung, im Zweifel die Kanzlerin, muss klären, wie wir prinzipiell die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland finanzieren wollen. Sie muss sich entweder offen und ehrlich zu einer Pkw-Maut für alle, egal ob deutsch oder ausländisch, bekennen oder aber durch eine ebenso in die Diskussion gebrachte Mineralölsteuererhöhung in der Perspektive um die 7,2 Milliarden € zusätzlich erwirtschaften.

„Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“ war zu lange der Finanzierungshintergrund für die deutsche Verkehrspolitik. Dieses Prinzip darf nicht fortgeführt werden.

(Beifall von der SPD und Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir in Nordrhein-Westfalen haben da eine andere Buchung. Wir sprechen Klartext und handeln. Deshalb verspreche ich nicht einen Unsinn wie ein staufreies Nordrhein-Westfalen, sondern ich verspreche den Menschen im Land ein Jahrzehnt der Baustellen. Endlich gilt das Prinzip: Schipp, schipp und quatsch nicht! – Viel zu lange galt dieses Prinzip nicht.

Diejenigen, die uns vorwerfen, 40 Millionen € zurückgegeben zu haben, müssen sich an die eigene Nase fassen. Sie waren die Raubritter, die den Raubzug durch den Landesbetrieb gestartet haben. 20 % über Durchschnitt Stellenabbau! Das bleibt Ihre Erbsünde in der Verkehrspolitik.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Mein Vorschlag ist klar und wird von den vernünftigsten Verkehrsministern auf Länderebene getragen. Wir brauchen die Fortsetzung der Bodewig-Kommission, um endlich das, was Bodewig vorgeschlagen hat, mit dem zu verbinden, was unter der Überschrift „Fratzscher-Kommission“ neu vorgeschlagen wird. Die Fratzscher-Kommission schlägt in Bezug auf den Verkehrsbereich vor, dass das Autobahnnetz filetiert wird, dass also die Guten ins Töpfchen und die Schlechten ins Kröpfchen kommen.

Strukturpolitisch wäre das für das Land schwer verantwortbar, weil dann der ländliche Raum abgehängt würde. Da müssen wir sehr vorsichtig sein. Deshalb gilt mein Prinzip: Bodewig als verkehrspolitischer runder Tisch der Vernunft muss bis zur Länderverkehrsministerkonferenz im Oktober dieses Jahres einen verbindenden Vorschlag machen.

Dann könnten wir auch vernünftig aufnehmen, wie PPP organisiert werden könnte. Wir in Nordrhein-Westfalen wollen PPP à la NRW. Wir werden nicht zulassen, dass Modelle realisiert werden, bei denen der Mittelstand, die mittelständische Bauwirtschaft

und das Bauhandwerk zur Beute von Renditejägern werden. Das machen wir nicht mit.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Der Mittelstand muss geschützt werden. Und wir werden den Mittelstand bei den Modellen schützen!

Letzte Anmerkung: Der Landesbetrieb Straßen.NRW ist völlig neu aufgestellt worden. Wir haben ihn komplett neu organisiert. Die Menschen im Landesbetrieb haben durch die Neuorganisation 500 Stellenäquivalente erwirtschaftet – 500 Stellen, die nicht geschaffen werden müssen, weil wir eine optimierte Struktur geschaffen haben. Zusätzlich werden über Planungskapazitäten im Landesbetrieb und extern künftig 40 % mehr Bundesmittel umgesetzt werden können – statt 900 Millionen € im Schnitt dann 1,25 Milliarden € im Schnitt.

Dann hoffen wir, dass die Bundesfinanzierung auskömmlich ist. Dafür können wir eine Ausländermaut nicht gebrauchen. Dafür brauchen wir Bares; denn nur das ist Wahres in der Verkehrspolitik.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Minister Groschek. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Schemmer.

**Bernhard Schemmer<sup>\*)</sup>** (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD und die Maut – eine unendliche Geschichte: Hier Nein, meistens wenigstens; in Berlin Ja; im Bundesrat Herumeiern. Immer da, wo man gerade ist, tritt man unterschiedlich auf. Aber das hat ja auch schon Historie.

Zur Sache: Nachdem die EU die Bundesrepublik Deutschland 1998 aufgefordert hatte, hat Rot-Grün 2003 die Lkw-Maut ab 12 t eingeführt. Von der Festlegung im Mautgesetz, die Maut zweckgebunden für den Verkehr zu benutzen, ist Rot-Grün von Anfang an abgewichen. Schröder, Eichel und die Grünen haben damals die Hälfte der Maut für den Verkehr genommen und die andere Hälfte schlicht eingesackt.

Seit 2003 sind die Ausgaben für Infrastruktur im Bund, insbesondere im Straßenbau, zwar gestiegen – anders in Nordrhein-Westfalen; hier sind sie sogar noch zurückgegangen –, aber sie sind unwesentlich gestiegen. Erst ab 2015 hat der Verkehrshaushalt im Bund den Stellenwert, den er sich einfach verdient hat.

Durch die beiden von der Großen Koalition beschlossenen Investitionsprogramme werden die Investitionen beim Bund von jährlich 10,5 Milliarden € bis 2018 auf 14,4 Milliarden € im Jahr steigen. Das ist ein Anstieg um 40 %. Davon sollte man sich in Nordrhein-Westfalen einmal etwas abgucken.

Dazu trägt natürlich auch die Lkw-Maut bei, die für Lkws mit einem Gewicht von 7,5 bis 12 t für Autobahnen und vierspurige Bundesstraßen eingeführt wurde. Darüber hat noch keiner geredet. Also bleibt noch die Diskussion über die Pkw-Maut. Mit Genehmigung des Präsidenten zitiere ich den SPD-Abgeordneten Sören Bartol aus der Bundestagsdebatte. Die hilft uns manchmal hier auch weiter:

„Die SPD wird zustimmen. Wir stehen zu unserem Wort, das wir bei der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages gegeben haben. Diese Koalition ist handlungsfähig.“

Und später:

„Wir wollen, dass Deutschland mobil bleibt. Ein Land mit kaputten Brücken und Straßen schränkt Mobilität ein und gefährdet letztlich auch Arbeitsplätze. Wir werden bis zum Ende der Legislaturperiode ein Niveau der Verkehrsinvestitionen von rund 14 Milliarden € pro Jahr erreichen. Das kann nicht alles auf Pump bezahlt, sondern muss vernünftig gegenfinanziert werden. Neben zusätzlichen Steuereinnahmen müssen wir daher auch die Nutzerfinanzierung ausweiten.“

So im Bund! Und weiter:

„Dafür hat die SPD im Koalitionsvertrag klare Bedingungen formuliert. Eine davon war für uns, dass kein deutscher Autofahrer durch die Pkw-Maut zusätzlich belastet wird. Diese Bedingung ist erfüllt.“

Im Übrigen könnte ich auch Sebastian Hartmann von der SPD zitieren. Er ist wie alle anderen auch pro Maut, insbesondere mit Hinweis auf die anderen 15 europäischen Länder mit sogenannter Nutzerfinanzierung, wie man das nennt, also auch mit Maut. So im Bund, so SPD!

Ich sage ganz offen und ganz ehrlich: Ich habe die Pkw-Maut immer sehr skeptisch gesehen. Das mag man in Bayern als süddeutsches Problem mit Maut in Tschechien, Österreich, Frankreich, der Schweiz und Italien anders sehen. Aber wir sind von mautfreien Ländern umgeben. Zum ändern haben wir gesehen, dass eine Maut gar nicht automatisch den Verkehrshaushalt erhöht. Eichel hat damals die Hälfte für sich eingesackt, statt sie in die Verkehrsinfrastruktur zu investieren.

Darüber hinaus: Wenn wir bereits über 50 Milliarden € Einnahmen aus Lkw- und Pkw-Kfz-Steuer, Maut und Mineralölsteuer haben, stellt sich ja die Frage, ob das nicht genug ist. Müssen wir noch zusätzlich eine Pkw-Maut haben?

Ich komme zur EU. Sie schrieb 1998 ins Weißbuch:

„In vielen Fällen – wenn es zum Systemwechsel von der Steuerfinanzierung zur Nutzerfinanzierung kommt – müssten zum Ausgleich ... verkehrsbezogene Steuern ... gesenkt werden.“

So steht es auch im Mautgesetz. Wenn Dobrindt den Rechtsstreit abwartet, ist das völlig in Ordnung. Eine Straße wird auch nicht schon dann gebaut, wenn die Planfeststellung fertig ist, sondern wenn sie rechtskräftig ist. Es sollte wenigstens so sein.

Wenn ich einmal einen solchen Vergleich wählen darf, ist diese Aktuelle Stunde eine Legoverversion von Rot-Grün in Relation zu einer vernünftigen Verkehrspolitik. Wie sagte Minister Groschek am vergangenen Montag bei der Eröffnung des Bochumer Westkreuzes laut „Ruhr-Nachrichten“? Ich zitiere: „Straßenbau war vor fünf Jahren nicht mehr in. Aber nun wird es Geld regnen,“ – er meinte wohl: aus Berlin – „und jetzt stellen wir die Fässer auf.“

SPD, FDP und die Wirtschaft wollten vor fünf Jahren den Straßenbau nicht kappen. Dies machte hier damals die rot-grüne Minderheitsregierung. Voigtsberger fuhr abends gemütlich in sein Häuschen in Belgien. Sein Adlatus Becker räumte im Verkehrsministerium auf. Gehen wir doch noch einmal durch, was damals stattgefunden hat. Zwei Drittel der Straßenplanung in NRW bei Bundes- und Landesstraßen wurden beendet – also keine Fässer aufgestellt! Ingenieuraufträge wurden zurückgezogen – keine Fässer aufgestellt!

Sie müssen nicht von der Zeit vor 2010 reden, sondern von Ihrer Zeit. Von 2010 bis 2014 wurden über 100 Bauingenieure des Landesbetriebes NRW nach Hause geschickt. 2013 haben Sie 40 Millionen € an Bundesmitteln zurückgegeben. Bayern hat das Geld gerne genommen. Sie haben keine Brückenplanung fertig, obwohl doch jeder weiß, dass bei jeder etwas größeren Brücke eine Planfeststellung erforderlich ist. Übrigens hat Bayern für über 2 Milliarden € planfestgestellte Straßen, Nordrhein-Westfalen nicht einmal für 100 Millionen €, also nicht einmal ein Zehntel.

Im November 2013 haben Sie gesagt: Wir gehen nicht in die DEGES. Im Januar 2014 ging es doch in die DEGES. Sie wollten 20 zusätzliche Bauingenieure einstellen. Ein halbes Jahr haben Sie nichts getan. Dann sind die Ingenieure eingestellt worden. Aber minus 100 plus 20 sind in der Summe immer noch minus 80.

In der „Westfalenpost“ war zu lesen: Sie wollen zwei Millionen mehr für Landesstraßen ausgeben. Das sind 1,4 %. Ich habe eben von den 40 % mehr für Infrastruktur auf Bundesebene gesprochen. Sie geben für den Landesstraßenbau immer noch weniger aus, als Schwarz-Gelb 2009 ausgegeben hat.

Statt kleinem Karo bei der unbeliebten Maut sollten Sie sich lieber bei ÖPP vernünftig engagieren. Von den vorgesehenen 14 Milliarden könnten drei Milliarden in Nordrhein-Westfalen landen. Aber auch hier mauert die SPD. Wenn Sie Fässer aufstellen wollen, weil es in Berlin Geld regnet, müssen Sie den Planungsstillstand beenden. Gabriel hat es schon verstanden. Vielleicht versteht es auch die

SPD in Nordrhein-Westfalen. Dann wäre sie auf einem guten Weg. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Schemmer. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Breuer.

**Reiner Breuer (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Schemmer, ich kann Ihnen manchmal nicht folgen. Ich weiß nicht, ob es an mir liegt, aber ich habe den Eindruck, auch andere Kolleginnen und Kollegen haben manchmal ein Fragezeichen auf der Stirn, wenn Sie hier zum Thema „Pkw-Maut für Ausländer“ vortragen.

Es ist nicht das erste Mal, dass wir uns hier im Parlament mit diesem Thema auseinandersetzen. Und ich befürchte, es wird auch nicht das letzte Mal sein, dass wir Ihnen deutlich machen müssen, dass es nicht das Herzensanliegen der SPD im Bund, in Nordrhein-Westfalen oder sonst wo war und ist, eine Pkw-Maut für Ausländer einzuführen. Sondern es ist und bleibt ein Lieblingsprojekt von Herrn Bundesverkehrsminister Dobrindt und einer Regionalpartei, CSU, die ja Ihre Schwesternpartei ist und nicht etwa eine der SPD.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Deswegen werden wir an jeder Stelle deutlich machen, auch heute in der Aktuellen Stunde, dass wir nach wie vor drei wesentliche Gründe haben, weswegen wir diese Pkw-Maut für Ausländer ablehnen: Das Erste ist, dass weiterhin nicht erkennbar ist, dass hier ein substanzieller Beitrag zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur geleistet wird. Aufwand und Ertrag scheinen nach unserer Auffassung jedenfalls in keinem angemessenen Verhältnis zu stehen.

Zweitens ist es sicher, dass die Versprechungen nicht gehalten werden können, dass die deutschen Bürgerinnen und Bürger nicht zusätzlich belastet werden, weil die Ausgestaltung europarechtskonform erfolgen muss. Und genau da ist der Haken. Es ist sicherlich damit zu rechnen, dass die Kfz-Steuer-Entlastung möglicherweise kassiert wird, weil sie eine mittelbare Diskriminierung darstellt.

Drittens haben wir auch immer deutlich gemacht, dass diese Pkw-Maut für Ausländer Gefahren für den Einzelhandel, für die Gastronomie und den Tourismus birgt. Herr Minister hat zu Recht darauf hingewiesen, welche Auswirkungen das im europäischen Kontext auf unsere Nachbarländer hat, die zu Recht über Rachemaut oder dergleichen nachdenken müssen.

Meine Damen und Herren, diese Kritik hat die Landesregierung immer wieder auch hier im Haus und an anderen Stellen vorgetragen. Ich möchte daran

erinnern, dass wir, auch ich persönlich, am 18. März aus Anlass Ihres Antrages, Herr Rasche von der FDP, hier im Plenum deutlich gemacht haben, dass die bewusste Kopplung der Einführung einer Infrastrukturabgabe mit einer Senkung der Kfz-Steuer für inländische Fahrzeugnutzer eine mittelbare Diskriminierung darstellt. Der Europäische Gerichtshof hat ähnlich im Jahr 1992 im Zusammenhang mit der Lkw-Maut in Deutschland entschieden. Das ist auch nachzulesen.

Deswegen war es durchaus zu erwarten, dass hier der EU-Kommissar ein Vertragsverletzungsverfahren einleitet. Er hat sozusagen einen blauen Brief an den Verkehrsminister gesandt. Und seine Verletzung scheint ernsthaft gefährdet. Wir werden es jedenfalls sehen. Das Verfahren wird ja noch etwas Zeit in Anspruch nehmen. Es ist auf jeden Fall sehr ernst zu nehmen, und es ist auch keine Zeit, ein EU-Bashing hier zu betreiben, ganz im Gegenteil. Es ist gut, dass das sehr ernst genommen wird, dass hier Diskriminierungen aufgerufen werden.

Wir müssen als Verkehrspolitiker feststellen, dass uns Einnahmen fehlen. Deswegen müssen wir konstatieren, dass wir uns weiterhin Gedanken machen müssen, wie wir zu einer verlässlichen, dauerhaften und auskömmlichen verursachergerechten Verkehrsfinanzierung kommen. Da sind wir immer noch nicht am Ende der Diskussion angekommen, sondern wir befinden uns eher am Anfang. Denn die Länderverkehrsminister haben unlängst einstimmige Beschlüsse gefasst und Empfehlungen abgegeben, sowohl aus der Daehre-Kommission als auch aus der Bodewig-Kommission, die aber allesamt nicht vollständig umgesetzt sind. Deswegen müssen wir darauf beharren, dass diese wieder aufgerufen werden.

Auch die Empfehlungen der sogenannten Fratzscher-Kommission müssen einem verkehrspolitischen Check unterzogen werden. Daher begrüßen wir es sehr, dass Minister Groschek angeregt hat, Herrn Bodewig noch einmal zu fragen, ob dies mit einer Kommission gewährleistet werden kann. Wir sind sehr dafür.

Wir sind auch sehr dafür, dass der Antrag der CDU-Fraktion zum Thema ÖPP usw. sehr genau analysiert wird. Sie werden sich noch einmal freuen, wenn die Anhörung stattgefunden hat. Dann werden Sie denken, Sie hätten diesen Antrag besser nicht geschrieben, weil die Experten Ihre Ausführungen zum Thema ÖPP in der Luft zerreißen werden. Denn Ihr Prinzip „Privat vor Staat“, was da zum Ausdruck gebracht wird, ist keins, was wir hier in Nordrhein-Westfalen zum Tragen bringen wollen und das auch die Experten ablehnen. Man muss sehr viel genauer hinsehen, als Sie das hier tun.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Auch möchte ich noch einen Hinweis auf Ihre Angriffe auf die Landespolitik geben. Natürlich muss

der Bund seine Hausaufgaben machen, aber wir machen sie auch. Ich will das noch einmal in Kurz-Staccato aufrufen: Wir haben im Land Nordrhein-Westfalen „Erhalt vor Neubau“ als Prinzip vollzogen. Der Bund zieht jetzt nach. Wir haben die Erhaltungsmittel deutlich auf über 100 Millionen € aufgestockt. Wo Sie sich überall wegduckten, haben wir Priorisierungen im Bundesstraßenbau, im Landesstraßenbau vorgenommen und konzentrieren uns auf die Dinge, die wirklich umgesetzt werden können.

Wir haben die Wettbewerbsfähigkeit von Straßen.NRW durch organisatorische Maßnahmen des Ministers erhöht. Wir haben das Personal aufgestockt und Dritte beauftragt, damit die Planungen vorangetrieben werden können. Wir werden – da können Sie sicher sein – die Bundesmittel, die zur Verfügung stehen, auch hier in Nordrhein-Westfalen abrufen und sie sozusagen unter die Erde bringen. Wir können sicher sein, dass wir uns hier nicht zu verstecken brauchen, und müssen nun weiter diskutieren, wie wir nach der Murksmaut von Herrn Dobrindt weiterkommen.

Wir alle sind aufgerufen, unsere Ideen einzubringen. Ich habe von Ihnen, Herr Rasche, bis heute noch keine Vorschläge erhalten, wie Sie zu einer verlässlichen Finanzierung kommen wollen.

(Christof Rasche [FDP]: Auch ich habe von Ihnen nicht einen einzigen Vorschlag gehört!)

Wir haben unsere Finanzierungsvorschläge im September letzten Jahres schon auf den Tisch gebracht. Aber lassen Sie uns die Diskussion an anderer Stelle vielleicht noch einmal fortsetzen. Wir sind jedenfalls noch nicht am Ende angelangt. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Breuer. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Rasche.

**Christof Rasche (FDP):** Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Minister Groschek benutzte eben die Worte „Man muss sich ehrlich machen“. Ehrlich machen – das möchte ich jetzt bei fünf Punkten ansprechen.

Erster Punkt, ehrlich machen: Wie finanzieren wir die Infrastruktur? Minister Groschek brachte drei Beispiele. Vielleicht geschieht dies über die Pkw-Maut, vielleicht über die Lkw-Maut, vielleicht über eine Erhöhung der Mineralölsteuer. Das sind drei Möglichkeiten, die sind uns bekannt.

Zu „Ehrlich machen“ gehört aber auch, dass wir im Moment über die Straße 53 Milliarden € einnehmen. Staatssekretär Ferlemann war vor drei Wochen, montags, bei der IHK Nordrhein-Westfalen. Dort hat übrigens der IHK-Präsident Herrn Ferlemann und

Sie, Herr Groschek, mit den Worten begrüßt: „Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen und Deutschland mehr German Mut.“ Ich meine, so hat er es formuliert.

Er hat dann Herrn Ferlemann gefragt: Wie viel Geld geben wir denn von den 53 Milliarden € aus, wie viel geben wir zurück? Fünf Milliarden für die Bundesfernstraßen, vier Milliarden für die Schiene, eine Milliarde für die Binnenschifffahrt. Ich weiß nicht ganz genau, ob diese Zahlen auf den Punkt genau stimmen, aber das sind die offiziellen Zahlen von Herrn Ferlemann. Also: Einnahmen 53, Ausgaben im gleichen Bereich zehn Milliarden.

Und da reden wir davon, wir hätten zu wenige Einnahmen. Das gehört zum Ehrlichmachen auch dazu.

Die Prioritäten sind falsch gesetzt. Einnahmen haben wir reichlich. Wir geben nur das Geld nicht dahin, wo es gebraucht wird, meine Damen und Herren.

Zweiter Punkt, ehrlich machen: Schauen wir kurz zurück auf die Lkw-Maut. Auch damals hat man – dem folgt übrigens auch die GroKo – eine Kompensation für das Gewerbe versprochen. Die Gelder, heutzutage sind das 3,5 Milliarden €, kommen on Top drauf.

Was haben wir erlebt? – Die versprochene Kompensation ist nicht erfolgt. Um jeden Euro, der durch die Lkw-Maut reingekommen ist, wurde der Bundesanteil Verkehrshaushalt reduziert – unterm Strich nicht ein einziger Euro on Top drauf. So etwas darf uns, egal, bei welcher Einnahmequelle von denen, die kommen mögen – vom Minister Groschek gerade genannt –, nicht noch einmal passieren.

Dieses vorgelegte Gesetz zur Pkw-Maut hätte genau diese Möglichkeit wieder zugelassen. Das Gesetz hätte diese Möglichkeit ausschließen können, hat es aber nicht. Da müssen wir aufpassen. Das gehört zum Ehrlich-Machen dazu.

Dritter Punkt, ehrlich machen: 40 Millionen € haben wir in Nordrhein-Westfalen verschenkt, weil wir die Gelder nicht ausgeben konnten. Minister Groschek sagte, das liege an der Personalpolitik von Schwarz-Gelb zuvor. Als hätten wir alle Ingenieure bei Straßen.NRW entlassen. Das ist doch Blödsinn. Viel glaubwürdiger ist, meine Damen und Herren, dass, weil Rot-Grün unter ihrer Regierungsverantwortung bis 2005 auch schon die Gelder Jahr für Jahr nicht abrufen konnte, dass offenbar an der Regierungsarbeit liegt und nicht an irgendeiner Vorgängerregierung. Das ist viel, viel glaubwürdiger.

(Beifall von der FDP)

Vierter Punkt, ehrlich machen: Ich respektiere Kurt Bodewig sehr. Die Arbeit, die er geleistet hat, war gut. Er soll jetzt laut Minister Groschek wieder einen Tisch einberufen, der Vorschläge macht. Auch das ist eigentlich gut. Aber wie muss sich denn dieser

Kurt Bodewig vorkommen, wo er schon während der Koalitionsverhandlungen mit den Unterschriften von 16 Verkehrsministern hervorragende Vorschläge eingebracht hat, die allesamt von der Großen Koalition ignoriert wurden?

Soll er jetzt bei der nächsten Großen Koalition, bei welcher auch immer, die kommt, das Gegenteil erwarten? Auch Minister Groschek hat dieses Papier unterschrieben und war hinterher bei dem zweiten Papier, nämlich beim Koalitionsvertrag, auch dabei, als Bodewig völlig ignoriert wurde. Auch das gehört zum Ehrlich-Machen dazu.

(Beifall von der FDP)

Fünfter Punkt, ehrlich machen: „Erhalt vor Neubau“ hat der Kollege Breuer gerade gesagt. Stimmt, die Infrastruktur ist so marode, dass wir beides brauchen. Wir brauchen mehr Erhalt und trotzdem angemessenen Neubau – völlig klar. Darin sind wir uns auch einig. Aber zur Ehrlichkeit gehört dann auch dazu, dass dieser Politikwechsel, nämlich in den Landeshaushalt erstmals mehr Mittel für Erhalt als für Neubau einzustellen, im Jahre 2008 von CDU und FDP vorgenommen worden ist.

(Beifall von der FDP)

Das waren doch nicht Sie. Sie haben den Haushalt abgelehnt. Das waren wir, meine Damen und Herren.

Abschließend: Die Union muss in Berlin diesen Mautspuk beenden. Nur Sie können es, nur Sie haben die Möglichkeit, die CSU zu beeinflussen. Wenn sie es nicht tut und das Gesetz weiterhin in der Schublade bleibt – das ist die klare Botschaft für 2017 –, dann wird die Pkw-Maut nach der Bundestagswahl mit der Union 2017 kommen – ohne jegliche Kompensation.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Klocke.

**Arndt Klocke** (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal kurz zu Wort gemeldet – ich werde jetzt auch nicht die Redezeit von fünf Minuten ausnutzen –, weil Kollege Vossemer sagte, das wäre eine überflüssige Debatte und er hoffe, dass wir das heute hier zum letzten Mal debattieren.

Ich glaube, ehrlich gesagt, nicht, dass wir das heute hier das letzte Mal debattieren. Da bin ich eher beim Kollegen Rasche.

(Christof Rasche [FDP]: Da hat er recht, der Kollege!)

Wir werden eine grundsätzliche Debatte über die Pkw-Maut bekommen. Das wird erst nach der Bun-

destagswahl sein; ansonsten müsste die Kanzlerin zurücktreten. Das wird die CDU nicht riskieren. Aber mit Blick auf die Infrastrukturfinanzierung wird es eine Diskussion geben, ob wir in Deutschland eine allgemeine Pkw-Maut einführen.

Das würde ich kritisch sehen, und zwar einerseits aus ökologischen Gründen, weil ein solche Flatrate für Autofahrer keine Lenkungswirkung hat, andererseits mit Blick auf die an NRW grenzenden Nachbarn – diese Debatte hatten wir schon ausführlich geführt –, mit Blick auf die Niederlande und Belgien etc. Da würde sich eher die Frage stellen, ob – das wird wahrscheinlich nicht zustande kommen – man eine gesamteuropäische Maut einführt.

Aber bei der Finanzierungsfrage werden wir – da bin ich total sicher – eine Debatte um eine grundsätzliche Pkw-Maut bekommen, egal, wer 2017 Koalitionsverhandlungen führt. Spätestens dann wird uns hier die Debatte wieder erreichen.

Wir haben mit Blick auf 2019 noch ganz andere Debatten vor uns. Eigentlich müsste es ein Bündnis der vernünftigen Verkehrspolitiker aller Parteien geben –

(Beifall von Christof Rasche [FDP])

mit Blick darauf, dass alle relevanten Finanzierungsprogramme für den öffentlichen Nahverkehr 2019 auslaufen: die Entflechtungsmittel, GVFG, Regionalisierungsmittel. All das steht infrage. Es ist doch so, dass wir alle jetzt von den Nahverkehrsverbänden angesprochen werden: Wir bestellen keine neuen Züge, keine neuen S-Bahn-Linien etc., weil wir nicht davon ausgehen können, dass nach 2019 die Bundesfinanzierung noch sicher ist. Also macht entsprechend Druck beim Bund!

Ich meine auch, dass das spätestens 2017 in den Koalitionsverhandlungen ein großes Thema sein wird: Wie stellen wir sicher

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Welcher auch immer!)

– welcher auch immer –, dass der öffentliche Nahverkehr weiterhin anteilig bundesfinanziert wird? Infolge Koch/Steinbrück-Vereinbarung 2006, auslaufend 2019 mit der Erkenntnis von heute: Wir brauchen Mittel für den öffentlichen Nahverkehr, weil wir ansonsten ganze Linien, ganze Zugsektionen dichtmachen müssen. Ich glaube, da müssen alle Fraktionen, die in Berlin Politik machen, nicht gegeneinander, sondern miteinander Druck machen, wie das in anderen Politikbereichen auch gelingt.

Da muss es ein Mehr geben. Ich glaube, dieses Mehr wird nur öffentlich finanzierbar sein. Es wird mit Blick auf die Bundestagswahl wieder ein großes Thema sein. Ich glaube, ohne Steuererhöhungen wird man, wenn man gleichzeitig 2019 die Schuldenbremse einhalten will, das nicht hinbekommen. Deswegen wäre ich für eine moderate

Anhebung von Vermögensteuer und anderen Bereichen,

(Zurufe von der CDU: Aha!)

damit wir das in diesem Bereich finanziert bekommen. Ich bin auch für Vorschläge offen, Herr Schemmer.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es muss auch nicht die Vermögensteuer sein. Die Frage ist nur: Wo soll das Geld dafür herkommen?

(Zuruf von Bernhard Schemmer [CDU])

– However! – Wir warten auf Vorschläge. In Ihrer Rede waren Sie leider nicht, in der des Kollegen Rasche auch nicht.

Wo ich ihm aber recht gebe – das zum Abschluss –: Wir haben kein Erkenntnisdefizit. Es ist alles analysiert. Die Pläne liegen auf dem Tisch. Es muss umgesetzt werden. Ich bin nicht dagegen – das habe ich eben schon gesagt –, dass man noch einmal Bodewig bittet, sozusagen in einem zweiten Aufschlag mit Blick auf die Länderverkehrsministerkonferenz Anfang Oktober Vorschläge zu entwickeln. Aber eigentlich ist das alles diskutiert. Es liegt alles auf dem Tisch.

Die entscheidende Frage ist, ob die Politik den Mut hat, das entsprechend umzusetzen. Da ist die Große Koalition in Berlin gefragt. Wir können aus NRW entsprechend Druck machen. Ich meine, das sollten wir alle miteinander machen. Mehr gemeinsam, statt gegeneinander! Wenn das das Ergebnis der heutigen Debatte ist, dann hätten wir auch etwas erreicht. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Klocke. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Kern.

**Nicolaus Kern (PIRATEN):** Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer im Saal und zu Hause! Zunächst vielen Dank, dass ich hier als Abgeordneter der Piraten noch zu Ihnen sprechen darf. Das scheint ja nicht mehr ganz selbstverständlich zu sein.

Ich möchte ein paar europapolitische Aspekte beleuchten, wenn Sie erlauben. Die Europäische Kommission überprüft jetzt also ganz offiziell die Ausländermaut der Großen Koalition. Das Ergebnis ist allen Beteiligten heute schon klar: Diese Pkw-Maut für Ausländer ist mit geltendem EU-Recht unvereinbar und wird so nicht kommen. Wer wundert sich eigentlich darüber, dass eine Abgabe, die man selber als „Ausländermaut“ bezeichnet, von der Kommission als europarechtswidrig bewertet wird? Darüber brauchen wir nicht wirklich zu reden.

Worüber wir aber reden sollten, ist der europafeindliche Politikansatz des Herrn Dobrindt und seiner CSU. Das, Herr Klocke, finde ich nicht wirklich witzig. Ich glaube, darin sind wir uns auch einig. Jetzt, wo wir tagtäglich über Griechenland reden, möchte ich es einmal so formulieren: Wir brauchen keinen Grexit und auch keinen Brexit, sondern einen „Dobrexit“.

(Beifall von den PIRATEN – Zuruf von der CDU: Oh! Oh!)

Dieses sinnfreie EU-Bashing muss aufhören. Ich möchte gern einmal wissen, wie viele Besuche von Europaschulen die Landesregierung jetzt infolge einplant, um diese Politikverdrossenheit wieder auszugleichen, die mit diesem Vorgehen verursacht wird.

Schaut man sich die jüngste Bundestagsdebatte zu dem Thema an, stellt man mit Erstaunen fest: Minister Dobrindt und die GroKo haben es immer noch nicht begriffen. Es werden weiterhin Hasstiraden Richtung EU gesendet nach dem Motto: Brüssel hat sich in nationale Steuergesetzgebung wie die Kfz-Steuer nicht einzumischen. – Dabei geht es gar nicht darum – das ist völlig unstrittig –, sondern es geht um die Verknüpfung der beiden Gesetze, die so zu einer Ausländerdiskriminierung wird. Wenn man aber aus der ultranationalen Windschutzscheibe auf die Fahrbahn schaut, erkennt man eben auch keine europapolitischen Leitplanken.

Meine Damen und Herren, die Ausländermaut ist ein antieuropäisches Prestigeprojekt aus dem Bierzelt-Think-Tank des Herrn Dobrindt. Da ist es nicht nur falsch, sondern auch gefährlich, denn das bleibt ja nicht ohne Gegenreaktion aus den anderen EU-Staaten. Österreich hat schon vor zwei Jahren als Reaktion auf die Mautdebatte den Mautverzicht auf bestimmten Autobahnen ausgesetzt. Tschechien, Belgien und andere werden ebenso reagieren. Mit der Ausländermaut wird im schlimmsten Fall eine Lawine gegenseitiger Bestrafungsregelungen losgetreten. Das widerspricht doch dem europäischen Gedanken freier Grenzen und engt das von uns Piraten geforderte Grundrecht auf freie Mobilität massiv ein.

Was macht die SPD, Koalitionspartner im Bund? Man vertraue auf das Urteil der Bundesregierung, sagt ihr mautpolitischer Sprecher im Bundestag. Natürlich will man sich einmal wieder die brisanten politischen Entscheidungen von den Gerichten abnehmen lassen. In diesem Fall hofft man einfach auf das Kassieren der Ausländermaut durch den Europäischen Gerichtshof. Politikoutsourcing an die Gerichte ist das. Das hat bei der SPD mittlerweile Tradition. So muss man für die eigenen Entscheidungen keinerlei Verantwortung mehr übernehmen – siehe auch Thema „Beamtenbesoldung“ hier in NRW. Da kennt man sich aus.

Ich komme zum Schluss meiner Ausführungen. Dobrindt ist wahrlich ein „Bundesverkehrsminister“. Neben der Straßenmaut betätigt er sich auf EU-Ebene auch noch als Wegelagerer des digitalen Straßennetzes. Mit der Aufkündigung der Netzneutralität im Internet ist diskriminierungsfreie Datenübertragung zukünftig nicht mehr möglich. Damit wird der Weg bereitet für eine digitale Maut, nicht nur für Pkw-Fahrer, sondern für alle Menschen in der EU. Das ist in meinen Augen der sehr viel größere Mautskandal von Herrn Dobrindt.

Wir Piraten bleiben dabei: Wir brauchen eine Verkehrswende hin zu digitalen Mobilitätsformen und keine Geisterfahrten des europapolitischen Mautisten Dobrindt. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind am Schluss der Aussprache. Ich schließe damit die Aktuelle Stunde.

Ich rufe auf:

### 3 Liebe verdient Respekt: Ehe für alle!

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/8972

In Verbindung mit:

#### **Ehe für Alle – Volle Gleichstellung jetzt!**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/8985

Entschließungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/9099

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der Piraten dem Kollegen Daniel Düngel das Wort.

**Daniel Düngel (PIRATEN):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich erst einmal bedanken, dass ich als Pirat hier noch reden darf und vor allem auch Anträge stellen darf. Einen unserer Anträge behandeln wir jetzt unter diesem Tagesordnungspunkt.

Liebe verdient Respekt. Zum Thema „Respekt“: Ich habe in den letzten Tagen ein bisschen recherchiert und nach homophoben Aussagen gesucht. In der Politik finde ich ganz viele, auf die ich jetzt im Wesentlichen nicht näher eingehen will, sondern eher

auf homophobe Aussagen, die im Alltag getroffen werden.

„Panorama“ berichtete im Mai 2014 über „Schwulenheiler“. Yasin Bozkurt, Mister World Germany 2014 – was auch immer das ist –, sagt in einer Debatte über Homosexualität: Meiner Meinung nach ist das ein Gendefekt oder eine Krankheit. Das kann jeden treffen.

Geschichtlich, historisch gibt es einen sehr interessanten Menschen – es gibt ganz viele, aber auf einen möchte ich mich hier beschränken –: Alan Turing. Alan Turing war maßgeblich daran beteiligt, das Verschlüsselungssystem der Nazis im Zweiten Weltkrieg – Enigma – zu entschlüsseln.

(Zurufe von der CDU)

Alan Turing war homosexuell. Alan Turing wurde 1952 wegen seiner Homosexualität zur chemischen Kastration verurteilt. Ein Jahr später hat er sich übrigens umgebracht.

2013, 61 Jahre später, wird dieser – ich bezeichne ihn mal als Held – Held letzten Endes von der Queen begradigt.

Homosexuelle, Transsexuelle mussten Jahrzehnte gegen ihre Kriminalisierung kämpfen, wie wir hier sehen. Heute kämpfen sie noch immer dafür, dass auch sie die gleichen Rechte wie Heterosexuelle bekommen.

Zum Glück ist aber noch nicht alles verloren. Manchmal ist die Jugend viel weiter als wir Erwachsenen. In diesem Monat hat sich schon der Jugendlandtag mit der Ehe für alle beschäftigt und Folgendes gefordert:

Erstens. Keine Unterscheidung im Eherecht bezüglich Sexualität, Identität und Neigung.

Zweitens: Adoptionsrecht für alle rechtlichen Ehen jeglicher sexueller Identitäten.

Dieser Antrag, meine Damen und Herren, wurde nahezu einstimmig vom Jugendlandtag von allen Jugendlandtagsfraktionen angenommen.

(Beifall von den PIRATEN)

Aber allein die Tatsache, dass wir heute noch immer über so eine Selbstverständlichkeit, die Ehe für alle Menschen zu öffnen, hier diskutieren müssen, ist der eigentliche Skandal. Homosexuelle, Transsexuelle, queere Menschen im Gesamten sind normale Menschen wie Sie und ich. Sie sind nicht anders. Warum um Himmels willen müssen wir das überhaupt hier diskutieren? Ehe für alle öffnen – fertig. Eigentlich ist die Debatte an der Stelle beendet.

Aber wir wissen ja, dass das heutzutage leider noch immer nicht der Fall ist. Ich zitiere aus dem Grundgesetz:

Art. 1: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Art. 2: Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, ....

Art. 3: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

Was davon trifft auf die aktuelle Diskussion wirklich zu? – Nichts.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Kieninger zulassen?

**Daniel Düngel (PIRATEN):** Aber selbstverständlich.

**Gerda Kieninger\*** (SPD): Vielen Dank, Herr Kollege. – Bisher kann ich Ihnen sehr gut folgen. Aber in Ihrem Antrag fordern Sie auch die Öffnung der Ehe für polyamouröse Partnerschaften. Darf ich darunter verstehen, dass Sie Bigamie und Polygamie letztendlich auch der Ehe gleichsetzen wollen?

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, bitte schön.

**Daniel Düngel (PIRATEN):** Die Frage kommt nicht ganz überraschend. Sie stellen sie ungefähr eine halbe Minute zu früh. Denn in etwa 30 Sekunden werde ich mich mit diesem Thema beschäftigen. Ich hoffe, Ihre Frage ist dann beantwortet. Ansonsten können Sie sich gerne noch zu einer Kurzintervention anmelden.

Das Grundgesetz haben wir gerade besprochen. Ich kann nicht entdecken, dass queere Personen von diesen Grundrechten auszunehmen sind.

Zu den polyamourösen Aspekten in unserem Antrag: Wer von Ihnen ist Vater oder Mutter mehrerer Kinder? – Vermutlich der eine oder andere. Würden Sie eine These unterstützen, dass Sie Ihre Kinder nicht gleich lieben können,

(Zuruf von der CDU)

nur weil Sie mehrere Kinder haben? Das ist ein Aspekt, den auch polyamouröse Verantwortungsgemeinschaften immer wieder anführen. Sie halten es für möglich und machbar, ihre Liebe in ethischer Verantwortung mit mehreren Menschen auf Augenhöhe zu teilen und allen in gleicher Weise gerecht zu werden.

Deswegen steht in unserem Antrag auch die Freigabe der Ehe für polyamouröse Lebensmodelle. Wir fordern wirkliche Gleichstellung für alle Lebensmodelle.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir werden allerdings auch den beiden anderen Anträgen, dem rot-grünen Antrag und dem FDP-Antrag – so habe ich es zumindest meiner Fraktion empfohlen –, zustimmen, weil sie in die richtige

Richtung gehen. Natürlich ist unser Antrag unseres Erachtens der beste, weil er der weitestgehende von den drei vorliegenden Anträgen ist.

Ich komme langsam zum Ende, Herr Präsident. – Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, können heute ein Zeichen dafür setzen, wie weit der Landtag Nordrhein-Westfalen sich für die Gleichstellung von queeren Menschen einsetzen möchte. Entscheiden Sie sich für ein bisschen Gleichstellung, stimmen Sie für Rot-Grün, stimmen Sie für die FDP! Entscheiden Sie sich für die volle Gleichstellung, folgen Sie unserem, dem Piratenantrag!

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege.

**Daniel Düngel (PIRATEN):** Als letzten Satz möchte ein Zitat von Johann Vohn, unserem Piratenfraktionsvorsitzenden der Jugendlandtagsfraktion, in die Debatte einbringen: Liebe ist eine Sache des Herzens und nicht des Geschlechts. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Düngel. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Spanier-Oppermann.

**Ina Spanier-Oppermann\*** (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Besuchertribüne! Wer kennt nicht diese Sätze: In guten und in schlechten Zeiten. Bis dass der Tod euch scheidet. Ja, ich will. – Nicht nur für heterosexuelle Ehepaare gilt dieser Satz. Wer kann von sich behaupten, zu wissen, dass gleichgeschlechtliche Paare eine schlechtere Ehe führen oder sich in der Art und Weise des Zusammenlebens von anderen Paaren unterscheiden? Auch homosexuelle Paare streiten, lachen und weinen. Auch sie stehen zueinander in guten und in schlechten Zeiten. Auch bei Schwulen und Lesben kann eine Ehe ein Leben lang halten oder im sprichwörtlichen siebten Jahr zu Bruch gehen.

Wir in Nordrhein-Westfalen sind bunt und vielfältig, und das ist auch gut so. Darauf sind wir stolz. Wir begegnen gesellschaftlichen Entwicklungen offen und mit großer Toleranz. Familie hat für uns viele Gesichter. Beispielhaft seien das tradierte Familienbild oder das schwule oder lesbische Ehepaar von nebenan genannt. Für uns gehört jeder dazu. Das leben wir authentisch und glaubhaft.

Nicht von ungefähr haben wir hier in Nordrhein-Westfalen eine konsequente Haltung zum Abbau von Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Mit diesem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, sich auch weiterhin für die vollständige rechtliche Gleichstellung von Lesben und Schwulen einzusetzen. Damit sind wir in guter Ge-

sellschaft. Immer wieder hat das Bundesverfassungsgericht bestehende Ungleichbehandlungen von Ehe und Eingetragenen Lebenspartnerschaften für verfassungswidrig erklärt. Man muss kein Hellseher sein, um zu wissen, dass diese Rechtsprechung konsequent fortgesetzt werden wird.

Nun wende ich mich an Sie, liebe Kollegen der Piraten. Es ist schade, dass Sie ein so wichtiges Thema in Ihrem Antrag so weit ausdehnen, dass wir diesen nur ablehnen können. Wie Sie darauf kommen, unter einer Ehe für Alle auch die polyamourösen Lebensgemeinschaften – also nicht nur monogame – zu verstehen, ist mir schleierhaft und schießt momentan doch weit über das Ziel der Debatte hinaus.

(Beifall von der SPD, der CDU und der FDP)

Wir sollten uns nun erst einmal gemeinsam dafür einsetzen, dass eine gleichgeschlechtliche Ehe ermöglicht wird. Auch ist ein solcher Antrag einfach nicht zielführend – weder politisch noch fachlich –, denn die rechtlichen Voraussetzungen werden auf Bundesebene geschaffen, weshalb wir uns ja auch dort dafür einsetzen.

Liebe Kollegen von der CDU, schade, dass doch recht wenige der Debatte heute folgen können. Es wäre ein sehr positives und zukunftsorientiertes Zeichen gewesen, wenn auch von Ihrer Seite die Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen Paaren anerkannt worden wäre und Sie so den NRW-Weg unterstützt hätten. Auch Ihnen, denke ich, muss doch eine diskriminierungsfreie Gesellschaft, immer wieder attestiert vom Bundesverfassungsgericht, wichtig sein.

Schade, dass das bisher nicht gelungen ist. Ich bedaure das sehr und ermuntere diejenigen in Ihrer Partei, von denen ich weiß, dass sie ebenso für dieses Anliegen kämpfen: Geben Sie den Kampf nicht auf! Die Realität hat Ihre Partei längst eingeholt. Nein, ich erlaube mir zu sagen: Sie hat sie überholt!

Die Debatte über die Gleichstellung von homosexuellen Paaren, die vor 25 Jahren mit einem Antrag im Bundestag begonnen hat, muss endlich beendet werden. Danke sage ich im Namen meiner Fraktion deshalb allen Akteuren, die sich mit großem Engagement über all die Jahre dafür eingesetzt haben und das immer noch tun.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mit dem Satz enden, den auch viele von uns kennen: Wir sind heute zusammengekommen, um diese Fraktionen zueinander zu bringen. – Bitte unterstützen Sie unseren Antrag und sagen Sie Ja. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Kollegin Paul.

**Josefine Paul (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist an der Zeit! Es ist sogar mehr als an der Zeit! Eigentlich sind alle Argumente auch ausgetauscht. Und eigentlich sind es Lesben und Schwule in diesem Land auch leid, sich rechtfertigen zu müssen, warum eine Öffnung der Ehe jetzt endlich mehr als an der Zeit ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Trotzdem, liebe Kolleginnen und Kollegen, finde ich es gut und wichtig, dass auch diese Debatte heute hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen noch einmal geführt wird. Die Anträge und die Wortbeiträge, die es bislang gab, haben gezeigt: In diesem Hohen Hause gibt es eine breite Mehrheit für das Ende der rechtlichen Diskriminierung von Lesben und Schwulen!

(Beifall von den GRÜNEN)

Leider – das bleibt auch zu konstatieren – gibt es keine komplette Mehrheit. Leider gibt es eine Fraktion in diesem Haus, die sich immer noch der rechtlichen Gleichstellung und der Öffnung der Ehe sowie einem Ende des Eheverbots für Lesben und Schwule verschließt. Daran wird sich vermutlich heute auch nichts ändern. Das finde ich traurig, das finde ich nachgerade tragisch! Denn die CDU versteht sich, selbsternannt, als Volkspartei. Wie aber kann man eine Volkspartei sein, wenn man 10 % der Bevölkerung weiterhin für Menschen zweiter Klasse erklärt?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Auch mit Ihrem neuen Grundsatzprogramm, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, gehen Sie da keinen Schritt weiter. Ihr neues Grundsatzprogramm stellt an dieser Stelle keinen Aufbruch für eine moderne Partei dar, die endlich im 21. Jahrhundert angekommen ist, sondern das ist etwas Reaktionäres! Sie sind somit eine reaktionäre Kraft ohne gesellschaftliche Mehrheit!

(Beifall von den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU)

Denn für Ihre Positionen, die Sie hier vertreten, haben Sie weder in diesem Haus eine Mehrheit, noch haben Sie eine gesellschaftliche Mehrheit, noch haben Sie im Bundesrat eine Mehrheit! Und eigentlich haben Sie auch im Bundestag keine Mehrheit dafür!

Eigentlich muss die Öffnung der Ehe doch auch in Ihrem Sinne sein. Der britische Premierminister David Cameron hat gesagt, dass er für die Homoehe ist, gerade weil er konservativ ist und gerade weil dies – wenn Menschen füreinander Verantwortung übernehmen und das auch staatlich absichern wol-

len – ein zutiefst konservatives Gesellschaftsbild unterstützt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann frage ich mich doch, warum ausgerechnet Sie als konservative Volkspartei die Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen wollen, im Regen stehen lassen. Wenn zwei Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, dann ist das ein Gewinn für die Gesellschaft und keine Bedrohung des Abendlandes!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, in Ihrem Grundsatzprogramm schreiben Sie auch, dass die Ehe zwischen Mann und Frau die verlässlichste Grundlage für Familie ist. Dazu möchte ich Ihnen ganz deutlich ins Stammbuch schreiben: Das ist ein Schlag ins Gesicht für all die vielen Regenbogenfamilien hier in diesem Land! Die wissen jetzt allerdings wegen Ihres Grundsatzprogrammes ganz genau, dass sie bei Ihnen keine politische Heimat haben und auch auf keinerlei Unterstützung von Ihnen hoffen können!

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

– Offensichtlich habe ich einen Nerv getroffen. Diese innerparteiliche Diskussion aber überlasse ich Ihnen selbst, denn auch innerhalb Ihrer Partei gibt es dazu offensichtlich sehr unterschiedliche Auffassungen. Ich hoffe nur – das unterstütze ich gerne –, dass sich die Progressiven bei der CDU einmal durchsetzen werden, die endlich diesen rückwärtsgewandten Kurs aufgeben und für die Menschenrechte sowie die Bürgerrechte und gegen Diskriminierung in diesem Land eintreten wollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber auch noch ein Wort zu Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Piratenfraktion: Selbstverständlich geht vieles von dem, was Sie in Ihrem Antrag schreiben, in die richtige Richtung. Ich kann mich der Kollegin Spanier-Oppermann aber nur anschließen. Die gesellschaftspolitische Debatte – das zeigen auch die Urteile von Karlsruhe – ist mittlerweile an dem Punkt angekommen, dass eine Verantwortungsgemeinschaft im Sinne des Ehebegriffs inzwischen auch zwei Personen gleichen Geschlechtes umfassen kann, aber eben zwei Personen.

Ich glaube, Sie tun der wichtigen gesellschaftspolitischen Debatte hier in diesem Haus und auch draußen auf den Straßen keinen Gefallen, wenn Sie einen bunten Eichhörnchen-Antrag stellen und darin nach dem Motto „Wünsch dir was“ sämtliche Formen eines irgendwie gearteten Vergemeinschaftungsprozesses mit einbeziehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Schließen Sie sich unseren Anträgen an, aber nicht nur im Hinblick auf das Abstimmungsergebnis, sondern konzentrieren Sie sich auch auf das, was wir gesellschaftspolitisch noch vor uns haben. Da brauchen wir offensichtlich – das ist den Zurufen der CDU zu entnehmen – noch einiges an gemeinsamer gesellschaftspolitischer Standfestigkeit. Machen Sie keine solchen Witzanträge mit komischen Positionen zu Eichhörnchen, polyamourösen Verbindungen und dergleichen.

Sicherlich gibt es solche polyamourösen Partnerschaften usw., und sie dürfen gesellschaftlich natürlich nicht in der Art und Weise diskriminiert werden, dass man sagt, so etwas sei verboten. Das alles kann im Privatleben durchaus gut funktionieren – aber ob man das jetzt in den Antrag hineinschreiben und staatlich absichern muss, ist eine andere Frage. Das sollten wir auch an anderer Stelle diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin van Dinther.

**Regina van Dinther<sup>3)</sup>** (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Paul, Sie hätten heute sehr gerne das Ja der CDU haben können, nämlich für eine Überweisung der Anträge in die Ausschüsse.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE] und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ja, das irische Referendum und die Rückschlüsse, die wir daraus ziehen können und müssen, hätten wir gerne dort mit Ihnen diskutiert.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Zum Beispiel hätten wir dann gerne sehr sachlich vorgetragen, dass unser Bundesverfassungsgericht die Geschlechterverschiedenheit bisher als Wesensmerkmal der Ehe sieht. Die Ehe zwischen Mann und Frau ist also nach unserem höchsten Recht, dem Verfassungsrecht, geschützt.

Wir hätten aber auch sehr gerne mit Ihnen darüber geredet, dass selbst dieses Bundesverfassungsgericht – und alle anderen auch – beobachtet, was momentan um uns herum passiert, dass sogar in Amerika die Verfassungsgerichte mit dieser Frage befasst waren bzw. sind, und dass deshalb auch eine andere Auffassung des Bundesverfassungsgerichts in Deutschland möglich sein könnte oder auch die Zweidrittelmehrheit eines Parlaments.

Ihr Ansatz ist allerdings ein ganz anderer. Sie wollen gar nicht mit uns darüber diskutieren. Sie wollen ein politisches Kalkül daraus ziehen. Aber auf diesen Leim werden wir Ihnen nicht gehen.

(Beifall von der CDU)

Sie wissen, dass ich das Amt der stellvertretenden Landesvorsitzenden der Lesben und Schwulen in der Union übernommen habe, und ich weiß genau, warum ich das getan habe. Ich selbst konnte in einer glücklichen Ehe leben, und dieses Glück wünschte ich allen Menschen, auch denen, die eine andere sexuelle Orientierung haben.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich werbe in meiner CDU für mehr Mut, den betroffenen Menschen Akzeptanz und Respekt entgegenzubringen, ihnen aber auch die rechtliche Gleichstellung zu gewährleisten.

In diesen Bereichen hat es – und das darf doch hier nicht verschwiegen werden – bei der Union bereits viele positive Veränderungen gegeben.

(Beifall von der CDU)

Der Bundesparteitag hat sehr ernsthaft und in gegenseitiger Achtung eine bemerkenswerte Debatte geführt, und immerhin 40 % der Delegierten haben unserem Gleichstellungsantrag zugestimmt.

Wenn die Union diese Debatte führt, dann ist doch die Beteiligung breiter Bevölkerungsgruppen garantiert. Dann werden Wege der Akzeptanz – häufig sogar hin zu einem Paradigmenwechsel – ganz anders besritten als bei unseren politischen Mitbewerbern. In Bildern gesprochen, formuliere ich es einmal folgendermaßen: Wir bewegen den Tanker, während Sie ein kleines Segelschiffchen bewegen müssen.

(Beifall von der CDU – Michele Marsching [PIRATEN]: Auch wenn der Tanker in die falsche Richtung fährt?)

Wir haben auch die Lebensentwürfe und das Hineindenken der vielen älteren Menschen auf dem Plan. Wir sind überdies in den christlichen Kirchen engagiert. All das fließt in unsere Diskussion ein. Deshalb ist es bei uns angesagt, dass wir diese Debatte respektvoll, verantwortungsbewusst und mit Rücksicht auf die Lebenssituation von Menschen, die mit solchen Themen keine Erfahrungen haben, führen. Das ist etwas ganz anderes, als das, was Sie hier vortragen.

Meine Damen und Herren, ich möchte ganz sicher nicht die berechtigten Forderungen von gleichgeschlechtlichen Paaren auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben, aber ich möchte Sie hier auch wissen lassen, dass wir von Ihnen überhaupt keine Nachhilfe brauchen.

Wir haben in unserem CDU-Grundsatzprogramm noch einmal die Unantastbarkeit der Würde des Menschen postuliert; ebenso, dass sämtliche unterschiedliche Lebensweisen von uns unterstützt und respektiert werden. Es sind außerdem vor allem die alltäglichen Dinge, die bei uns in der CDU stattfinden und die mich sehr zuversichtlich stimmen. Im Landtag Nordrhein-Westfalen haben wir, die CDU,

als erste Fraktion die Verpartnerung eines Kollegen gefeiert und niemand anderes.

(Beifall von der CDU)

In einer Kirche in Stuttgart heiratete gerade ein Bundestagskollege sogar in Anwesenheit der gesamten baden-württembergischen Parteispitze.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Regina van Dinther<sup>\*)</sup>** (CDU): Nein, bitte lassen Sie mich zu Ende sprechen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Keine Zwischenfrage.

**Regina van Dinther<sup>\*)</sup>** (CDU): Oberbürgermeister, Minister, Staatssekretäre der CDU leben offen in homosexuellen Beziehungen. Der Ausspruch „Und das ist gut so“ gilt damit schon lange im Parteilalltag der CDU. Wenn selbst unser homosexueller Münchner Bundestagskollege – der übrigens sehr aktiv in der innerparteilichen Diskussion um die Gleichstellung mitdiskutiert – im Bund der Vertriebenen den Vorsitz übernommen hat, dann ist klar: Die CDU ist Volkspartei, und zwar im besten Sinne.

(Beifall von der CDU)

Während im rot-grünen Antrag die Öffnung der Ehe konkret für Lesben und Schwule gefordert wird, formulieren die Piraten, dass alle Menschen heiraten sollen können. Ich möchte keine Eheschließung von Geschwistern, nicht die zwischen Eltern und Kindern und auch nicht all das andere, was Ihre Formulierung noch beinhaltet.

Die SPD sollte hier aber auch etwas ehrlicher sein. Da ich in diesem Bereich engagiert bin, weiß ich es und kann Ihnen daher sagen: Ihre Fachorganisation, die Schwusos, meldeten schon am ersten oder zweiten Tag der Diskussion über das irische Referendum, dass die regierende Mutterpartei in Berlin überhaupt nicht geneigt sei, über den geltenden Koalitionsvertrag hinausgehen zu wollen.

Sie pöbeln hier nur herum. Wir können Ihrem Antrag schon deshalb nicht zustimmen, weil dort nur Beschimpfungen der Union zu lesen sind.

(Britta Altenkamp [SPD]: Frau Spanier-Oppermann hat gepöbelt?)

Das können Sie sich sparen. Das ist unehrlich, und deshalb verdient auch Ihr Antrag ein klares Nein der Union.

Meine Damen und Herren, ich würde mir wünschen, dass wir über diese Themen sehr sachlich und zielgerichtet in den Ausschüssen diskutieren. Allerdings haben Sie hier vor der Sommerpause lediglich

Showanträge gestellt. Deshalb können wir darauf nur mit Nein reagieren. Wir werden aber weiterhin eine intensive Debatte führen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist doch kein Showantrag!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau van Dinther, bleiben Sie bitte am Pult. Danke schön. Es gibt noch eine Kurzintervention, angemeldet von Herrn Klocke von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

**Arndt Klocke (GRÜNE):** Danke, Herr Präsident. – Frau van Dinther, ich schätze Ihr Engagement in diesem Bereich sehr. Wir sind uns ja auch schon vielfach in Köln begegnet, beim CSD, bei der Aids-Gala usw. Ich nehme Ihnen Ihre Position ab, und ich finde es gut, dass Sie sich innerparteilich dafür einsetzen.

Warum lehnen Sie dann aber diesen Antrag ab? Sie könnten sich an dieser Stelle zumindest enthalten. Das wäre eine Möglichkeit, um Ihre Position glaubwürdig zu unterstreichen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben jetzt gerade meiner Kollegin Paul entgegengehalten, sie hätte gepöbelt.

(Regina van Dinther [CDU]: Nein, nein, das habe ich nicht gesagt!)

Nun ist nicht jeder von uns ein Redner, der sozusagen mit der Seelenruhe unseres Justizministers vorträgt. Manche sind auch ein bisschen impulsiver und ein bisschen deutlicher. Aber das dann gleich als Pöbeln abzutun! Es geht hier um eine sehr grundsätzliche Frage, um eine Menschenrechtsfrage.

Wie gesagt: Ich glaube nicht, dass wir in dieser Frage weit auseinander sind. Ich bitte Sie daher, Ihre Position zu überdenken und sich zumindest zu enthalten.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Regina van Dinther<sup>\*)</sup> (CDU):** Eigentlich habe ich das schon beschrieben, Herr Klocke. Ich habe die SPD angesprochen und nicht Frau Paul.

(Britta Altenkamp [SPD]: Frau Spanier-Oppermann hat gepöbelt? Unglaublich!)

Ich habe gesagt: Auf der einen Seite melden uns die Schwusos, dass die Mutterpartei in Berlin überhaupt nicht bereit ist, sich zu bewegen. Das Ganze findet ja in Berlin statt und nicht hier in Düsseldorf.

Sie überweisen uns nicht die Anträge in die Ausschüsse, damit wir eine Möglichkeit finden, uns viel-

leicht zu verständigen. Nein, Sie wollen eine direkte Abstimmung.

(Zuruf: Sie können einen eigenen Antrag schreiben!)

Lesen Sie sich doch Ihren Antrag durch, Herr Klocke! In Ihrem Antrag sind nicht nur Fakten beschrieben, sondern in Ihrem Antrag ist vor allen Dingen eine Tirade gegen die CDU niedergeschrieben.

Jeder weiß es, und ich trage es überall offen vor, was ich zu diesen Themen denke und meine. Aber trotzdem stimme ich solchen Anträgen nicht zu. Das können Sie nicht erwarten. Das kann ich meiner Partei auch nicht empfehlen.

(Beifall von der CDU)

Trotzdem arbeiten wir an diesen Dingen und werden zielgerichtet auch zu Ergebnissen kommen.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau van Dinther. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Frau Schneider.

**Susanne Schneider (FDP):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir Deutsche etwas richtig gut können, gerne machen und häufig tun, dann ist es Formulare ausfüllen: Name, Vorname, Wohnort, Familienstand. – Da haben wir es doch schon! Familienstand? – Ledig? Verheiratet? Oder in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft?

Jetzt frage ich Sie alle hier im Raum: Was geht es eine Behörde, eine Bank oder den zukünftigen Arbeitgeber an, wie meine sexuelle Orientierung ist?

(Zuruf von den PIRATEN: Das hat nichts mit dem Familienstand zu tun!)

Von daher ist das ein Punkt, warum wir Liberale sagen: Wir wollen die vollständige Gleichstellung.

Wir haben auch kein Problem damit – im Gegenteil, wir freuen uns –, wenn der Bundesrat in seiner Entscheidung beschlossen hat, das Ganze gleichzustellen. Wir haben nur langsam ein Problem mit diesem Herumgeeiere in Berlin. Was wurden wir damals als kleiner Koalitionspartner verhaufen, weil wir auf dem Weg zur vollständigen Gleichstellung nur Teile durchsetzen konnten! Im Moment ist ein großer Koalitionspartner dabei, der heute auch Antragsteller ist. Das ist schon sehr spannend.

Wir haben auch schon gehört, wie die Gerichte bemüht werden mussten: Das Bundesverfassungsgericht spricht ein Urteil nach dem anderen zur Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften. Ich habe mich auch gewundert, warum gleich Minister Kutschatj spricht und nicht Frau Steffens. Aber angesichts der Fülle von Urtei-

len des Bundesverfassungsgerichtes muss gleich wirklich der Justizminister ans Mikrofon.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Schauen Sie sich doch die Abwesenheitsliste an!)

– Frau Beer, ich freue mich, wenn Sie mich belehren. Ich danke Ihnen.

Nicht zuletzt hat das Bundesverfassungsgericht auch beschlossen, dass mehr Gleichstellung her muss in den Beziehungen von Frau-Frau und von Mann-Mann. Von daher finde ich diesen Antrag von SPD und Grünen gar nicht so schlecht.

Was mich daran stört, ist einfach Folgendes: Frau Paul hat vorhin die Regenbogenfamilien angesprochen, und wenn wir jetzt schon darüber sprechen – und das ist uns unglaublich wichtig –, warum nehmen wir dann nicht auch das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Partnerschaften mit hinein?

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

– Liebe Josefine Paul, jetzt schauen wir doch mal: Wir haben das sukzessive Adoptionsrecht. Wenn eine Frau ein Kind adoptiert und die Partnerin dieses Kind dann nachadoptiert, das geht. Warum sparen wir uns nicht diese Wahnsinnsbürokratie und sagen dann gleich, dass gleichgeschlechtliche Paare auch gemeinsam ein Kind adoptieren dürfen?

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Das Spannende bei der Geschichte ist ja: Gleichgeschlechtliche Paare dürfen sehr wohl Pflegekinder in Obhut nehmen. Also genau die Kinder, die oft eine unsägliche Geschichte hinter sich haben und die keiner haben will, die geben wir dann bei den gleichgeschlechtlichen Paaren ab? Dann wünsche ich mir doch auch, liebe Kollegen von Rot-Grün, dass wir sagen: Die gleichgeschlechtlichen Paare dürfen auch ein vollständiges Adoptionsrecht haben. Das käme uns Liberalen sehr entgegen.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Mostofizadeh?

**Susanne Schneider (FDP):** Es kommen doch eh schon viele Zwischenrufe, aber ich nehme gerne auch eine offizielle.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Vielen Dank, Frau Kollegin, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich habe eine Frage, weil das möglicherweise ganz entscheidend für Ihr Abstimmungsverhalten sein könnte: Ist Ihnen bekannt, dass alle Ehepaare berechtigt sind, eine Adoption durchzuführen?

Es ist ein wesentlicher Punkt in dieser Auseinandersetzung gewesen, dass das Adoptionsrecht für Ehepartnerinnen und Ehepartner dazu führt, diese Gleichstellung zu fordern, damit gleichgeschlechtliche Ehepaare auch Kinder adoptieren dürfen. Ist Ihnen das bekannt? Könnte das Ihr Stimmverhalten verändern?

**Susanne Schneider (FDP):** Wir wünschen uns das ja. Deshalb haben wir das ja noch einmal explizit in unserem Antrag stehen.

Was ich jetzt aber nicht verstehe, liebe Kollegen von der Fraktion der Grünen – jetzt muss ich es eben doch ansprechen –: Warum haben Sie dann vorgestern genau gegen einen solchen Antrag gestimmt? Die FDP im Hessischen Landtag hat die vollständige Gleichstellung beantragt. Wer hat dagegen gestimmt? – Die Fraktion der Grünen.

(Beifall von der FDP)

Dann sagen Sie mir heute nicht, ich sollte Ihren Antrag richtig lesen!

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich sehe schon, die Argumente sind reichlich ausgetauscht.

(Zurufe)

Es wird hier auch immer lauter; es macht hier vorne nicht wirklich Freude. Wir werden doch wohl warten müssen, bis das Verfassungsgericht wieder Recht gesprochen hat.

Mit Blick auf die CDU wünsche ich mir, dass Sie vielleicht Ihre starre Position etwas ändern. Frau van Dinther, es ist für mich eine Selbstverständlichkeit, dass ich zu Feiern von eingetragenen Lebenspartnerschaften gehe, wenn ich im Freundeskreis dazu eingeladen werde. Das muss ich hier nicht extra betonen. Auch die Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion haben reichlich Ehrenämter und sind auch in der Kirche sehr aktiv.

Ich wünsche mir einfach, dass die Liebe zwischen Mann-Mann oder Frau-Frau genauso angesehen und respektiert wird wie die zwischen heterosexuellen Partnern.

Zum Antrag der Piraten: Mit den polyamourösen Beziehungen, liebe Piratenfraktion, habe ich auch ein Problem. Polyamouröse Beziehungen werden bei der FDP-Fraktion und im Allgemeinen als „Fremdgehen“ bezeichnet. Das ist auch landläufig so. Ich finde, für das Fremdgehen brauchen wir keinen Gesetzestext. Wie gesagt: Ich fände es sehr schön, wenn die eine Liebe genauso wertgeschätzt würde wie die andere Liebe.

Frau van Dinther, mit Blick auf Ihren Beitrag vorhin zitiere ich jetzt einfach mal den Korintherbrief, bin dabei optimistisch und sage: Zum Schluss bleiben Glaube, Hoffnung und Liebe. Das Stärkste aber ist die Liebe. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Schneider. – Als nächster Redner ist für die Landesregierung Herr Minister Kutschaty angekündigt.

**Thomas Kutschaty,** Justizminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit den beiden heute vorliegenden Anträgen der drei Fraktionen greifen wir nicht nur eine hochaktuelle rechtspolitische, sondern insbesondere auch eine sehr wichtige gesellschaftspolitische Debatte hier im Plenum auf.

Deshalb zunächst mein herzlicher Dank an alle drei antragstellenden Fraktionen, dass sie sich in diesem Landtag dieses Themas angenommen haben. Ich begrüße ausdrücklich das in beiden Anträgen klar zum Ausdruck kommende Bekenntnis zur Öffnung der Ehe für lesbische und schwule Paare. Diese Position teilt die Landesregierung selbstverständlich. Das haben wir in unserem Koalitionsvertrag auch so dargelegt.

Liebe Frau Kollegin Schneider, wenn Sie sich fragen, warum der Justizminister hier redet, entgegne ich: Das ist eine familienrechtliche Angelegenheit, die grundsätzlich im Bürgerlichen Gesetzbuch zu regeln ist.

(Zuruf von Susanne Schneider [FDP] – Gegenruf von der SPD: Meine Güte!)

Aber ich darf Ihnen versichern: Frau Kollegin Steffens und ich arbeiten mit großer Beharrlichkeit seit Langem Seit' an Seit'. Da gibt es überhaupt keine Unterschiede.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Ministerin Svenja Schulze)

Lassen Sie mich für die gemeinsamen Aktivitäten von Frau Kollegin Steffens und mir einige Beispiele aus jüngster Zeit nennen. Schon im Jahre 2013 war Nordrhein-Westfalen Mit Antragsteller eines Gesetzesantrages der Länder zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare.

In der letzten Plenarsitzung des Bundesrats am 12. Juni 2015 ist ein inhaltlich entsprechender Entschließungsantrag gefasst worden, dessen Mit Antragsteller Nordrhein-Westfalen war. Zudem ist Nordrhein-Westfalen abermals einem Ländergesetzentwurf zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts beigetreten, dessen weitere Beratung im Bundesrat noch ansteht.

Erst jüngst, in der letzten Woche, habe ich anlässlich der Justizministerkonferenz auch noch einmal die nordrhein-westfälische Position zu diesem Thema deutlich gemacht und dafür gesorgt, dass ein entsprechender Antrag auch eine Mehrheit auf der Justizministerkonferenz bekommen hat.

Höchst bedauerlich ist allerdings, dass diese gesamten Anstrengungen, die wir unternehmen, bislang leider immer noch nicht dazu geführt haben, dass wir eine völlige Gleichstellung von lesbischen und schwulen Paaren herbeiführen können. Das hat das Bundesverfassungsgericht immer wieder in regelmäßigen einschlägigen Entscheidungen vom Gesetzgeber eingefordert. Danach ist ein Abstandsgebot zwischen der Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft auch und gerade verfassungsrechtlich nicht gefordert.

Leider haben bundespolitische Widerstände im Unionslager einen entsprechenden Durchbruch in dieser Hinsicht verhindert. Gleichwohl wage ich zu behaupten, dass es bereits heute eine deutliche Anzahl von Fürsprechern auch in den Reihen von CDU und CSU geben mag, deren momentane Zurückhaltung offensichtlich aber nur aufgrund von Fraktions- oder Parteidisziplin erklärt werden kann.

Wir werden trotzdem nicht müde, diesen notwendigen Schritt immer wieder anzumahnen, bis das Schweigen in der Union endlich gebrochen wird. Gleichzeitig müssen wir allerdings auch darauf achten, dass wir diese Debatte weiter sachlich und realistisch führen.

Deshalb habe ich erhebliche Bedenken bei der Forderung der Piratenfraktion nach einer Ehe für polyamouröse Partnerschaften oder andere Verantwortungsgemeinschaften. Ich glaube, Ihr Antrag ist noch nicht zu Ende gedacht. Welche Konstellationen und Rechtsfolgen stellen Sie sich denn vor, wenn eine solche polyamouröse Beziehung oder Ehe dann mal scheitert? Im Scheidungs- und Familienrecht müssten dann ganz erhebliche Vorkehrungen getroffen werden. Ich glaube, dafür ist die Zeit noch lange nicht gekommen. Aber gleichwohl lobe ich die Mindestzielsetzung Ihres Antrages, auch die Ehe für Schwule und Lesben zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren, zutreffender als es zuletzt die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Frau Malu Dreyer im Bundesrat getan hat, kann man die gegenwärtige Situation wohl kaum umschreiben: Nichts ist mächtiger als eine Idee, deren Zeit gekommen ist. – Deswegen: Lassen Sie uns heute diesen Weg gemeinsam beschreiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Kutschaty. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Wir stimmen erstens ab über den Antrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/8972. Die antragstellende Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die Fraktion der Piraten. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung des

Kollegen Herrmann von der Piratenfraktion ist dieser **Antrag Drucksache 16/8972** mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Zweitens stimmen wir ab über den Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/8985. Auch die antragstellenden Fraktionen von SPD und Grünen haben direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt diesem Antrag zu? – SPD, Grüne und die Fraktion der Piraten. Wer ist gegen diesen Antrag? – Die CDU ist gegen diesen Antrag. Wer enthält sich bei diesem Antrag? – Bei Enthaltung der FDP, Ablehnung der CDU und Zustimmung von SPD, Grünen und Piraten ist damit dieser **Antrag Drucksache 16/8985 angenommen**.

Drittens stimmen wir ab über den Entschließungsantrag der FDP-Fraktion Drucksache 16/9099. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die FDP und die Fraktion der Piraten. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung von SPD, Grünen und CDU ist dieser **Antrag Drucksache 16/9099** einstimmig **angenommen**.

(Beifall von der FDP und den PIRATEN)

Ich rufe auf:

#### **4 Alkohol in der Schwangerschaft – jeder Schluck kann das werdende Leben dauerhaft schädigen**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/8980

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Birkhahn das Wort.

**Astrid Birkhahn** (CDU): Herr Präsident! Meine verehrten Kollegen und Kolleginnen! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne! Nach einer diskussionsreichen und lebhaften Plenarwoche oder nach einem vergnüglichen Abend wird sicherlich der eine oder die andere von uns heute nach Feierabend zu Hause auf der Terrasse ein Glas Wein oder ein kühles Bier trinken. Was für viele zum kulinarischen und gesellschaftlichen Leben dazugehört, kann in der Schwangerschaft für ein ungeborenes Kind zu lebenslangen gesundheitlichen Schäden führen.

Jedes Glas Alkohol, das eine schwangere Frau zu sich nimmt, bedeutet nachweislich für das Kind im Mutterleib einen Vollrausch mit schwerwiegenden Folgen. Als fetale Alkoholspektrumstörung – kurz: FASD – werden alle Formen der vorgeburtlichen Schädigung durch Alkohol bezeichnet. Dazu zählen unter anderem Schädigungen am Skelett, an Organen – wie angeborene Herzfehler – und vor allem Schädigungen des zentralen Nervensystems, die zu Gedächtnis- und Konzentrationsschwächen führen.

Alkoholgeschädigte Kinder haben fast immer große Probleme, Verhalten und Emotionen zu steuern. Sie sind für ihr gesamtes Leben geschädigt, und der normale Alltag ist für sie ohne Hilfe nicht zu bewältigen. In Deutschland kommen Tausend Neugeborene jährlich mit dem Down-Syndrom zur Welt. Zehnmal so viele Kinder – 10.000 Kinder – werden in Deutschland jedes Jahr mit einer Schädigung durch Alkohol geboren.

Hier ist die Politik in der Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass diese Zahl reduziert wird. Könnte man vor ein paar Jahren noch sagen: „Ein Gläschen in Ehren kann ja niemand verwehren“, so ist heute durch wissenschaftliche Studien bewiesen, dass jeder Tropfen schädigt. Bereits geringste Mengen Alkohol können lebenslange Behinderungen nach sich ziehen.

Konsum von Alkohol in der Schwangerschaft ist die häufigste Ursache angeborener körperlicher und geistiger Behinderungen von Kindern. 25 % aller Frauen greifen in der Schwangerschaft zu alkoholischen Getränken. Für Nordrhein-Westfalen liegen leider keine Zahlen vor. Das ist bedauerlich. Offensichtlich lässt die Landesregierung hier ein deutliches Engagement

(Zuruf von der SPD: Oh! – Ministerin Barbara Steffens: Wieso denn das?)

für eine ernsthafte Präventionspolitik zur Aufklärung über die Gefahren von Alkoholkonsum in der Schwangerschaft vermissen.

Wir brauchen deshalb eine umfassende Aufklärungsarbeit über alle Gesellschaftsschichten hinweg und natürlich vor allem bei Schwangeren und deren Angehörigen. Wir brauchen Kampagnen, Informationen, Gespräche mit den behandelnden Ärztinnen und Ärzten. Einige Verbände und Vereinigungen sind hier schon sehr bemüht. Sie brauchen aber auch die politische Unterstützung, um die breite Masse der Bevölkerung zu erreichen. Dies wollen wir mit unserem vorliegenden Antrag anstreben.

Alkohol ist ein sozial anerkanntes Genussmittel. Aber über die Folgen des Konsums in der Schwangerschaft ist immer noch zu wenig bekannt. Man glaubt es nicht. Man dachte ja, das sei Eulen nach Athen tragen, was wir mit diesem Antrag vorhaben. Aber die Zahlen sprechen eine andere Sprache.

Solange die Gesellschaft Alkoholkonsum in der Schwangerschaft verharmlost, werden Kinder mit Schädigungen durch Alkohol geboren.

(Beifall von Werner Jostmeier [CDU])

Die Landesregierung muss deshalb dieses Thema öffentlichkeitswirksam in die Gesellschaft hineintragen. Sie muss mit Verbänden und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Hand in Hand Präventionsmaßnahmen entwickeln und umsetzen, und zwar sofort.

Außerdem liegt zu dieser Thematik immer noch zu wenig Literatur vor. Es gibt sowohl deutschlandweit als auch nordrhein-westfalenweit zu wenige Studien zu Auswirkungen zum Trinkverhalten von Frauen und auch zum Werdegang von geschädigten Kindern. Hier muss man tätig werden. Das Problem ist einfach zu wichtig für unsere Gesellschaft, um es weiter beiseitezuschieben.

(Beifall von Werner Jostmeier [CDU])

In Nordrhein-Westfalen leben Zigtausende Menschen, die durch Alkohol und die Konsumfolgen betroffen sind – entweder selbst Trinkende, Abstinente, Familienangehörige, Berufskollegen, Therapieernde oder eben Kinder, die während der Schwangerschaft Schaden erlitten haben. Ich bitte Sie deshalb im Namen dieser Menschen, unserem Antrag zuzustimmen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Birkhahn. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Frau Kollegin Lück.

**Angela Lück\*** (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist nicht nur allgemein bekannt, dass missbräuchlicher Alkohol-, Drogen- und Medikamentenkonsum in der Schwangerschaft zu erheblichen und dauerhaften Schäden für das ungeborene Kind führen kann, sondern in diesem Hause auch völlig unstrittig.

Bereits der Konsum geringer Mengen Alkohol kann riskant sein. Jede Schwangerschaftsphase birgt da besondere Risiken. Alkohol greift die noch unfertigen Organe und Nerven des Ungeborenen direkt an und kann sie schwer und unumkehrbar schädigen.

Im vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion werden aber die beachtlichen Informationsangebote und Kampagnen über die Wirkung von Alkoholkonsum in Verbindung mit den Folgen riskanten Trinkverhaltens weder erwähnt noch gewürdigt. Auch heute Morgen ließ dies leider auf sich warten.

Bereits seit Jahren wird durch anerkannte Stellen Aufklärung, Prävention und Hilfe angeboten. Als Beispiele für die vielfältigen Angebote möchte ich beachtenswerte Portale aus dem World Wide Web nennen wie: „Kenn dein Limit“, „bleib-klar.de“, „null-alkohol-voll-power.de“ und nicht zuletzt „Mein Kind will keinen Alkohol“. Diese jederzeit und frei zugänglichen Angebote stehen an zahlreichen Orten zur Verfügung.

Seit Jahrzehnten widmen sich sowohl die haupt- als auch die ehrenamtlich in der Suchtberatung Tätigen sowie die zahlreichen Interessenvertretungen im Gesundheitswesen dieser Problematik; sie bauen sie stetig aus und vertiefen sie.

All denen gebühren unser Dank und unsere Anerkennung für die kontinuierlich geleistete Arbeit, insbesondere über das Vermitteln des kompetenten Know-hows und der Unterstützung von Schwangeren, wo immer es geht und notwendig ist.

Auch da vermissen wir in Ihrem Antrag jegliche Erwähnung, geschweige denn eine angemessene Würdigung dieses Engagements.

Bereits in der 14. Wahlperiode zu CDU-Zeiten im Gesundheitsministerium unter Minister Karl-Josef Laumann sind den Abgeordneten in diesem Hause die umfangreichen Publikationen „Gesundheit von Mutter & Kind – Informationen für Multiplikatoren“ und auch „Zigaretten und Alkohol – Nicht mit uns!“ zugeleitet worden. Ebenso veröffentlichte das Bundesinstitut für Risikobewertung vor nicht allzu langer Zeit eine umfangreiche Studie über Alkohol in der Stillzeit, eine Risikobewertung unter Berücksichtigung der Stillförderung.

Demgegenüber blendet aber der vorliegende CDU-Antrag die bereits bestehenden Angebote – wissenschaftlichen Untersuchungen, Expertinnenrunden und Unterstützungsangebote – völlig aus. Dieser beschränkt sich lediglich auf die Wirkung von Alkohol in der Schwangerschaft. Weder die ebenso entscheidende Alkoholprävention im Pubertätsalter, die Einbeziehung der Stillzeit noch die Feststellung der solidarischen Mitverantwortung der Väter kommen darin vor, ganz zu schweigen von der Auslassung der weiteren nicht zu unterschätzenden Risikofaktoren vor, in und um die Schwangerschaft sowie die Zeit nach der Geburt, etwa durch Arzneien, Drogen, Genussmittel und Nikotin.

Daher bedarf dieser Antrag eigentlich keiner gesonderten parlamentarischen Befassung oder gar deren Feststellung. Meine Damen und Herren, der Überweisung des vorliegenden Antrags zur weiteren Beratung in den zuständigen Ausschuss stimmen wir zu, doch sehen wir im Grunde genommen keinen wirklich nachvollziehbaren Bedarf für zusätzliche Expertenrunden, Studien und Untersuchungen im Sinne dieses Antrags und erst recht nicht für die Beschlussfassung der banalen Selbstverständlichkeit, dass Alkoholkonsum in der Schwangerschaft schädlich sei und die Zahl der dadurch geschädigten Kinder reduziert werden muss. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Lück. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Kollege Ünal.

**Arif Ünal** (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich habe lange überlegt, was wir mit Ihrem Antrag machen sollen. Die in Ihrem Antrag beschriebene Grundproblematik ist sicherlich zutreffend. Darüber

gibt es keine Diskussion. Es ist alles auch schon lange bekannt.

Es ist bekannt: Alkohol, das heißt Ethylalkohol und dessen Abbauprodukte wie Acetaldehyd, können die Plazenta durchdringen und natürlich bei den Föten irreversible Schäden verursachen. Das ist eine Wahrheit, die, glaube ich, jeder Medizinstudent im ersten Semester lernt.

Es ist auch bekannt, dass Ethylalkohol und Acetaldehyd Gifte sind, die natürlich in den Organismen sowohl bei den Föten als auch in den weiteren Schwangerschaftsmonaten Schäden verursachen, die man durch therapeutische Maßnahmen überhaupt nicht beheben kann. Obwohl dem größten Teil der Schwangeren die schädigende Wirkung von Alkohol bekannt ist, unterschätzen viele die Gefahren, die auch von einem nur geringen Konsum von Alkohol verursacht werden können.

Dem Robert-Koch-Institut nach konsumieren 20 % der schwangeren Frauen mehr oder weniger Alkohol. Das ist eine erschreckende Zahl. Es ist auch keine Diskussion. Aber eine der Ursachen für den Konsum während der Schwangerschaft ist, dass zum einen sehr viele junge Frauen überhaupt nicht wissen, ob sie während dieses Alkoholkonsums schwanger sind. Das heißt, sie erfahren sehr spät, dass sie schwanger sind. Zum anderen werden von den schwangeren Müttern die Risiken unterschätzt, die von Alkoholkonsum während der Schwangerschaft ausgehen. Aufklärung und Information über die Risiken ist daher richtig und wichtig.

Dabei gilt es besonders junge Menschen durch gezielte Ansprache zu erreichen. Die Landesinitiative „Mutter und Kind“ bietet bereits seit mehreren Jahren in diesem Bereich zielgruppenspezifische Suchtprävention besonders für die jungen Mütter oder Väter an. „Alkohol und Schwangerschaft“ ist in diesen Präventionsmaßnahmen seit Jahren ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit. Dabei kooperieren sie natürlich mit der Ärzteschaft, mit den Hebammen, mit anderen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, weil sie allein diese Mammutaufgabe nicht bewältigen können.

Dabei nutzen sie natürlich Plakate, Flugblätter und andere Materialien. Es gibt Hunderte von Filmmaterialien in diesem Bereich, die zielgruppenspezifisch sowohl in den Schulen als auch in Jugendzentren eingesetzt werden können. Prophylaxe-Fachkräfte bei den Sucht- und Drogenberatungsstellen gehen mit ihren Informationen und Aktivitäten auf die unterschiedlichen Zielgruppen und auf die Schwangeren zu, um über die Gefahren von Alkohol in der Schwangerschaft aufzuklären. Das heißt, geschlechterspezifische, zielgruppenspezifische Angebote in diesem Bereich gibt es schon lange.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Arif Ünal (GRÜNE):** Ja, gerne.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Das ist sehr freundlich von Ihnen. – Frau Birkhahn von der CDU-Fraktion. Bitte schön.

**Astrid Birkhahn (CDU):** Vielen Dank, Herr Ünal, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Zunächst bedanke ich mich für die differenzierte Problemsicht, die Sie aufgezeigt haben. Ich denke, es ist deutlich geworden, dass man in der Vergangenheit gewiss auf diese Problempunkte hingewiesen hat. Würden Sie mir auch zustimmen, dass sich diese Erkenntnisse nicht „vererben“ lassen, sondern in jeder Generation neu implementiert werden müssen und man deswegen die Kampagnen immer wieder neu an die entsprechende Generation heranbringen muss?

(Arif Ünal [GRÜNE]: Ja!)

Die Leute, die ihre Kinder geboren haben, können die Gefährdung ja nicht mehr weitergeben. Aber diejenigen, die neu schwanger werden, müssen immer wieder neu für die Problemstellung sensibilisiert werden. Können Sie mir da zustimmen?

(Ministerin Barbara Steffens: Deswegen machen wir das ja!)

**Arif Ünal (GRÜNE):** Ja, das könnte ich aufklären. Aber ich mache das nicht.

(Heiterkeit und Beifall von den PIRATEN – Michele Marsching [PIRATEN]: Gutes Zitat!)

Spaß beiseite!

(Zuruf)

– Genau; das wollte ich eigentlich. – Sie haben zwar recht. Aber die Drogenprophylaxe-Fachstellen arbeiten ständig daran und haben nicht nur vor 2010 diese Materialien zur Verfügung gestellt, sondern tun das auch heute noch. Sie machen diese Arbeit ja ständig. Das ist keine Arbeit, die für eine Generation angeboten worden ist und danach abgebrochen wurde. Diese Arbeit geht weiter. Insofern sehe ich überhaupt keine Notwendigkeit, jetzt eine besondere Aktivität in diesem Bereich zu entwickeln.

In diesem Zusammenhang kann ich beispielhaft auch zwei Gesellschaften noch einmal nennen. Die Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe arbeitet ständig daran. Genauso arbeitet der Berufsverband der Frauenärzte ständig an diesem Thema. Sie machen Internetseiten und stellen verschiedene Informationsmaterialien zur Verfügung. Wir können, glaube ich, ohne Wenn und Aber sagen, dass die Verantwortlichen in diesem Bereich sehr aktiv arbeiten. Natürlich ist auch die Aufklärungsbroschüre der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung immer noch im Umlauf. Informatio-

nen der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen gibt es in diesem Bereich ebenfalls genügend. So gesehen haben wir hier keinen Nachholbedarf.

Zum Thema „Alkohol und Schwangerschaft“ existieren bereits sehr viele Untersuchungen. Sie haben in Ihrer Rede auch bestätigt, dass es sehr viele Untersuchungen gibt und alles bekannt ist. Insofern halten wir auch keine zusätzliche Untersuchung in diesem Bereich für notwendig.

Wir stimmen aber natürlich der Überweisung Ihres Antrags an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales zu. Ich freue mich darauf, im AGS-Ausschuss mit Ihnen fachlich darüber zu diskutieren. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank. – Herr Ünal, bleiben Sie bitte am Pult; denn es gibt eine Kurzintervention. Ich muss sagen: Unsere rote Warnlampe funktioniert eins a; jeder rennt weg.

(Heiterkeit von der CDU – Arif Ünal [GRÜNE]: Das übersieht man hier!)

– Ja. Ich habe das eben schon einmal erlebt. Wir geben uns hier oben richtig Mühe. Vielleicht lassen wir noch ein akustisches Signal ertönen, oder wir lassen etwas aus dem Rednerpult herausspringen. Da müssen wir uns noch etwas einfallen lassen. – Jedenfalls ist von Frau Kollegin Birkhahn eine Kurzintervention angemeldet. Bitte schön.

**Astrid Birkhahn (CDU):** Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, um noch einmal deutlich zu machen, dass es in unserem Antrag nicht um eine Suchtproblematik und nicht um Menschen geht, die durch das Umfeld in eine Sucht gekommen sind und dann schwanger werden. Vielmehr lag uns vor allem der Aspekt am Herzen, dass man aus Unkenntnis oder aus Verharmlosung heraus die Gefahren nicht richtig einschätzen kann, die für den Fötus entstehen, weil die Abbauproblematik bezüglich der Alkoholmengen eine ganz andere ist.

Es betrifft eine völlig andere Situation, zu sagen, welche Beratungsstellen es für Erwachsene oder für Jugendliche gibt. Hier ist ein wichtiges Informationsdefizit aufzuholen und eine Sensibilisierung für die Gefahren vorzunehmen, die davon ausgehen können, wenn man sich in einer geselligen Situation befindet. Das muss deutlicher ins Bewusstsein gerückt werden.

Das ist der entscheidende Unterschied, denke ich. Es geht hier nicht um die gesamte breite Suchtproblematik. – Vielen Dank.

**Arif Ünal (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Birkhahn, Sie haben recht; natürlich ist das hier eine spezifi-

sche Problematik, die mit Alkohol zu tun hat. Sie können aber diese Gefahren des Alkohols in der Schwangerschaft nicht von der gesellschaftlichen Diskussion über Sucht insgesamt trennen. Beides hängt eng zusammen. So gesehen muss man das gemeinsam diskutieren.

Die spezifischen Angebote, die ich erwähnt habe, waren ja nicht nur Suchtpräventionsarbeiten. Ich kann drei Beispiele nennen.

Erstens: „Starke Kinder brauchen starke Eltern – Familienbezogene Suchtprävention“. Die Mütter, die schwanger sind, und die Väter müssen ihre Verantwortung übernehmen. In dieser Broschüre thematisiert die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung genau diese familienspezifische Suchtprävention.

Zweitens: „Alkoholspiegel“. In der Ausgabe vom Oktober 2010 ging es genau um das Thema „Alkohol und Schwangerschaft“. Diese Broschüre ist immer noch im Umlauf.

Drittens: „Kinder stark machen – Gemeinsam gegen Sucht“.

Insofern werden von diesen Fachgesellschaften sowohl allgemein über die Suchtprävention als auch speziell zur Alkoholproblematik in der Schwangerschaft gezielte und zielgruppenspezifische Angebote gemacht. – Mehr kann ich nicht sagen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Ünal. – Damit rufe ich für die FDP-Fraktion Frau Kollegin Schneider ans Rednerpult.

**Susanne Schneider (FDP):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Alkoholkonsum in der Schwangerschaft: Es ist eigentlich traurig, dass es überhaupt notwendig ist, dass wir über dieses Thema reden müssen. Es wurde auch schon viel dazu gesagt, wie gefährlich Alkohol in der Schwangerschaft ist und in welcher Weise sich das auf das ungeborene Baby auswirkt.

Die beste Prävention wäre sicher eine vollständige Abstinenz während der Schwangerschaft; denn auch bei gelegentlichem und geringem Alkoholkonsum lassen sich schädigende Konsequenzen nicht ausschließen.

(Ministerin Barbara Steffens: Genau!)

Dennoch müssen wir die Lebensrealität zur Kenntnis nehmen. Viele Menschen sind nicht in der Lage, ihr Konsumverhalten völlig umzustellen. Daher kommt es darauf an, auch bei diesen Müttern das Risiko von möglichen Schädigungen zu verringern. Wer nur auf totale Abstinenz setzt, wird womöglich einen Teil der Betroffenen mit Prävention gar nicht mehr erreichen.

Deshalb sollten wir nicht wie die CDU sagen: „Jeder Schluck kann zu viel sein“, sondern wir sollten sagen: Jeder Schluck weniger kann helfen, das Risiko zu verringern.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Nein, sollten wir nicht! Das Risiko ist immer 100 %!)

Die CDU fordert in dem von ihr vorgelegten Antrag verstärkte Aufklärung und wissenschaftliche Studien zu den Auswirkungen von Alkohol in der Schwangerschaft sowie zum Werdegang geschädigter Neugeborener bis hin ins Erwachsenenalter. Das ist alles durchaus sinnvoll. Darüber können wir im Ausschuss gern vertieft diskutieren.

Auffällig ist aber, dass die Antragsteller auf mögliche kontroverse Forderungen verzichtet haben. So wird zum Beispiel auf die Debatte um Warnhinweise für schwangere Frauen und deren umstrittene Wirksamkeit gar nicht eingegangen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Marsching?

**Susanne Schneider (FDP):** Gerne.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Das ist nett von Ihnen. – Bitte schön, Herr Marsching.

**Michele Marsching (PIRATEN):** Vielen Dank. – Frau Kollegin, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Sie haben gerade gesagt, man solle statt „Jeder Schluck kann zu viel sein“ sagen: Jeder Schluck weniger verringert das Risiko. – Sind Sie bereit, anzuerkennen, dass das Risiko, das bei einmaligem Alkoholkonsum bei vielleicht 80 % liegt, sich nicht mit jedem neuen Schluck Alkohol vervielfacht, sondern dass das Risiko immer gleich bleibt und dass damit die Aussage, die Sie gerade getroffen haben, im Grunde genommen schon rein mathematisch nicht zutreffend ist?

**Susanne Schneider (FDP):** Herr Kollege, ich verstehe, worauf Sie hinauswollen. Gerade Sie als Piratenfraktion müssten aber doch wissen, dass wir mit totalen Verboten und totalen Reglementierungen oft das genaue Gegenteil erreichen. Natürlich stimme ich Ihnen zu. Alkohol ist schädlich. Aber ich bin einfach ein Fan davon, dass Ganze vorsichtiger anzugehen, auf die Menschen zuzugehen und zu sagen: Macht weniger!

(Beifall von der FDP – Michele Marsching [PIRATEN]: Das macht keinen Sinn!)

Zudem erkennt die FDP in der politischen Landschaft über den Aspekt der Prävention von Alkoholkonsum in der Schwangerschaft hinaus Bestrebungen von Schwarz, Rot oder Grün, im Umgang mit

Alkohol zunehmend in Richtung Prohibition zu gehen. Die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg hat diese Woche beschlossen, das nächtliche Alkoholverkaufsverbot in Supermärkten, Tankstellen und Kiosken auch auf Bringdienste und Getränkeautomaten auszuweiten. Damit Sie mich richtig verstehen, heißt das also: Wenn Sie bei Ihrem Pizzaservice anrufen und sich eine Flasche Rotwein zur Pizza bestellen, müssen Sie darauf achten, dass er kurz vor 22 Uhr da ist. Ab 22 Uhr nimmt er den Chianti wieder mit.

In Berlin wurde aus Reihen der Union ebenfalls ein nächtliches Verkaufsverbot gefordert. EU und OECD treten für eine massive Erhöhung der Besteuerung und Mindestpreise ein. Ich war unlängst in Norwegen und habe dort erfahren, dass diese horrenden Alkoholpreise überhaupt keinen Einfluss auf das Konsumverhalten der Bürger in diesem Land haben, sondern lediglich die Staatskasse füllen, sehr geehrte Damen und Herren. Das alles ist aber der Weg zu einer weitgehenden Einmischung in das Privatleben erwachsener Menschen.

(Beifall von der FDP)

Es ist der Weg zu mehr Bevormundung, zu einem Nanny-Staat. Sie wollen die Menschen in Richtung eines moralisch gewünschten Verhaltens treiben. Wir Liberale setzen aber auf Aufklärung und Eigenverantwortung.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Ja, ganz genau! Dazu müssen die Leute das aber wissen!)

Eine Diskussion im Ausschuss über bessere Aufklärung hinsichtlich Alkoholkonsums in der Schwangerschaft unterstützen wir gerne, um die ungeborenen Kinder besser zu schützen. Wir werden aber nicht zulassen, dass aus dieser Diskussion heraus eine generelle Bevormundung erwachsener Menschen begründet wird. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP – Ministerin Barbara Steffens: Das will doch auch keiner!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Schneider. – Für die Piratenfraktion spricht nun Herr Marsching.

**Michele Marsching (PIRATEN):** Vielen Dank, Herr Präsident! Zunächst möchte ich sagen, dass Sie uns Piraten natürlich alles nehmen können, nur Gott sei Dank nicht das Rederecht. Wenn wir schon im Präsidium keine Stimme haben, können wir wenigstens hier nicht ausgeschlossen werden.

(Britta Altenkamp [SPD]: Meine Güte!)

Aber das haben Sie heute ja schon einmal gehört.

Ich möchte mit einem Hinweis auf unsere Graspurin-Kampagne beginnen, in der wir fordern, endlich eine

moderne Drogenpolitik in Deutschland umzusetzen, namentlich Cannabis zu legalisieren.

(Unruhe – Daniel Düngel [PIRATEN]: Jetzt kannst du weitermachen! Wir sind ruhig!)

– Okay. Dass mit diesen Zwiegesprächen scheint bei meinen Reden irgendwie immer beliebter zu werden. Aber okay.

Noch einmal: Graspurin-Kampagne, moderne Drogenpolitik in Deutschland, namentlich die Cannabislegalisierung: Die CDU im Bund argumentiert dagegen, namentlich die Drogenbeauftragte, dass Alkohol anders zu werten sei als Cannabis; denn Alkohol sei schließlich ein Kulturgut.

Wer Alkohol als Kulturgut darstellt, der braucht sich nicht zu wundern, dass die Gefährlichkeit des Alkohols auch und gerade in der Schwangerschaft unterschätzt wird. Ich möchte das noch einmal betonen: Ein Glas zur falschen Zeit kann fatal sein. Ein Tropfen Medikament mit Alkohol zur falschen Zeit kann fatal sein. – Es hilft nicht zu sagen: Nehmt weniger, dann wird das Risiko verringert. – Denn das ist faktisch, das ist mathematisch einfach nicht korrekt.

(Beifall von den PIRATEN)

Liebe Kollegin Schneider, Sie haben gerade gesagt, die Piraten müssten sich damit auskennen, keine Verbote auszusprechen. Sie würden auf Eigenverantwortung setzen. Das tun wir auch. Aber es geht darum, dass wir Wissen transportieren müssen.

So kann ich jetzt zum Antrag der CDU-Fraktion kommen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage vorweg?

**Michele Marsching** (PIRATEN): Aber sicher.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Das ist nett von Ihnen. Herr Ellerbrock hat eine Frage.

**Holger Ellerbrock** (FDP): Herr Kollege Marsching, ich unterstelle, Ihre Darstellung ist richtig, dass es nicht auf die Menge ankommt, sondern ein Tropfen zur falschen Zeit schon fatale Folgen haben kann. Es ist aber psychologisch ein wesentlicher Unterschied, ob man sagt „Du darfst überhaupt nicht trinken“ – das geht eine gewisse Zeit gut, und dann befolgt man überhaupt nichts mehr –, oder ob man sagt: „Du musst weniger trinken“.

Ich weiß, wovon ich rede. Ich bin Diabetiker. Eis und Kuchen haben einen gewissen Stellenwert für mich. Wenn man mir sagt, ich darf so etwas überhaupt nicht essen, bekomme ich das ein paar Wochen hin. Danach ist es ganz fürchterlich. „Weniger“ ist in

dem Fall mehr. Das ist das, worauf die Kollegin hinwies. Der Weg ist das Ziel. Das ist besser als zu sagen: gar nicht. Das ist erfolgreicher. Das meinte die Kollegin.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Stimmen Sie dem so zu, Herr Marsching?

**Michele Marsching** (PIRATEN): Vielen Dank für die Formulierung als Frage. – Sehr geehrter Herr Kollege Ellerbrock, es mag sein, dass ein Totalverbot bei Ihnen psychologisch etwas anderes auslöst, als wenn man Ihnen sagt, Sie sollen weniger davon essen. Aber bei Ihnen schadet ein Stück Kuchen nicht lebenslang einem ungeborenen Kind. Das ist der kleine Unterschied dabei.

(Beifall von den PIRATEN)

Man muss den Menschen einfach sagen: Jeder Tropfen kann das Leben des Kindes ein Leben lang negativ beeinflussen. – Da geht es um Wissen und Aufklärung. Es geht darum zu sagen: Der falsche Tropfen zur falschen Zeit kann auslösend sein. – Es hilft nicht zu sagen: Trink die Hälfte, dann reduzierst du das Risiko. – Denn das ist faktisch einfach falsch.

Jetzt komme ich aber zum Antrag. Liebe Kollegin Birkhahn, vielen Dank für den Antrag. – Ich sehe sie jetzt gerade nicht mehr. Das ist schade. – Wir finden, es ist ein gutes und wichtiges Thema; denn nach unserem Dafürhalten steckt Rot-Grün beim Thema den Kopf zu sehr in den Sand. Deswegen sollten wir hier im Landtag darüber reden. Deswegen sollten wir über Kampagnen reden.

(Ministerin Barbara Steffens: Wir machen doch Kampagnen!)

– Sehr geehrte Frau Ministerin, dann frage ich Sie: Wo sind denn die Kampagnen und wer weiß davon? – Wir reden mit Ärzten. Wir reden mit den Zentren. Wir reden mit den Experten, mit den Koryphäen auf dem Gebiet. Diese sagen: Ja, es gibt ein paar Kampagnen. Aber das sind immer nur Strohfeuer. Das ist mal hier ein Flyer und da eine Broschüre, und dort wird mal eine U-Bahnstation plakatiert. Aber etwas wirklich Nachhaltiges kommt dabei nicht heraus.

Richtig wäre eine langfristige Aufklärungsarbeit, die nachhaltig ist und in die Köpfe geht.

Die einzigen langfristigen Kampagnen machen diese Experten und Zentren selber, und zwar – man höre und staune – in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der Deutschen Spirituosen-Industrie. Es gibt Zentren, die sich beim CDU-geführten Bundesgesundheitsministerium Unterstützung holen wollen.

Das Gesundheitsministerium sagt: Alles klar, machen wir. Natürlich unterstützen wir dies sofort. Das ist ein wichtiges Thema. – Dann heißt es: Wir haben eine Kampagne vorbereitet, die kostet anderthalb Millionen €. Dazu entgegnet das Bundesgesundheitsministerium: Moment, wir unterstützen euch – damit ist natürlich „moralisch“ gemeint. Geld gibt es da auf gar keinen Fall. – Und wieder werden in Zusammenarbeit mit dem Spirituoserverband solche Broschüren über Ärzte an Schwangere verteilt.

Auch das NRW-Gesundheitsministerium hat solche Kampagnen durchgeführt, und zwar im Jahr 2006 unter Karl-Josef Laumann, jedoch zeitlich befristet. Das sind immer kleine Kampagnen, die zeitlich befristet sind. Wir müssen mit diesem Thema in die Köpfe einer ganzen Generation hinein – am besten sogar zwei Generationen, damit sie das Thema weitergeben. Diese Gefährlichkeit von Alkohol in der Schwangerschaft muss in die Köpfe der Menschen.

Eine x-te Kampagne, bei der wir wieder irgendwelche U-Bahn-Stationen zupflastern, hilft nicht. Vor allen Dingen – und das ist für uns ein wichtiger Punkt, der im CDU-Antrag völlig ausgeblendet wird – darf es bei diesem Thema nicht nur um Prävention gehen, sondern es muss auch um den Prozess der Aufklärung jetziger Mütter und Väter von kleinen Kindern, die Entwicklungsstörungen beobachten, gehen.

Diese Eltern müssen auch wissen, dass das, was ihre Kinder an Symptomen haben, durch ein FASD verursacht worden sein kann. Denn nur dann kann wirksam den Kindern geholfen werden. Wichtig ist nicht nur die Vorsorge, nicht nur die Prävention, sondern auch die Nachsorge.

Nachsorge, liebe Kolleginnen und Kollegen, könnte dieser Antrag auch gebrauchen. Deswegen stimmen wir der Überweisung in den Ausschuss zu. Herr Kollege Düngel freut sich auf die Beratungen im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Marsching. – Nun spricht für die Landesregierung Frau Ministerin Steffens.

**Barbara Steffens,** Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, fachlich hat die Diskussion bisher schon gezeigt, dass es zwischen denjenigen, die hier gesprochen haben, und damit wahrscheinlich zwischen allen Fraktionen erst einmal grundsätzlich keine unterschiedliche fachliche Auffassung gibt.

Es besteht kein Zweifel daran, dass, wenn eine schwangere Frau Alkohol trinkt, das ungeborene Kind diesen Alkohol mit konsumiert. Es ist auch klar, dass es nicht darum geht, wie viel Alkohol sie trinkt,

sondern alleine darum, dass das Kind bei gleicher Blutalkoholkonzentration mit einem anderen Stoffwechsel diese Substanzen sehr viel länger im Körper hat und dass das Ausmaß der Folgeschäden für das Kind inakzeptabel ist. Das hat nichts damit zu tun, wie groß die Menge letztendlich ist, sondern es hat etwas mit dem Zeitpunkt des Konsums zu tun.

Frau Birkhahn, das sind auch keine neuen Erkenntnisse. Ich weiß, dass im Jahr 1994, als ich mit meinem ersten Sohn schwanger war, ein großer Beitrag dazu in der „Zeit“ erschienen ist, in dem es genau darum ging, dass jeder einzelne Tropfen Alkohol in der Schwangerschaft zum falschen Zeitpunkt massive Schäden bewirken kann. Da niemand weiß, wann dieser falsche Zeitpunkt ist, ist es klar, dass jeder Schwangeren zu raten ist, dass kein Tropfen Alkohol in der Schwangerschaft das einzig Richtige ist.

(Beifall von Andrea Asch [GRÜNE])

Es geht meines Erachtens nicht nur darum, sondern an einem Punkt bleibt der CDU-Antrag auch hinter dem, was notwendig ist, zurück. Es geht nicht nur um die Schwangerschaft, sondern genauso um die Stillzeit. Denn jeder Alkohol, der mit der Muttermilch an das Kind weitergegeben wird, kann das Kind in dieser frühen Lebensphase massiv schädigen. Deswegen reicht das nicht.

Das Bagatellisieren in der Gesellschaft mit „ein Gläschen“ oder „das bisschen Alkohol“ ist ein Bagatellisieren, was Frauen in einer Sicherheit wiegt, die völlig falsch ist. Deswegen darf diese Empfehlung und dieses Bagatellisieren an keiner Stelle passieren.

Ich war jedoch gerade in der Debatte erstaunt, dass das Thema Sucht und Suchtprävention quasi ausgeklammert werden sollte. Ich denke, wir müssen genau beides tun. Wir müssen auch die Frauen erreichen, die alkoholabhängig und süchtig sind.

Und, Herr Ellerbrock, da funktioniert Ihre Formulierung. Wenn jemand alkoholabhängig ist, kann man nicht unbedingt hingehen und sagen: Du darfst jetzt gar nichts mehr trinken. – Denn dann brauche ich eine Suchtbegleitung für diejenige Person. Dann muss die Frau kompetent beraten werden, damit zumindest das Minimieren stattfindet, natürlich immer mit dem Ziel, auf 0 % zu kommen.

Aber der Antrag der CDU geht ja nicht in die Richtung der Abhängigen, sondern er geht in die Richtung der Frauen, die eigentlich kein Suchtproblem haben und nach wie vor in dem Irrglauben sind, dass das Gläschen Sekt morgens beim Empfang oder das Gläschen Bier abends beim Fernsehen doch kein Problem sei. Doch genau dieser Alkoholkonsum ist eines. Es muss den Frauen vermittelt und deutlich gemacht werden, dass nur null Prozent wirklicher Schutz ist. Deswegen sollte dieser Widerspruch hier gar nicht im Raum stehen.

Ich habe mich noch mehr über Sie von den Piraten gewundert, wo Sie doch so internetaffin sind und einfach mit einer kurzen Recherche hätten herausfinden können, was wir alles in Nordrhein-Westfalen machen, und dann hier beantragen, dass wir etwas tun sollen, obwohl wir bereits etwas tun. Sie haben die Kampagne „Mutter und Kind“ eben angesprochen, die seit 2006 am Start ist. Nein, diese Kampagne war nicht kurzfristig. Nein, diese Kampagne hat kein Ende. Ja, das Land ist weiterhin aktiv.

(Zuruf von Michele Marsching [PIRATEN])

– Wie bitte?

(Michele Marsching [PIRATEN]: Sie ist wieder aufgelegt worden! Das ist ein Unterschied!)

– Nein, sie ist nicht wieder aufgelegt worden, sondern wir haben sie seit 2010 fortgesetzt und haben die Materialien weiterentwickelt.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Aber befristet!)

Wir haben die Materialien mittlerweile in Russisch, in Türkisch. Es gibt inzwischen DVDs dazu, und wir haben die Informationsmaterialien auch für andere Zielgruppen erweitert. Wir haben den Flyer und die Informationsmaterialien, die dem Mutterpass beigelegt werden, weil es ganz wichtig ist, dass wir jede Frau – und ich meine, dass wir darüber einen Konsens haben –, die schwanger ist, immer wieder aufs Neue erreichen müssen. Es reicht nicht, wenn wir einer Müttergeneration diese Informationen gegeben haben. Die zukünftige Müttergeneration muss diese Information immer wieder haben.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Das ist korrekt!)

All diese Maßnahmen und die Weiterentwicklung, die Verbreitung der Informationsmaterialien finden grundsätzlich gemeinsam mit den Akteuren statt, weil wir die damalige Kampagne „Mutter und Kind“ gemeinsam mit der Landesgesundheitskonferenz auf den Weg gebracht haben, zu der es eine große Entschließung gab. Der eine oder andere hier im Parlament war damals genau wie ich Abgeordneter oder Abgeordnete und hat diese Diskussion mit vorangetrieben.

Wir haben viele Materialien, aber wir müssen auch die Jugendlichen weit vor einer potenziellen oder möglichen Schwangerschaft erreichen, also auch da mit den Angeboten frühzeitig am Start sein.

Letzter Punkt, den ich kurz ansprechen will: Wir machen dazu gerade noch eine Weiterentwicklung, um auch die jungen potenziellen Väter einzubeziehen. Wir entwickeln eine App, über die wir auch diese erreichen wollen, damit sie ihre Partnerinnen mit den notwendigen Maßnahmen unterstützen können.

In diesem Sinne fände ich es nicht nur gut, wenn wir im Ausschuss über den Antrag beraten – ich glau-

be, dass die Maßnahmen, die darin gefordert sind, nicht notwendig sind, weil wir es tun –, sondern ich fände es auch gut, wenn sich der Landtagsausschuss auch mit der Kampagne und all dem, was wir an Präventionsmaßnahmen machen, auseinandersetzt. Sie werden sehen: Wir machen viel. Wir erreichen viel. Aber die gesellschaftliche Haltung insgesamt muss sich noch ein Stück weit ändern, denn das Bagatellisieren kostet den Kindern wirklich Lebensqualität. Und das ist eigentlich nicht nötig.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin Steffens. –

Wir sind am Ende der Beratung und kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/8980** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dem so zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Das ist einstimmig so überwiesen.

Wir kommen zu:

##### **5 Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung – Nordrhein-Westfalen als Vorreiter bei der Umsetzung der internationalen Nachhaltigkeitsziele**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/8988

Entschließungsantrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/9105

Ich eröffne die Aussprache und erteile der SPD-Fraktion, namentlich Frau Kollegin Hendricks, das Wort. Bitte schön.

**Renate Hendricks (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung hatte sich im Rio+20-Prozess verabredet, dass sie die acht Millenniumsziele, die Entwicklungsziele fortschreiben will. Seit Januar 2015 verhandeln 70 Mitgliedsstaaten der UN die Post-Agenda-2015. Diese soll aus vier Teilen bestehen. Die Ziele sollen im September auf der UN-Konferenz verabschiedet werden und die nachhaltige Entwicklung bis 2030 festlegen.

Erfahrungen aus den MDGs sollen berücksichtigt werden. Insgesamt sind 17 Ziele und 169 Unterziele verabredet worden. Die 17 Ziele sollen für alle Länder der Erde gelten. Die Unterziele und die Indikatoren sollen zugleich genügend Flexibilität aufweisen,

um Unterschiede und nationale Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Mit diesen Zielen, meine Damen und Herren, verbindet sich die Hoffnung, dieses Mal alle Bevölkerungsgruppen zu erreichen mit dem Ziel „leave no one behind“.

Die SDGs sind für die Industrieländer zugleich eine Chance, die vagen Diskussionen um Green Economy, Strukturwandel und Nachhaltigkeitsstrategien zu konkretisieren und zu quantifizieren. Meine Damen und Herren, diese Chance hat auch Nordrhein-Westfalen schon vor einiger Zeit ergriffen, weil wir uns bewusst sind, dass auch wir zur Nachhaltigkeit verpflichtet sind.

Aufbauend auf einer universell geltenden globalen Strategie braucht es aber auch in besonderer Weise des Engagements auf regionaler und lokaler Ebene. Getreu diesem Leitbild muss das Land NRW seinen Teil dazu beitragen, um ambitioniert notwendige Veränderungen dauerhaft mit herbeizuführen.

Meine Damen und Herren, vor allem die Lebensstile und die Wirtschaftsweisen in den Industriestaaten müssen sich nachhaltig ändern. Es wird uns immer noch vorgegaukelt, dass es nur einen vorgezeichneten Entwicklungskurs des Wohlstandes gibt, nämlich Wachstum, Wachstum, Wachstum. Wer dieser Welt aber eine Chance geben will, muss die Zukunftsaufgaben der gesamten Menschheit in den Blick nehmen. Dazu gehört es, extremen Hunger zu vermeiden, Klimawandel zu bekämpfen und Bildung für alle zu ermöglichen.

Wenn wir das nicht in den Griff bekommen, werden wir auch das Thema „Flucht“ – wir wissen, dass zurzeit eine riesige Zahl von Menschen auf der Flucht ist, die größte Zahl seit dem Zweiten Weltkrieg – nicht in den Griff bekommen. Die von uns Menschen verursachten Folgen des Klimawandels sind vor allen Dingen für die ärmsten Länder der Welt eine Katastrophe.

Mit der vom Land und von der GIZ veranstalteten Conference for Global Transformation gibt es zudem in Nordrhein-Westfalen eine Plattform, die weltweit strahlt. Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es eben nicht so ist, dass es nur eine Konferenz ist, sondern – darauf wurde am letzten Sonntag in einer Rede in Bonn so schön hingewiesen –: Wenn sich in Paris die Menschen zur Klimakonferenz treffen und das weltweite Wissen zusammengetragen wird, dann haben wir das in Bonn bei jedem Einkauf bei Rewe oder Kaiser's, weil wir nämlich das ganze Wissen der Welt auch in Bonn bündeln.

Ich finde, Nordrhein-Westfalen könnte auch einmal stolz darauf sein, dass wir diesen Leuchtturm in Nordrhein-Westfalen für Nachhaltigkeit, für Klima- und Entwicklungspolitik haben.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, Einstein wusste schon, dass man Probleme niemals mit derselben Denkweise lösen kann, wodurch sie entstanden sind. Daher müssen wir unsere Wirtschaft und unseren Lebensstil grundlegend verändern. Genauso müssen wir die weniger entwickelten Länder unterstützen und dürfen nicht dieselben Fehler begehen.

Nordrhein-Westfalen ist gut aufgestellt.

Ein Blick auf die CDU: Es gibt einen Entschließungsantrag zu unserem Antrag, der heute vorgelegt worden ist, der im Netz noch nicht zu finden ist, der auf meinem Tisch nicht gelegen hat. Ich habe eben einen flüchtigen Blick in diesen Entschließungsantrag werfen können und festgestellt, dass offensichtlich die CDU das, was sie an anderer Stelle in diesem Parlament nicht umgesetzt hat, jetzt wieder in den Forderungskatalog dieses Entschließungsantrags mit hineinnimmt.

Ich finde das nicht reell, ich finde das nicht fair. Man hätte über solche Dinge miteinander reden müssen. Einem noch nicht einmal die Chance zu geben, diesen Entschließungsantrag zu lesen, ist aus meiner Sicht eine Katastrophe, weil es damit parlamentarisch nicht vernünftig beraten werden kann.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen hat die UN-Dekade fortgeschrieben. Wir werden eine BNE-Strategie auf den Weg bringen. Wir wollen das nachhaltige Wirtschaften auf den Weg bringen. Die Eine-Welt-Strategie ist auf den Weg gebracht worden. Das Land ist dabei, eine Nachhaltigkeitsstrategie zu erarbeiten. Die Landesregierung unterstützt den fairen Handel. Das Tariftrueugesetz ist auf den Weg gebracht worden und hat mittlerweile Gültigkeit in Nordrhein-Westfalen.

Wir haben gestern an dieser Stelle den Klimaschutzplan diskutiert, der genau in diese Richtung weist, dass wir mit unserer Verantwortung für die Welt auch in Nordrhein-Westfalen ein Zeichen setzen wollen. Dem haben sich die Oppositionsparteien ja verweigert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie ernst es ist, hat uns in der letzten Woche der Papst noch einmal deutlich vor Augen geführt.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Achten Sie bitte auf die Zeit.

**Renate Hendricks (SPD):** Ich bin sofort fertig. – Der Papst hat für seine Äußerung, dass die Welt dringend des Schutzes bedarf und dass wir jetzt etwas tun müssen, viel Zustimmung bekommen. Wir müssen jetzt etwas tun. Jeder Einzelne ist gefordert. Es kann nicht sein, dass wir uns den Zielen entziehen, weil wir sonst die Welt dem Untergang preisgeben. – Ich bedanke mich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Hendricks. – Für die zweite antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Asch.

**Andrea Asch (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Jahr 2015 ist ein entscheidendes Jahr für unsere Klimapolitik und für eine globale Gerechtigkeitspolitik. In diesem Jahr muss nämlich die Staatengemeinschaft entscheiden – erstens –, wie sie dem Klimawandel begegnen will und – zweitens –, wie sie der wachsenden Ungleichheit innerhalb und zwischen den Staaten begegnen und diese abbauen will.

Heute senden wir mit diesem Antrag ein Signal nach Berlin und nach New York. Wir bekräftigen: Das Land Nordrhein-Westfalen ist bereit, Verantwortung für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung global und lokal zu übernehmen.

Meine Damen und Herren, zu Recht soll durch die Post-2015-Agenda ein Paradigmenwechsel erfolgen. Die Agenda richtet sich nämlich an alle Staaten, Regionen und auch an die Kommunen, weil in einer globalisierten Welt eine sozialökologische Transformation nur gemeinsam und in Kooperation und durch die Anstrengung aller Ebenen gelingen kann. Wie wir konsumieren, wie wir wirtschaften, welchen Lebensstil wir wählen, hat einen ganz direkten Einfluss auf das Leben der Menschen in anderen Regionen und umgekehrt.

Noch in diesem Jahr werden wir in Nordrhein-Westfalen eine Nachhaltigkeitsstrategie für NRW erarbeiten. Mit dieser Strategie werden die Weichen für einen sozialökologischen Umbau gestellt. In NRW wollen wir soziale Gerechtigkeit, ökonomische Vernunft und ökologische Verantwortung noch konsequenter zusammendenken. Mit der konsequenten Implementierung der Post-2015-Agenda schaffen wir Kohärenz in unserem politischen Handeln.

Der BMZ-CDU-Staatssekretär Dr. Kitschelt aus dem Bundesministerium hat auf der Bonn-Konferenz im Mai Nordrhein-Westfalen ausdrücklich gelobt. Ich zitiere: Wir im Bund – so sagt er – haben vor einigen Monaten zur Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung beschlossen, unsere Nachhaltigkeitsstrategie im Lichte der SDGs zu überprüfen und anzupassen. Das könnten Sie in Nordrhein-Westfalen – so sagt er – gleich auch so festlegen und damit Vorreiter für andere Länder sein, denn NRW hat schon viel vorzuweisen.

Soweit der BMZ-Staatssekretär. Genau diese Vorreiterrolle, meine Damen und Herren, wollen wir in Nordrhein-Westfalen einnehmen und sie ausfüllen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Agenda richtet sich nicht nur an alle entwicklungspolitischen Akteure, sondern auch an alle Politikfelder, denn nachhaltige Entwicklung ist Querschnittspolitik. Die Open-Working-Group der UN hat 17 Ziele und 169 Unterziele formuliert. Nachhaltige Entwicklung erreichen wir nur durch die Energiewende, Klimaschutz, nachhaltigen Verkehr und durch eine nachhaltige Landwirtschaftspolitik.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen mit dem Klimaschutzgesetz und dem Tariftreuevergabegesetz Meilensteine gelegt. Wir sind überzeugt, dass Entwicklung und Umweltagenda verzahnt werden müssen, denn Klimapolitik – das wissen wir – ist eine Schlüsselfrage für die globalen Herausforderungen.

Der Klimawandel hat bereits jetzt viele Anstrengungen, die wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten zur Verbesserung der Lebenssituation in Entwicklungs- und Schwellenländern unternommen haben, konterkariert.

In Bangladesch bedroht der Anstieg des Meeresspiegels von 1 m – und das ist nur konservativ geschätzt – die Lebensgrundlagen von 35 Millionen Menschen. Die Hungersnot am Horn von Afrika im Jahr 2011 ist ein Beispiel dafür, wie das Zusammentreffen verschiedener Krisen eine humanitäre Katastrophe auslöst und befeuert. Jetzt aktuell sehen wir am Beispiel von Pakistan, dass die Hitzewelle nicht nur 1.000 Tote gefordert hat, nein, sie hat auch große Teile der Ernte und damit die Lebensgrundlage unzähliger Menschen zerstört.

Damit ist es auch höchste Zeit, dass die Bundesregierung einen wirklich ambitionierten Fahrplan vorlegt, wie sie die Nachfolgeagenda unter Beteiligung aller Ressorts und auch unter Beteiligung der NGOs, der Nichtregierungsorganisationen, konkret umsetzen will.

Was wir brauchen, ist Klimaschutz statt Kohleförderung, fairen Handel statt TTIP, Sozialpolitik statt Austeritätspolitik, Kampf gegen den Hunger statt Subventionierung von Lebensmittelexporten und das Ende der Unterstützung von Land Grabbing.

Wir Grüne erwarten, dass Deutschland seine Versprechen einhält, seine ODA-Quote erhöht und damit auch die Finanzierung von Entwicklungspolitik sicherstellt. Die NGOs in Deutschland fordern das schon seit vielen Jahren. Bei der UN-Konferenz im kommenden Juli in Addis Abeba müssen verbindliche Zusagen für die Finanzierung der Post-2015-Agenda gemacht werden.

Meine Damen und Herren, die Post-2015-Agenda ist eine Chance für die Zusammenarbeit von Staaten, Regionen und Kommunen für eine gerechte und nachhaltige Welt. Wir beschließen hier und jetzt, diese Chance für NRW zu ergreifen und nicht verstreichen zu lassen.

In diesem Sinne – wir haben den letzten Tagesordnungspunkt vor den Ferien – wünsche ich Ihnen al-

len schöne Ferien und im besten Sinne nachhaltige Erholung. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Wir sind übrigens noch nicht beim letzten Tagesordnungspunkt – nicht dass das missverstanden wird und gleich nach Ende der Beratung alle das Plenum verlassen. Das wäre nicht gut. – Frau Kollegin Freifrau von Boeselager spricht für die CDU-Fraktion.

**Ilka von Boeselager (CDU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es tut mir leid, dass der Entschließungsantrag erst so spät bei Ihnen eingegangen ist. Woran es liegt, kann ich jetzt nicht sagen. Er lag bei uns schon sehr frühzeitig vor.

Warum haben wir den Antrag gestellt? – Weil der Antrag der Regierungsfractionen zwar wichtige Zielsetzungen nennt, Ziele die unbestritten und existenziell sind, der Antrag versäumt aber aus unserer Sicht, in der Diskussion die richtigen Schlüsse für Nordrhein-Westfalen zu ziehen. Aber genau darauf kommt es doch an, dass wir hier auch konkret aus unserer Sicht tätig werden und etwas tun. Das fehlt mir.

Frau Hendricks hat mit vielen schönen Worten das alles dargestellt. Frau Asch, Sie haben auf die Bundesregierung gezielt und aufgezählt, was von ihr alles zu tun sei. Aber richtig ist doch, dass nachhaltige Politik zwar eine existenzielle Aufgabe ist, um Zukunft und Wohlfahrt für uns zu sichern, dass es aber auch wichtig ist, dass wir genau sagen, was wir hier in Nordrhein-Westfalen dazu beitragen.

Es darf hier kein Etikettenschwindel stattfinden, denn hier haben Sie ja das Sagen, Sie haben die Verantwortung von den Bürgerinnen und Bürgern übertragen bekommen.

(Beifall von der CDU)

Es ist wichtig, dass Sie dieser Verantwortung gerecht werden und danach den Kompass ausrichten. Aus unserer Sicht sehe ich insofern unter dem Strich nicht viel. Wenn man sich die Partnerschaften mit Ghana und Mpumalanga anschaut, stellt man fest, dass da gar nichts mehr passiert.

Diesbezüglich könnten wir aber doch auch Zielsetzungen angeben. Wir haben uns in einer Anhörung mit dem besseren Ausbau des Gesundheitswesens in Ghana beschäftigt. Alle Experten haben uns deutlich gesagt: Bei diesem für Ghana wichtigen Punkt kann vieles geschehen. Auch in Energiefragen, einem sehr wichtigen Thema in der Entwicklungspolitik, können wir unseren Beitrag leisten.

(Beifall von der CDU)

Aber dann müssen Sie es auch tun, Frau Ministerin. Wir sehen nicht, dass in den letzten Monaten etwas

wirklich Entscheidendes passiert ist. Das ist aus unserer Sicht einfach zu wenig.

Die Bewältigung der globalen wirtschaftlichen, ökologischen und politischen Umwälzungen erfordert nicht nur von den Nationalstaaten und internationalen Institutionen verstärkte Anstrengungen, sondern auch von uns als Land. Wir haben gehört, dass beim G7-Gipfel Beschlüsse gefasst wurden, und hoffen, dass sie tatsächlich umgesetzt werden. Denn zwischen dem, was man sagt, und dem, was man tut, klafft in letzter Zeit sehr häufig eine Lücke.

Sie verlassen sich hier in Nordrhein-Westfalen sehr viel auf die Bürgerinnen und Bürger, die in diesen Themenfeldern sehr engagiert sind. Aber das reicht nicht aus. Denn Sie müssen nicht nur die Bürgerinnen und Bürger bei ihrem Tun unterstützen, sondern auch für dieses Land Zeichen setzen. Ich bitte Sie, zügig mit Ghana und Mpumalanga klarzustellen, was in Zukunft passiert und wo Sie in diesem Sinne konkrete Zeichen für die Zukunft setzen. Wenn das passiert, haben Sie uns absolut an Ihrer Seite. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Kollegin von Boeselager. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Ellerbrock das Wort.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Von den bestehenden Zielen sind aus unserer Sicht folgende besonders relevant: Bekämpfung von Hunger und extremer Armut, Primärschulbildung für alle, Senkung der Kindersterblichkeit, Bekämpfung schwerer Infektionskrankheiten und die globale Entwicklungszusammenarbeit.

Ehe wir neue Ziele formulieren, lassen Sie uns erst einmal überlegen: Wie sind die alten Ziele umgesetzt worden, und was leiten wir daraus ab? Ehe wir neue Ziele definieren und den Adressatenkreis von Entwicklungspolitik auch auf die Industrienationen überspielen, müssen wir doch eigentlich wissen: Was ist mit den alten Zielen geschehen? Wie haben wir die erfüllt?

Wenn ich die Redebeiträge, die sicherlich alle sehr gut gemeint waren, richtig verstehe, habe ich das Gefühl, es geht nicht um nachhaltige Entwicklungspolitik, sondern darum, zu sagen: Wir in Nordrhein-Westfalen setzen den Maßstab für andere. – Man kann das auch Bevormundung nennen. Ist es richtig, wenn wir möglichst viele Länder für einen gemeinsamen Weg zusammenbinden wollen, von Anfang an zu sagen: „Wir nehmen Ziele, die von euch zwar unheimlich schwer zu erfüllen sind, aber das geben wir euch vor“? Das ist eine Bevormundung, die nicht hilfreich ist.

Ich nenne mal ein Beispiel, an dem deutlich wird, dass Sie eigentlich etwas ganz anderes im Sinn haben. Sie nehmen wieder das Bürokratiemonstrum Tarifreue- und Vergabegesetz.

(Zuruf von der SPD)

Das hat doch noch nicht einmal vor dem Europäischen Gerichtshof Bestand gehabt. Da gab es doch die Bundesdruckerei. Und das wollen wir jetzt auf alle anderen Länder übertragen? Das kann doch nicht richtig sein.

Meine Damen und Herren, Sie gehen davon aus, das, was wir bei uns machen, ist der Maßstab für solidarisches Handeln. Die Kyoto-Beschlüsse, die wir noch gar nicht umgesetzt haben, Clean Development Management – CDM – und JM Joint Implementation, kommen in Ihrem Antrag nicht vor, weil sie derzeit in Ihren eigenen missionarisch ummantelten Tunnelblick nicht reinpassen. Das kann nicht richtig sein.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Wenn wir wollen, dass wir weiter vorankommen, gilt es, andere Länder zu motivieren, den von Ihnen als richtig und in Teilen auch von uns als richtig erkannten Weg zu beschreiten. Das heißt, wir müssen China, die USA, die anderen Länder mit motivieren, zusammen mit den Entwicklungsländern einen Weg zu gehen. Das kann man nur durch Gespräche und nicht durch Bevormundung.

(Beifall von der FDP)

Jetzt schon zu sagen, wir stimmen den Zielen, die die UN-Klimakonferenz festlegt, begeistert zu, wäre ein Blankoscheck. Wir müssen die Ziele erst mal haben.

Frau Kollegin Boeselager, Ihren Antrag habe ich gerade bekommen. Wir werden ihn aus zwei Gründen ablehnen:

Es ist keine Umgangsform, uns nicht einmal eine Chance zu geben, ihn zu lesen. Ich kann nur Stichworte herausfiltern.

Mit Ihrer Formulierung „der eigenen Rolle als Bundesland in der Entwicklungszusammenarbeit“ stimmen wir nicht überein. – Das ist eine Aufgabe des Bundes.

(Beifall von der FDP)

Überheben wir uns nicht!

All das passt in die Überlegung, dass Nordrhein-Westfalen der Maßstab für die anderen und der Maßstab für die Welt ist. Das kann nicht richtig sein. Das nehmen die anderen als Bevormundung auf.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

– Frau Asch, ich unterstelle Ihnen überhaupt nicht, dass Sie das nicht gut gemeint haben. Aber das Gegenteil von gut ist nicht schlecht, sondern gut gemeint. – Ich wünsche frohe Ferien. Danke schön.

(Beifall von der FDP – Minister Johannes Remmel: Frohe Pfingsten war schon!)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Bevor wir uns wechselseitig in die Sommerpause verabschieden, liebe Kolleginnen und Kollegen, debattieren wir weiter. Das heißt, als nächster Redner hat Herr Kollege Kern für die Piratenfraktion das Wort.

**Nicolaus Kern (PIRATEN):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier im Saal und zu Hause! Die Millennium Development Goals von 2000 laufen dieses Jahr aus, und deren Umsetzung ist, vorsichtig ausgedrückt, nicht gerade eine Erfolgsgeschichte.

Die neuen Entwicklungsziele, die SDGs, werden zurzeit auf UN-Ebene erarbeitet. Sie sollen eine Weiterentwicklung hin zu verbindlichen, auch die Industriestaaten verpflichtenden Zielen darstellen. Das begrüßen wir Piraten ausdrücklich.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir wollen – mein Vorredner hat das eben schon erwähnt – aber auch eine punktgenaue Auswertung der nicht erreichten alten Ziele. Fakt ist doch: Die Erfolgsaussichten der neuen MDGs werden aufgrund ihrer Unverbindlichkeit doch niemals besonders hoch sein. Diese Verbindlichkeit fordern wir bei den neuen Zielen also ein.

Doch davon will die Landesregierung ausweislich des rot-grünen Antrags gar nichts wissen. Der vorliegende Antrag beschreibt eine schöne heile Welt, Frau Asch, in der die übrigens noch gar nicht formulierten SDGs mit der Hilfe aus NRW erreicht werden können. Er ist voll wohlklingender Allgemeinplätze bezüglich sozialer und Klimagerechtigkeit, Frieden und nachhaltigem Wirtschaften. Der Antrag wird dabei nicht ein einziges Mal konkret. Auch thematisiert er nicht die Verantwortung der Landesregierung beim Erreichen der hehren Ziele.

Wie sieht es denn mit der Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen von in NRW ansässigen Multis wie Bayer oder RWE aus? Wo ist Ihr Einsatz gegen Pharmapatente, Umweltverschmutzung und die Kommerzialisierung natürlicher Ressourcen? Wieso tut die Landesregierung selber noch immer nicht genug bei fairen und nachhaltigen Beschaffungen? Diese Fragen können Sie doch allesamt nicht glaubhaft beantworten.

Ich komme zu Ihrem Lieblingsthema, der berüchtigten Eine-Welt-Strategie. In Ihrem Antrag sprechen Sie auch davon, diese entlang der neuen SDGs weiterentwickeln zu wollen. Schön wäre es, wenn Sie überhaupt einmal eine substanzielle Eine-Welt-Strategie entwickeln und umsetzen würden; denn die bisherige ist in meinen Augen eine bloße Ansammlung von entwicklungspolitischen Buzzwords,

schön verteilt auf zehn Seiten Broschüre. Das Auslaufen der beiden Partnerschaftsabkommen mit Ghana und Mpumalanga spricht – da hat meine Vorrednerin doch völlig recht – doch Bände über Ihr Engagement in dem Bereich.

Dann wollen Sie – das steht in Ihrem Antrag – noch allen Ernstes ein Votum vom Landtag für einen millionenschweren Exklusivvertrag mit der GIZ zum Ausrichten der „Bonn Conference for Global Transformation“. Das ist also Ihr Verständnis von nachhaltiger Entwicklungszusammenarbeit.

Es ist – das sage ich ausdrücklich – wichtig, NRW eine wichtige Rolle beim Post-2015-Prozess zukommen zu lassen. Doch dafür müssen die Ziele konkret genannt und das Engagement NRWs zu jedem einzelnen Ziel muss ausgeführt werden. Sonst – das ist meine Befürchtung – ist das Einzige, was nachhaltig geschützt wird, der Zahlungseingang auf dem Konto der GIZ.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Kollege Kern, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Ellerbrock zulassen?

**Nicolaus Kern (PIRATEN):** Ja.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Herr Kollege Kern, Sie hatten eben Ausführungen zu Ghana und Mpumalanga gemacht. Wenn ich mich recht erinnere, hatten wir im Ausschuss unter Ihrer Leitung auch über diesen Problemkreis gesprochen. Sie haben das jetzt dargestellt, als wenn das ein Versäumnis der Landesregierung sei, sich da nicht um entsprechende Vereinbarungen bemüht zu haben.

Meine Wahrnehmung der Realität ist, dass deutlich wurde, dass vor Ort aufgrund politischer Verhältnisse auf diese Zusammenarbeit kein Wert gelegt wurde, dass es eine mangelnde Wertschätzung gab. Ich bin immer bereit, die Landesregierung kritisch mit zu begleiten, aber hier habe ich eine andere Wahrnehmung der Realität. Wieso unterscheiden wir uns da in der Wahrnehmung? Sie sind doch Ausschussvorsitzender.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Nicolaus Kern (PIRATEN):** Herr Ellerbrock, danke für die Frage. – Mir kommt es darauf an, zu hinterfragen, was sich auf dem Gebiet tut. Wenn Sie sagen, es liege an der Gegenseite, will ich dem gar nicht widersprechen. Fakt ist aber, dass dort Stillstand herrscht. Und dann muss man sich doch überlegen, ob das Ganze noch sinnhaft ist. Wenn der eine Partner nicht will, dann erledigen sich doch alle weiteren Überlegungen. Dann soll man nicht daran festhalten. Es gilt immer noch das Sprichwort: Wenn du merkst, dass das Pferd tot ist, steige ab!

Ich war eigentlich schon am Ende meiner Rede. Ich gebe noch kurz zu Protokoll, dass ich meiner Fraktion empfehle, den Antrag aus den genannten Gründen abzulehnen. Bei der Abstimmung über den Antrag der CDU können wir uns aufgrund der kurzen Zeit lediglich enthalten. Ich will es dabei bewenden lassen. – Vielen Dank. Schöne Sommerpause!

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Kern. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren das Wort.

**Dr. Angelica Schwall-Düren,** Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Post-2015-Agenda kommt genau zur richtigen Zeit. Jetzt, drei Monate vor dem UN-Gipfel zur Post-2015-Agenda in New York, kann der Landtag ein wichtiges Zeichen setzen: Wir in Nordrhein-Westfalen bekennen uns zu unserer Verantwortung für die nachhaltige Entwicklung im globalen, aber auch im nationalen und regionalen Kontext gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

Die Ziele der Post-2015-Agenda wurden hier schon hinreichend vorgestellt. Ich möchte nur unterstreichen, dass der entscheidende Fortschritt darin besteht, dass sich die Staatengemeinschaft mit den SDGs erstmals auf universell gültige nationale Verpflichtungen einigt, die sich nicht nur an die sogenannten Schwellen- und Entwicklungsländer richten, sondern auch die Industriestaaten in die Pflicht nehmen.

Worum geht es? – Will man die SDGs auf ihre zentralen Themen herunterbrechen, dann geht es um Folgendes:

Selbstverständlich geht es um den weltweiten Kampf gegen Armut und Hunger. Da gibt es Fortschritte. Wir haben dabei aber längst nicht die Ziele erreicht.

Weiter geht es um den Zugang zu Gesundheit, Bildung und Wissen für alle Menschen – ganz besonders für Frauen und Mädchen.

Außerdem geht es darum, das globale Wirtschaftssystem gerechter zu gestalten und unsere Ökosysteme zu schützen, globale Solidarität zu schaffen und weltweit eine sichere und friedliche Gesellschaft zu schaffen.

Denn, meine Damen und Herren, alle Länder und Gesellschaften müssen ihre Entwicklungspfade ändern, wenn es gelingen soll, eine wirtschaftlich, soziale und ökologisch nachhaltige Zukunft für unseren Planeten zu gestalten.

Sofern die bisherige Einteilung der Welt in Schwellen-, Entwicklungs- und Industrieländer unterstellt, dass Industrieländer ihre Hausaufgaben längst gemacht haben, so ist das mehr als fragwürdig. Wandel und Entwicklung müssen keineswegs nur in den Ländern des globalen Südens stattfinden.

Nicht nachhaltig sind vor allem unser Lebensstil und unsere Art zu wirtschaften. Die SDGs sollen uns hierfür die Richtung weisen.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Frau Ministerin, es tut mir leid, Sie unterbrechen zu müssen, aber Frau Kollegin Freifrau von Boeselager möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Würden Sie die zulassen?

**Dr. Angelica Schwall-Düren,** Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Bitte, Frau von Boeselager.

**Ilka von Boeselager (CDU):** Frau Ministerin, es ist ganz toll, mit welchen Worten Sie deutlich machen, wie wichtig dieser Antrag ist, auch im Hinblick auf die Konferenz in New York. Sagen Sie mir doch einmal: Was tut das Land denn konkret?

**Dr. Angelica Schwall-Düren,** Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Dazu komme ich noch, liebe Frau von Boeselager. Ich bin schließlich noch nicht fertig mit meiner Rede.

**Ilka von Boeselager (CDU):** Ach so, Entschuldigung. Das wäre ja wichtig.

**Dr. Angelica Schwall-Düren,** Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Diesen Wandel, über den ich gesprochen habe, werden wir nur bewerkstelligen können, wenn die Ziele und Unterziele der Post-2015-Agenda so präzise formuliert sind, dass sie erstens universell gültig sind und zweitens übersetzbar in konkrete Maßnahmen, die auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene greifen.

Mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen, der heute zur Abstimmung steht, bekennt sich Nordrhein-Westfalen dazu, Vorreiter bei der Umsetzung dieser Nachhaltigkeitsziele zu sein – Frau Asch hat schon darauf hingewiesen –, und zwar ganz konkret.

Bereits 2013 hat die Landesregierung beschlossen, bis Ende dieses Jahres eine Landesnachhaltigkeitsstrategie zu erarbeiten, die neben der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie auch die neuen SDGs berücksichtigt. Aktuell wird der Entwurf dieser Nachhaltigkeitsstrategie in einer interministeriellen Arbeitsgruppe mit allen Ressorts erarbeitet. Die Federführung liegt beim Ministerium für Klimaschutz,

Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Verbraucherschutz.

Bei der 4. Nachhaltigkeitstagung am 28. Oktober 2015 hier im Landtag, Frau von Boeselager, werden wir dieses Thema mit allen Fraktionen und Beteiligten aus der Zivilgesellschaft, den Kommunen, der Wirtschaft und der Wissenschaft diskutieren, und ich darf Sie im Namen von Herrn Kollegen Rimmel schon heute zu dieser Tagung sehr herzlich einladen.

Auch die im Dezember 2012 beschlossene Eine-Welt-Strategie des Landes, lieber Herr Kern, fußt auf den Millennium Development Goals der Vereinten Nationen. Jetzt geht es darum, auch hier eine weitere Übertragung vorzunehmen, wenn die SDGs verabschiedet sind. Die Landesregierung leistet aber schon jetzt wichtige Beiträge zur Begleitung des SDG-Prozesses.

In diesem Zusammenhang möchte ich ganz deutlich machen, Herr Kern, dass die gemeinsam mit der GIZ durchgeführte Veranstaltung – die Conference for Global Transformation – ein ganz wichtiger Beitrag ist. Rund 700 Gäste aus 70 Ländern sind ange-reist, und wir haben eine sehr positive Resonanz der Teilnehmer auf die Inhalte und auch auf das Veranstaltungsformat bekommen. Denn dort, lieber Herr Kern, ging es darum, die Debatte dahin gehend zu verbreitern, dass und wie wir gemeinsam in unserer globalisierten Welt die große Transformation voranbringen können.

(Nicolaus Kern [PIRATEN]: Ich hoffe, das war nicht der einzige Erfolg!)

Liebe Frau von Boeselager, lieber Herr Kern, was nun Ghana und Mpumalanga angeht, so hoffe ich doch, dass Sie meine Briefe lesen und meine Berichte wahrnehmen. Wir stehen in konkreten Verhandlungen. Ich informiere Sie regelmäßig über die Fortschritte.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Die Redezeit, Frau Ministerin!

**Dr. Angelica Schwall-Düren,** Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Nordrhein-Westfalen beweist auf vielen Ebenen, dass es seine internationale Verantwortung für die Transformation zu einem nachhaltigen und global verantwortlichen Entwicklungspfad ernst nimmt. – Herzlichen Dank.

Ich erlaube mir, Ihnen trotz der Zensur des Herrn Präsidenten jetzt eine schöne Sommerzeit und eine gute Erholung zu wünschen, damit wir uns alle gesund und gestärkt im Herbst wiedersehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Dietmar Schulz [PIRATEN]: Skandal!)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Ministerin. Angesichts der außerordentlichen Freundlichkeit, mit der der Zensurvorwurf an die Adresse des sitzungsleitenden Präsidenten formuliert wurde, möchte ich ihn jetzt nicht weiter kommentieren.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind am Ende der Aussprache, weil es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt.

Wir kommen erstens zur Abstimmung über den gemeinsamen Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Die beiden antragstellenden Fraktionen haben direkte Abstimmung beantragt über den Inhalt des Antrags Drucksache 16/8988. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Somit stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 16/8988** mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von FDP und Piraten bei Enthaltung der CDU-Fraktion **angenommen** ist.

Wir stimmen zweitens über den Entschließungsantrag der CDU-Fraktion Drucksache 16/9105 ab. Wer ist für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit stelle ich fest, dass der **Entschließungsantrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 16/9105** mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der Piraten **abgelehnt** ist.

Ich schließe die Beratung zu Tagesordnungspunkt 5 und rufe auf:

## **6 Binnenschifffahrtsstandort Nordrhein-Westfalen stärken – Landesregierung muss endlich ein neues Wasserstraßenverkehrs- und Hafenkonzert vorlegen**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/8993

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die antragstellende FDP-Fraktion Herrn Kollegen Rasche das Wort. Bitte schön.

**Christof Rasche** (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies ist der letzte Tagesordnungspunkt vor der Sommerpause. Die letzten Worte wird unser Minister Groschek haben. Wir freuen uns darauf. Dann können wir glücklich in die Sommerpause gehen.

Aber zunächst beschäftigen wir uns mit dem Thema „Binnenschifffahrt“, zugegebenermaßen einem Thema für Feinschmecker. Deshalb wissen die meisten Personen in Nordrhein-Westfalen auch gar nicht, dass es bei uns 120 Häfen gibt, die eine be-

deutende Rolle spielen und Nordrhein-Westfalen zum größten Binnenschifffahrtsstandort in Deutschland machen. Diese Häfen spielen auch eine große Rolle bei der Frage, wie wir mit den extrem wachsenden Güterverkehrsmengen in den nächsten Jahren umgehen werden.

Was ist in der Vergangenheit passiert? 2004 gab es ein Wasserstraßenverkehrs- und Hafenkonzert seitens des Landes. 2008 wurde es letztmalig fortgeschrieben. Seitdem wartet die Branche vergeblich auf ein neues Konzept, das die inzwischen veränderten Rahmenbedingungen berücksichtigt.

SPD und Grüne haben mehrfach angekündigt und versprochen, dieses neue Konzept vorzulegen. Da gab es den Koalitionsvertrag im Jahre 2010. Darin steht, das Hafenkonzert des Landes werde dahin gehend überprüft, wie die Stärkung der Schifffahrt möglich sei und eine Verlagerung von Gütertransporten auf die Binnenschifffahrt ausgebaut werden könnte.

Im Koalitionsvertrag 2012 – manchmal macht man das ja alle zwei Jahre – steht: Wir werden eine Binnenschifffahrtsinitiative starten. – Auch auf die warten wir bis heute.

Im Februar 2013 gab es die Ankündigung des nordrhein-westfälischen Verkehrsministers Michael Groschek, noch im gleichen Jahr, also 2013, ein neues Hafenkonzert vorzulegen.

Im Juli 2013 stellte die FDP-Fraktion einen Antrag zur Binnenschifffahrt.

Im Oktober 2013 gab es einen Antrag von SPD und Grünen mit dem Beschluss: Die Landesregierung wird aufgefordert, das Wasserstraßenverkehrs- und Hafenkonzert Nordrhein-Westfalen in naher Zukunft fortzuschreiben. – In naher Zukunft! Die Allgemeinheit definiert „nahe Zukunft“ als „in ein bis zwei Monaten“. Die Definition von Rot-Grün kenne ich nicht, aber sie scheint eine andere zu sein.

Im September 2014 gab es einen Antrag aller Fraktionen; das war ein breiter Konsens zum Thema „Binnenschifffahrt“. Kollege Reiner Breuer wird sicher gleich kritisieren, dass die FDP-Fraktion, nachdem wir im September 2014 doch alle einig waren, heute die Frechheit besitzt, einen neuen Antrag zu stellen. Ich sage Ihnen, Kollege Breuer: In der Sache besteht nach wie vor Konsens. In der Bewertung der Probleme und bei den Lösungsvorschlägen besteht breiter Konsens. Aber es ist nun einmal die Aufgabe der Opposition, Themen zu benennen, bei denen es einfach nicht läuft und bei denen Ankündigungen zum Zeitablauf nicht eingehalten werden.

(Beifall von der FDP)

– Der Beifall tut mir gut, so kurz vor der Sommerpause.

Herr Breuer, auch der Hafen in Ihrer Heimatstadt Neuss wartet auf dieses Konzept, wartet auf vernünftige Rahmenbedingungen, die die Landesregierung setzt. Diese hat aber bisher nur Ankündigungen geliefert. Das neue Wasserstraßenverkehrs- und Hafenkonzert hätte längst vorgelegt werden müssen, um Nordrhein-Westfalen gegenüber der Bundesregierung zu positionieren.

Im zweiten Halbjahr 2015 geht die Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans in die entscheidende, in die heiße Phase. Gerade da muss das Konzept von Nordrhein-Westfalen vorliegen. Was macht Nordrhein-Westfalen? – Nordrhein-Westfalen kündigt an, dieses Konzept im vierten Quartal 2015 vorzulegen. Dann ist die Messe zum Bundesverkehrswegeplan in wesentlichen Bereichen längst gelesen.

Bei der Vorbewertung des Bundesverkehrswegeplans sind die Brückenanhebungen im Kanalnetz – wichtig für Nordrhein-Westfalen – schon gescheitert. Das war übrigens immer die Argumentation der Küstenländer, mit denen wir im Wettbewerb um die begrenzten finanziellen Mittel stehen, dass diese Maßnahme viel zu teuer sei und zu wenig bringe, was das Kosten-Nutzen-Verhältnis betrifft.

Aber auch da wäre es in der Diskussion wichtig gewesen, wenn ein Konzept aus Nordrhein-Westfalen vorgelegen hätte. Das hätte uns geholfen. Das hätte auch unseren Verbündeten in Berlin geholfen, die Position von Nordrhein-Westfalen zu unterstützen. Aber wie will man sie unterstützen, wenn es gar keine gibt?

Die Branche der maritimen Wirtschaft, die Schifffahrtsbranche, fühlt sich in Nordrhein-Westfalen im Stich gelassen. Das wurde auch deutlich bei der Länderkonferenz Rhein am 15. Juni 2015 in Mannheim und bei dem hochkarätig besetzten Branchenforum SchifffahrtHafenLogistik am vergangenen Montag in Duisburg.

Man hört seit einigen Monaten von Problemen in der Ressortabstimmung bei Wirtschaftsminister Düin; dort ist die Logistik ansässig. Da vorne sitzt Verkehrsminister Groschek. Vielleicht können Sie uns ja gleich erklären, woran es denn hapert. Ansonsten würde ich sagen: In die Hände spucken, Arbeit machen, und fertig!

(Beifall von der FDP und Henning Rehbaum [CDU])

Ein von der Landesregierung Ende 2014 in Auftrag gegebenes Gutachten liegt dem Hohen Haus und der Fachwelt leider noch nicht vor. Dieses umfangreiche Gutachten, das wichtige Inhalte hat, haben Sie, Herr Minister, und die Landesregierung, erstellen lassen. Es wird höchste Zeit, dass es der Öffentlichkeit vorgestellt wird. Wir brauchen dringend ein Konzept für die Wettbewerbsfähigkeit und Entwicklungsperspektiven für die nordrhein-westfälischen Binnenhäfen.

Also, Herr Minister Groschek, zum Abschluss: Anker einziehen! In die Hände spucken! Motor anwerfen und Tempo aufnehmen! – Vielen Dank, meine Damen und Herren! Da der Präsident uns allen gleich frohe Ferien wünscht, wünsche ich auch Ihnen frohe Ferien, Herr Präsident, für den Fall, dass das sonst keiner macht!

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die SPD-Fraktion erhält der bereits mehrfach angesprochene Kollege Breuer das Wort.

**Reiner Breuer (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema „Binnenschifffahrt“ ist wirklich etwas für verkehrspolitische Feinschmecker. Aber das, was uns hier aus der Kombüse der FDP geliefert wird, ist ein fades Süppchen, gekocht aus Themen, die hier aufgelistet werden,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

die uns aber nicht wirklich weiterbringen.

Uns allen ist die Bedeutung der Binnenschifffahrt und der Häfen in Nordrhein-Westfalen bestens bekannt. Deswegen haben wir ja auch im September letzten Jahres fraktionsübergreifend einen Antrag formuliert und hier gemeinsam beschlossen mit dem Titel: Moderne Wasserwege für effizienten, umweltfreundlichen Güterverkehr und nachhaltiges Wachstum in der Logistikwirtschaft. – Das war im September letzten Jahres.

Aber Sie haben diesen Antrag, Herr Kollege Rasche, mit keinem Wort in Ihrem Antrag erwähnt. Man fragt sich: Warum? – Ja, weil wir in diesem Antrag ziemlich viele Anforderungen formuliert haben, die durch die Landesregierung auch abgearbeitet werden müssen. Ich will die Landesregierung hier gar nicht rechtfertigen – das ist auch sonst nicht meine Art –, aber ich will doch mal deutlich sagen, dass wir einige Prüfaufträge gegeben haben.

Diese will kurz noch einmal in Erinnerung rufen: Sie sollen Maßnahmen zur Stärkung der Binnenstandorte aufzeigen, Defizite und logistische Brüche benennen, die Erreichbarkeit der Häfen analysieren, Bestandsanalysen für die Flächensituationen machen, integrierte Standorte prüfen und vorschlagen, den Fachkräftemangel beseitigen und dazu Maßnahmen aufzeigen, Fördermöglichkeiten der EU beleuchten, sich mit alternativen Kraftstoffen und Landstromversorgung beschäftigen. All diese Themen haben wir im Antrag gemeinsam aufgelistet.

Diese Themen müssen detailliert untersucht werden. Wenn Gutachten vorliegen, möchte ich diese nicht einfach nur auf den Tisch gelegt bekommen, sondern ich möchte auch eine Meinung der Landesregierung dazu haben und diese kommentiert wis-

sen. Und das wird sehr wahrscheinlich bald der Fall sein.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Auch wir sind in froher Erwartung, Herr Rasche, dass uns nach der Sommerpause etwas vorgelegt wird. Wir sollten die Zeit bis dahin nutzen,

(Christof Rasche [FDP]: Urlaub! Urlaub!)

um zum Beispiel auch den Blick auf den Bundesverkehrswegeplan zu schärfen.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Kollege Breuer!

**Reiner Breuer (SPD):** Ja, bitte.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Darf ich Sie unterbrechen? Herr Kollege Ellerbrock würde Ihnen gerne eine Frage stellen.

**Reiner Breuer (SPD):** Ich freue mich darauf, Herr Ellerbrock.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Wunderbar. – Herr Ellerbrock, bitte.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Das ist aber nett, dass Sie sich freuen. Das ist eine Wertschätzung, die ich meinerseits ebenfalls wertzuschätzen weiß.

Herr Kollege Breuer, darf ich Sie daran erinnern, dass der Kollege Rasche in seinen Ausführungen sehr wohl auf diesen gemeinsamen Antrag abgehoben, allerdings auch bemängelt hat, dass danach nichts geschehen ist? Er hat inzidenter bemängelt, dass sich diese neuen Erkenntnisse nirgendwo im Landesentwicklungsplan widerspiegeln. Der Kollege Bergmann hat in der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses deutlich gemacht, welche Defizite bestehen und dass ein überarbeitetes Hafenkonzept sehr überfällig ist.

(Zuruf von der SPD: Wo ist die Frage?)

Sie haben gesagt, Sie befänden sich in freudiger Erwartung hinsichtlich der Beantwortung dieser Fragen. Diese Freude ist sehr nachhaltig, denn sie herrscht schon seit 2008. Deswegen wäre es gut, wenn das jetzt endlich erfüllt würde. – Danke schön.

**Reiner Breuer (SPD):** Ich stelle fest, dass auch Sie in freudiger Erwartung sind.

(Heiterkeit von Dietmar Schulz [PIRATEN])

Ich hätte mich noch mehr gefreut, wenn wir den interfraktionell abgestimmten und hier einstimmig verabschiedeten Antrag gemeinsam im Hinblick darauf geprüft hätten, wann das Ganze denn kommt. Dass

hier eine Fraktion voprescht, hat mich etwas gestört.

(Zuruf von Holger Ellerbrock [FDP])

Aber wir nehmen den Antrag heute zur Kenntnis und werden ihn überweisen. Ich gehe davon aus, dass wir uns nach der Sommerpause mit allen Details befassen können. Aber das wird eben nicht heute sein.

Ich wollte Ihren Blick einfach schärfen – das haben Sie auch getan, Herr Rasche – im Hinblick auf den Bundesverkehrswegeplan. Ein Mensch ohne Plan ist wie ein Schiff ohne Steuer, so heißt es ja. Deswegen sollten wir uns genau ansehen, was darin stehen wird. Wir haben entsprechende Meldungen an den Bund gemacht.

Es geht um die Fragen: Was betrifft die Kanäle? Was die Schleusen? Was passiert im Bereich der Binnenschifffahrt oder bei der Verlagerung der Güterverkehre auf die Schiene? Das Thema Münster-Lünen oder Venlo-Kaldenkirchen ist natürlich ganz wesentlich bei unseren Erwartungen an den Bundesverkehrswegeplan. Da spielt die Musik; da bin ich mit Ihnen einer Meinung. Da müssen wir nach der Sommerpause gemeinsam Gas geben.

Meine Damen und Herren, ich bin schon am Schluss. Wir freuen uns die Ergebnisse des Hafenkonzepts Nordrhein-Westfalen. Ich wünsche Ihnen auch eine schöne Sommerpause und werde mich jetzt in den Wahlkampf begeben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Breuer. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Rehbaum das Wort.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

**Henning Rehbaum (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Zahl des Tages ist die 2.000. Seit 2.000 Jahren hat der Rhein eine besondere Bedeutung für Logistik und Wirtschaft in unserer Region. Ich glaube, der Bau des Kölner Domes wäre ohne den Rhein nicht denkbar gewesen. Auch die Römer haben schon Truppenkontingente über den Rhein in die Region gefahren. Das wird den ehemaligen Seemann, Herrn Minister Groschek, sicherlich interessieren.

Ein nicht zu unterschätzender Vorteil des Rheines ist auch, dass er wirkungsvoll verhindert, dass sich Kölner und Düsseldorf bekriegen. Die heutige Nutzung ist nicht militärisch, vielmehr steht die zivile Nutzung im Vordergrund. 150 Millionen Tonnen Güter werden über den Rhein verschifft. Dazu kommen die anderen schiffbaren Gewässer, das heißt die Weser und unsere Kanäle. Für Instandhaltung und Ausbau dieser Wasserwege ist der Bund zuständig.

Es geht um Schleusen, Brückenerhöhungen, die Aufweitung der Wasserstraßen. Das ist die eine Sache.

Dann haben wir die Häfen. Ich will an dieser Stelle nur ein paar nennen: Neuss, Düsseldorf, Emmerich, Wesel, Orsoy, Duisburg, unsere Kanalhäfen. Da gibt es die unterschiedlichsten Rechtsformen und Eigentümerschaften: es gibt private, staatliche, gemischtwirtschaftliche, kommunale Häfen – also ein bunter Strauß, der am Ende zusammen mit den Wasserstraßen koordiniert werden muss. Hier ist das Land in der Verantwortung. Das Ziel der ganzen Bemühungen muss lauten, mehr Tonnen Güter aufs Wasser zu bekommen.

Wir haben gerade schon – vor allem vom Kollegen Rasche – intensive Ausführungen dazu gehört: Hier hat das Land noch Hausaufgaben zu erledigen. Denn alle fragen sich: Was tut die Landesregierung in Sachen Wasserstraßen? Und speziell: Was tut die Landesregierung seit dem 1. Oktober 2014, an dem wir, wie gerade schon erwähnt, alle zusammen einen Antrag für moderne Wasserwege auf den Weg gebracht haben? Dieser Antrag bezieht sich auf die beiden Wasserwege- und Hafenkonzepte der rot-grünen und danach der schwarz-gelben Regierung. Aber seit dem 1. Oktober 2014 ruht der See in dieser Sache still.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Landesregierung ist also aufgefordert, jetzt endlich – und zwar schnell – das Konzept für Wasserwege und Häfen auf den Weg zu bringen.

(Beifall von der CDU und Christof Rasche [FDP])

Denn wir wissen, wie wichtig die Wasserwege für die Entlastung der anderen Verkehrsträger sind und wie groß der Beitrag der Binnenschifffahrt und der Schifffahrt allgemein für das Aufhalten des Klimawandels sein kann. Von daher muss wirklich hiermit Gas gegeben werden.

Fest steht aber auch: Straßen und Brücken müssen ebenfalls in Schuss gebracht werden; denn solange Lkw innerhalb der Transportkette auf der ersten und letzten Meile zum und vom Hafen im Stau stehen, kann das Binnenschiff seine Stärken nicht ausspielen.

(Beifall von der CDU)

Wir brauchen also ein ganzheitliches Konzept, das alle Verkehrsträger betrachtet. Im Mittelpunkt müssen in diesem Zusammenhang die Wasserwege und die Häfen stehen. Hierbei ist noch viel zu tun. – Wir überweisen den Antrag gern mit in den Ausschuss und werden uns intensiv an der Debatte beteiligen.

Ich darf Ihnen allen an dieser Stelle eine sonnige Sommerpause mit Erholung, Entspannung und Be-

sinnung auf die schönen Dinge im Leben wünschen. – Vielen Dank.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Rehbaum. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist schon Herr Kollege Klocke ans Redepult unterwegs. Dann geben wir ihm auch das Wort. Bitte.

**Arndt Klocke (GRÜNE):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich war schon in Sorge, heute nicht noch einmal sprechen zu dürfen. Es hieß ja zwischendurch, der Antrag würde nicht diskutiert.

Ich erspare Ihnen jetzt einen Rückblick auf 2.000 Jahre Binnenschifffahrtsgeschichte.

(Zuruf: Über 3.000 Jahre!)

Ich habe bei den Beiträgen festgestellt: Wenn man die Inhalte von dem herausdestilliert, was Christof Rasche, Reiner Breuer und der Kollege Rehbaum gesagt haben, sind wir eigentlich weitgehend einig über die Bedeutung der Binnenschifffahrt und des Schiffsverkehrs, was eine Umsteuerung oder zumindest eine Ergänzung bzw. Erweiterung beim Gütertransport angeht. Sonst wäre der gemeinsame Antrag im letzten Herbst auch nicht zustande gekommen.

Ich finde es auch legitim, dass die Opposition es als ihren Auftrag ansieht, hier einmal nachzuhaken. Das hätte man vielleicht auch über eine Kleine Anfrage machen können; es musste nicht unbedingt eine Plenardebatte sein. Aber die kann man natürlich besser vermarkten. Wahrscheinlich hat irgendjemand bei dieser Konferenz, die gerade Christof Rasche erwähnt hat, gesagt: Stellt doch mal einen Antrag, damit die da mal in die Gänge kommen.

Mir fiel in diesem Zusammenhang ein, dass wir schon seit 2009 auf das neue Bundesluftverkehrskonzept warten. Im Jahr 2009 war das Luftverkehrskonzept ausgelaufen. Danach gab es vier Jahre Regierungsbeteiligung von CDU und FDP – da kam gar nichts –, und jetzt sind wir nach zwei Jahren Großer Koalition immer noch nicht weiter. Also warten wir jetzt sechs Jahre auf das Bundesluftverkehrskonzept, lieber Christof Rasche. Dieses Konzept ist daher sechs Jahre überfällig.

Das rechtfertigt nicht, dass wir das heute diskutierte Konzept nicht beschleunigen sollten oder könnten; das gestehe ich gern zu. Aber es gibt durchaus auch andere Konzepte, wo manchmal gut Ding Weile braucht und wo intensive Beratungen und Ressortabstimmungen mit den verschiedenen Häusern etc. notwendig sind.

Ich will einen Punkt erwähnen, der mir beim FDP-Antrag aufgefallen ist. Ich glaube, dass seitens der FDP da etwas falsch verstanden worden ist. Ich meine das Thema „LEP“ und die landesbedeutsa-

men Häfen. Wenn ich die Kritik richtig verstanden habe, wird bemängelt, dass im vom Kabinett beschlossenen LEP nicht alle Hafenstandorte als landesbedeutsame Standorte ausgewiesen sind.

Ich habe einmal nachgesehen und festgestellt, dass es knapp 120 Hafenstandorte gibt. Wenn es der Wunsch der FDP ist, dass wir sie alle als landesbedeutsam erklären – das ist eine Debatte, die wir auch bei den Flughäfen haben; aber da gibt es zum Glück nicht 120, sondern maximal zehn –, dann müsste die FDP das ein bisschen argumentativ hinterlegen.

Ansonsten macht es meiner Meinung nach mehr Sinn, die großen Standorte als landesbedeutsam auszuweisen, also Duisburg, Düsseldorf, Rheinhafen Neuss usw. Die kleineren Binnenschiffahrtshäfen sollten natürlich auch unterstützt werden und ihre Entwicklungschancen haben, aber man sollte sie anders klassifizieren.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Kollege Klocke, es gibt zwei Wünsche, Ihnen eine Frage zu stellen, erstens von Herrn Ellerbrock und zweitens von Herrn Kollegen Deppe.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Habt ihr nichts zu tun im Urlaub?)

**Arndt Klocke (GRÜNE):** Gerne.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Dann arbeiten wir sie nacheinander ab. Der erste Redner ist Herr Kollege Ellerbrock.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Herr Kollege Klocke, könnten Sie zur Kenntnis nehmen, dass Sie einem Missverständnis unterliegen? Es geht nicht darum, 120 Häfen im LEP zu verankern, sondern es geht darum, nach welchen Kriterien man wesentliche Unterscheidungen in regional- und landesbedeutsam vornimmt, die für die zukünftige Entwicklung der Häfen von großer Bedeutung sind. Es geht also um die Kriterien und nicht um ein Sammelsurium in der Aufzählung. Das wäre eine Nullaussage. Nein, wir wollen Prioritäten setzen, aber die Kriterien dafür kennen. Wir wollen nicht, dass es eine willkürliche Darstellung wird.

**Arndt Klocke (GRÜNE):** Gut, das habe ich verstanden.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Die zweite Frage kommt von Herrn Deppe. Bitte schön.

**Rainer Deppe (CDU):** Ich dachte, Herr Klocke wollte erst einmal die Frage beantworten. – Ach, das war es schon? – Okay.

Dann kann ich ja meine Frage stellen: Herr Kollege, Sie betonen die Wichtigkeit der Wasserstraßen und welche große Bedeutung sie für SPD und Grüne haben. Die größte Wasserstraße in Nordrhein-Westfalen ist ja der Rhein. Wie erklären Sie sich dann, dass auf der Rheinkonferenz, die am 15. Juni 2015, also vor wenigen Tagen, stattgefunden hat, zwar die Bundesländer Hessen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz vertreten waren - und das zum Teil sehr hochkarätig, bis auf die Ministerebene hinauf –, Nordrhein-Westfalen jedoch überhaupt nicht? Das ist doch schon sehr verwunderlich. Mich interessiert, wie Sie das begründen und erklären.

**Arndt Klocke (GRÜNE):** Herr Deppe, ich kannte diesen Termin, ich hatte auch eine Einladung. Ich konnte den Termin jedoch nicht wahrnehmen. Allerdings kann ich jetzt nicht für die anderen hier sprechen.

(Minister Michael Groschek: Das kann ich gleich erklären!)

– Das macht dann der Herr Minister.

Ich teile Ihre Einschätzung, dass dies eine wichtige Konferenz gewesen ist. Nun haben wir alle regelmäßig wichtige Einladungen; gerade in diesem Bereich fällt mir das auf. Letztes Jahr gab es im Herbst in Neuss die große Konferenz.

(Zuruf: Neuss ist gut!)

– Neuss ist sowieso gut.

(Beifall)

Ich glaube nicht, dass es in diesem Bereich einen Mangel an Informationen gibt. Auch die ZARA-Häfen informieren uns sehr regelmäßig über die Notwendigkeiten von Schritten, um den Gütertransport und die Schiffsverkehre auszubauen etc. Ich denke, es kommt jetzt darauf an, dass man von Landesseite aus die Rahmenbedingungen schafft. Das Konzept wird dies meiner Einschätzung nach gewährleisten. Sobald es im Herbst vorliegt, werden wir intensiv darüber diskutieren. Alles Weitere dazu wird uns der Minister gleich sagen.

Ich würde in diesem Fall auf den Herbst 2015 setzen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Klocke. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Kollege Fricke.

**Stefan Fricke (PIRATEN):** Verehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kollegen und Kolleginnen und natürlich Bürger und Freunde im Stream! Ich bin der vorletzte Redner beim letzten Tagesordnungspunkt des letzten Tages der letzten Plenarsit-

zung vor den Sommerferien – also nicht ganz der Letzte.

Eigentlich sollte bei meiner Rede auch eine dezente Hintergrundmusik laufen – so etwas wie „In the Summertime“ von Mungo Jerry oder auch „Splish Splash“ – von wem war das gleich wieder?

Aber egal, ich heiÙe Sie herzlich Willkommen zu einem Jubiläum, der fünften Edition der Düsseldorfer Wasserspiele, passend zum Beginn eines hoffentlich schönen und heißen Sommers. Diese Wasserspiele der Binnenschifffahrt haben ja schon eine Geschichte; sie geht weit zurück, bis in die letzte Legislaturperiode.

Soweit ich diese Geschichte ausgegraben habe – ich bin leider kein Historiker oder Archäologe –, beginnt sie im November 2010 mit dem Antrag 15/544 von SPD, Grünen und der FDP, der auch mit deren Stimmen beschlossen wurde. Nur die CDU hat abgelehnt.

Darauf folgten die Anträge Drucksachen 15/1912 und 15/2850 der Linken vom Mai und September 2011, die zwar nur den Duisburger Hafen betrafen, jedoch wegen der vorzeitigen Auflösung des Landtags nicht mehr behandelt wurden.

Dann kam der Antrag Drucksache 16/3226 vom Juni 2013 – also vor zwei Jahren – von der SPD, den Grünen, mitgetragen von uns, der mit den Stimmen der Antragsteller beschlossen wurde. CDU und FDP stimmten dagegen.

Im Juli 2013 erschien dann die FDP mit einem zwar anders formulierten, inhaltlich jedoch praktisch identischen Antrag, Drucksache 16/3450, auf der Tagesordnung – nur einen Monat, nachdem sie genau dieses Thema abgelehnt hatte.

Im September 2013 tauchte dann der Antrag Drucksache 16/4015 aus den Fluten, gestellt von der SPD und den Grünen. Offensichtlich waren die Kollegen richtig erfrischt aus den Parlamentsferien zurückgekommen. Doch diese beiden Anträge wurden nicht behandelt.

Sie wurden dann – nach nur einem Jahr – zugunsten des gemeinsamen Antrags aller Fraktionen Drucksache 16/6854 vom September 2014, der einstimmig angenommen wurde, ad acta gelegt. Das ist nun fast wieder ein Jahr her.

Und prompt taucht wie ein Schachtelteufel wieder ein Antrag der FDP, der Antrag Drucksache 16/8993, zu diesem Thema auf.

Meine Damen und Herren, werte Kollegen, mit all dem Wasser, das in diesen fünf Jahren den Rhein, dem größten Fluss Deutschlands und einem der größten Europas, heruntergeflossen ist, sollten die Bürger Ihnen, werte Kollegen, einmal anständig den Kopf waschen. Denn passiert ist in all den Jahren nämlich exakt nichts.

(Thomas Nückel [FDP]: Genauso ist es!)

Nichts, nada, niente, rien, nothing, Herr Minister Groschek.

Unabhängig davon, dass die FDP sich einmal entscheiden sollte, was sie politisch in diesem Themenbereich eigentlich will, denke ich, dass es nun nach fünf Jahren endlich an der Zeit wäre, nicht mehr wie alte, unnütze Bojen in irgendeinem aufgegebenen Hafenbereich herumzudümpeln, sondern einmal Dampf auf die Kessel zu geben und Fahrt aufzunehmen. Sonst kommen am Ende noch irgendwelche Piraten und entern dieses traurige sinkende Schiff.

Mit dieser Wasserbombe wünsche ich Ihnen angenehme Sommerferien. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Danke, Herr Kollege Fricke. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Groschek das Wort.

(Christof Rasche [FDP]: Da bin ich mal gespannt!)

**Michael Groschek,** Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten!

Erstens. Von Beginn an koordinieren wir die Entwicklung des Hafen- und Logistikkonzepts mit dem Wirtschaftsministerium meines Freundes Garrelt Duin. Von daher haben wir uns gerade noch einmal vergewissert, dass die Abstimmung beider Ministerien nicht besser hätte sein können.

Zweitens. Wir haben seit Herbst 2013 bewusst einen fachlichen Beirat eingesetzt, um die Breite und Tiefe der Expertise zu ergänzen. Dieser fachliche Beirat wird dominiert durch die Interessenvertretungen der großen Binnenschifffahrtsverbände. Also sind die Häfen und deren Interessenvertretungen eins zu eins eingebunden in den Entwicklungsprozess unseres neuen Konzeptes.

Drittens. Wir haben erstmals unsere internationalen Hafenpartner eingeladen, an unserem Konzept mitzuschreiben, weil letztendlich Rotterdam, Antwerpen und Hamburg nicht mehr oder weniger sind als die Kaianlagen von Nordrhein-Westfalen. Duisburg und andere nutzen die Seelage, und im Grunde sind Antwerpen, Rotterdam, Hamburg so etwas wie ...

(Zuruf von der FDP: Zeebrügge auch!)

– Zeebrügge auch, wobei Zeebrügge eher in der Klassifikation von Bremerhaven ist. Auch Wilhelmshaven ist gemeint, wenn ich Hamburg nenne. Also, die drei großen Häfen und ihre Partner sind eingebunden.

Viertens. Wir haben zwei Gutachten beauftragt, die Anfang des Jahres vorgelegt wurden. Diese Gutachten sind Teil der Entscheidungsfindung und Meinungsbildung, der Willensbildung der Regierung, die noch nicht abgeschlossen ist. Deshalb können die auch nicht beliebig herausgegeben werden. Das werden wir machen, wenn das Hafenkonzzept veröffentlicht ist. Dann haben Sie selbstverständlich auch Zugang zu allen anderen Unterlagen.

Fünftens. Nach der Sommerpause im Ausschuss bin ich gern bereit, Ihnen einen Zwischenbericht vorzutragen. Ich will darauf verweisen, dass in diesem Zwischenbericht der Minister auch auf die aktuelle Entwicklung in Lülsdorf eingehen wird und welche Entwicklungsperspektiven das bieten kann, mit Godorf oder auch kompensatorisch.

Sechstens. Wir werden im aktuellen Entwurf des Landesentwicklungsplans keine Unterscheidung zwischen Landeshäfen und regional bedeutsamen Häfen vornehmen, sondern wir werden die Städte nennen, in denen landesbedeutsame Häfen sind.

(Zuruf von der FDP: Im LEP aber nicht!)

– Warten Sie ab! So wird das Standortpotenzial des hafenauffinen Gewerbes jeweils gesichert.

Was die Teilnahme an der Rheinkonferenz angeht, nur ein Hinweis. Weil der Staatssekretär und ich terminlich langfristig anders gebunden waren, war die Teilnahme der Abteilungsleiterin, Frau Paulsmeyer, fest zugesagt. Frau Paulsmeyer hat sich jedoch unmittelbar davor bei einem Sturz im Bundesverkehrsministerium schwere Verletzungen zugezogen und konnte deshalb nicht teilnehmen. Ich glaube, das ist eine hinreichende Erklärung.

Gleichwohl haben wir die Kolleginnen und Kollegen eingeladen, anlässlich der nächsten Rheinkonferenz zu uns nach Nordrhein-Westfalen zu kommen.

Ich glaube, das ist eine Übersicht. Sie können sicher sein, dass das Hafen- und Logistikkonzzept, was wir vorlegen werden, höchsten Qualitätsansprüchen genügt und Sie das, wenn Sie meiner Einladung folgen werden, als gemeinsames Konzzept des Landtags und nicht nur der Landesregierung ansehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 16/8993** an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr**. Die abschließende Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung er-

folgen. Wer stimmt für diese Überweisungsempfehlung? – Gibt es jemanden, der dagegen votiert? – Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand der Stimme? – Auch das ist nicht der Fall. Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung.

Ich möchte gern – ich denke, auch in Ihrer aller Namen – den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, der Landtagsfraktionen und der Abgeordneten eine erholsame, schöne Sommerpause wünschen.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

All diese guten Wünsche gelten selbstverständlich auch Ihnen und Ihren Familien.

Ich berufe das Plenum wieder ein für Mittwoch, den 2. September 2015, 10 Uhr. Bis dahin alles Gute!

Die Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen ist geschlossen.

(Beifall von der FDP)

**Schluss: 14:08 Uhr**

---

\*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.